

## PROTOKOLL

### Begrüßung

#### **Kusnetzow**

Wenn ich Sie hier im Namen des Sowjetischen Friedenskomitees herzlich begrüße, dann erlauben Sie mir bitte, daß ich Sie als Genossen willkommen heiße. Ich verbinde damit keinen Klassenstandpunkt, sondern ich sehe in uns allen hier sozusagen Gesinnungsgenossen bei der Gestaltung des neuen Europas, bei der Schaffung eines neuen Sicherheitssystems und bei der Gestaltung der neuen sowjetisch-deutschen Beziehungen.

Wir alle sind bestrebt, ein neues Freundschaftsgefühl zwischen unseren Ländern zu schaffen. Wir haben vor kurzem zusammen mit deutschen Friedensfreunden eine Art Friedens- und Freundschaftsvertrag unterzeichnet, in dem wir uns alle verpflichten, uns nach besten Kräften für die Verbesserung unserer Beziehungen und für die Entwicklung der Freundschaft zwischen unseren beiden Ländern einzusetzen. Das sind keine leeren Worte.

Gestern jährte sich die Tschernobyl-Tragödie zum fünften Mal. Wie heißt es so richtig: Im Unglück erst zeigen sich die wahren Freunde. Unsere weißrussischen und ukrainischen Komitees haben enge Beziehungen mit verschiedenen öffentlichen Einrichtungen in der Bundesrepublik, mit kirchlichen Vereinigungen und Gemeinden, die sie nicht nur mit Worten, sondern mit Taten unterstützen. Sie helfen beim Bau neuer Siedlungen und steuern medizinische Ausrüstungen bei. Wenn sie in die verschiedenen Gegenden der Ukraine kommen, werden sie wie richtige Freunde empfangen.

Der Bergedorfer Gesprächskreis ist inzwischen eine Einrichtung mit langjähriger Tradition, besonders was die sowjetisch-deutschen Gespräche angeht. Dennoch ist dieser Kreis jung geblieben, weil er auf die Zukunft ausgerichtet ist und sich stets neuen, aktuellen Problemen widmet. Ein Beispiel dafür ist die gestrige Unterzeichnung des Abkommens über die Errichtung des Körper-Kollegs in Moskau durch Herrn Körper und Herrn Falin in der Residenz des deutschen Botschafters. An diesem Kolleg werden angehende sowjetische Manager in der Kunst der Marktwirtschaft unterrichtet werden. Ich halte dies für einen äußerst nützlichen Beitrag für die Entwicklung unserer Beziehungen.

Lassen Sie mich in dem Zusammenhang Herrn Dr. Körper die besten Glückwünsche unseres Komitees zu seiner Wahl zum Ehrenbürger der Freien und Hansestadt Hamburg aussprechen, die in dieser Woche erfolgt ist. Ich bin davon überzeugt, daß mit dieser Ehrung nicht zuletzt auch die Tätigkeit Ihres Gesprächskreises honoriert worden ist.

Abschließend begrüße ich die jetzt erfolgte Ratifizierung des sowjetisch-deutschen Vertrages im Deutschen Bundestag, die einmütig erfolgte. Telefongespräche zwischen Ihrem Bundeskanzler und unserem Staatspräsidenten sind inzwischen zu einer alltäglichen Angelegenheit geworden. Und an einem Zeitungskiosk sah ich vor kurzem die Erinnerungen von Willy Brandt in russischer Sprache liegen. An dieser Normalisierung unserer Beziehungen haben alle mitgewirkt, die sich um die Zusammenarbeit zwischen unseren Ländern bemüht haben.

## Körber

Unser Thema heißt: Perestrojka: Kontinuität, Ende oder Wende? Erlauben Sie mir dazu einige einleitende Bemerkungen.

Schon König Heinrich IV. von Frankreich wußte, daß er nur so lange als Monarch sicher ist, wie jeder Franzose sein Huhn im Topf hat. Eine gute politische Organisation der Menschen braucht also ein ausreichendes Maß an materieller Zufriedenheit und an menschlichem Glück.

Von der sozialen Marktwirtschaft heißt es, daß sie in der Theorie nicht funktioniere, wohl aber in der Praxis. So ist auch in der großen Systemkonkurrenz zwischen Ost und West die westliche Marktwirtschaft allein übriggeblieben als Organisationsform für Wohlstand und als Basis der Demokratie.

Diese Systemkonkurrenz habe ich auf meinem Lebensweg von sozialistischer Erziehung - meine Mutter hat die USPD mitbegründet - bis zum selbständigen Industriellen in der produzierenden Wirtschaft unmittelbar durchlebt. Als Ingenieur habe ich in der Marktwirtschaft die Atmosphäre und die Voraussetzungen gefunden, die Effizienz und Freiheit, aber auch soziale Verantwortung und Gewinn zu verbinden vermögen.

Mir ist aber von meinen industriellen Anfängen her die Frage geblieben, was hinter der Marktwirtschaft liegt, wofür sie da ist und wie sie sich rechtfertigt.

Marktwirtschaft ist kein Selbstzweck. Sie ist mehr Mittel als Ziel. Wozu aber ist sie Mittel? Die Theorie der Marktwirtschaft entwickelte sich erst, nachdem ihr die Praxis in der Gesellschaft vorgearbeitet hatte, und zwar in England in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts. Da gab es das freie Spiel der Kräfte in der Landwirtschaft, es gab freie Manufakturen, freien Handel. Vor allem aber gab es mit der Dampfmaschine eine neue Technologie, eine Erfindung, die sich nur lohnte, wenn sie mit Konzentration der Produktion, mit Serienfertigung und mit Massenmärkten verbunden war.

Adam Smith, der schottische Moralphilosoph, hat 1776 zum ersten Mal ein dynamisches volkswirtschaftliches Gesamtmodell vorgelegt. Sein grundlegendes Werk "Enquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations" wurde sofort in alle wichtigen europäischen Sprachen übersetzt. Sein Einfluß reicht bis heute. Steuerung sah Adam Smith nicht in Geboten und Verboten der Machthaber, sondern in den "invisible hands" - den unsichtbaren Händen des Marktes. Er sah in der freien, individuellen Suche nach dem Glück das vornehmste Menschenrecht. Ihm war es nicht um Reichtum zu tun, sondern um Ethik. Sein volkswirtschaftliches Modell gab dem Menschen erst Würde, Selbstbewußtsein und aufrechten Gang. Darin hatte und hat er recht: gestern, heute, morgen.

Smith glaubte aber auch, der Markt werde die "prästabilisierte Harmonie" der individuellen Interessen und der Interessengruppen herstellen - und darin hatte er unrecht. Im 19. Jahrhundert und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts hat der Markt zu sozialen Ungleichgewichten in der Gesellschaft geführt, und zwar in allen Schichten der Wirtschaft. Der Interessenausgleich zwischen den Sozialpartnern in der Marktwirtschaft ist daher ein chronischer Prozeß.

Seit etwa 30 Jahren ist uns bewußt, daß wir den Markt auch ökologisch einschränken müssen, damit er sich nicht selbst zerstört. Aus welchem Grund aber diese Einschränkungen auch erfolgen, sie dürfen nicht in Einseitigkeit oder Fanatismus ausarten, sonst ersticken sie den Markt und damit die Quelle des Reichtums.

Neben den sozialen und ökologischen Grenzen des Marktes muß man die rechtlichen Grenzen beachten. Man sollte sie sehen als das, was sie sind: nämlich Einschränkung des freien Spiels der wirtschaftlichen Kräfte, aber auch Stützen dafür, daß der Markt nicht durch soziale Gegensätze zerrissen wird und durch Umweltzerstörung sich selbst zerstört.

Ein weiteres ist zu bedenken: Jede Marktwirtschaft in jedem Land ist verschieden. Man kann sagen: Jede Marktwirtschaft ist frei; aber einige sind freier als andere. In den Vereinigten Staaten geht es anders zu als in Kanada, in Großbritannien anders als in Deutschland, in Schweden anders als in Italien.

Jedes Land muß das Grundprinzip der Marktwirtschaft an seine Geschichte und seine Kultur anpassen, und das ist gut so, solange das Prinzip gilt: daß die Freiheit des Wirtschaftens die Entfaltung des einzelnen ermöglicht und damit dem Gemeinwesen dient. Das ist der vornehmste Zweck der Marktwirtschaft.

Was nun die Marktwirtschaft in der Sowjetunion betrifft, so wird auch sie anders sein als in den Ländern mit anderer Geschichte und anderer kultureller Entwicklung. Jeder doktrinaire Ansatz ist schädlich. Aber man muß wissen, daß erstens das Prinzip des Rechts auf individuelles Eigentum, zweitens eine knappe und vom Staat nicht korrumpierbare Währung und drittens die offene Kommunikation aller Teilnehmer und Teilmärkte entscheidende Bedingungen für eine gesunde Marktwirtschaft sind.

Wir sehen den Weg der Marktwirtschaft in der Sowjetunion mit viel Sympathie. Mehr als das. Wir betrachten den Erfolg als lebenswichtig für Rußland und die anderen Republiken, aber auch für die Nachbarn der Sowjetunion. Die eigentliche russische Revolution ist doch der Versuch, Perestroika und Glasnost in der sowjetischen gesellschaftlichen Praxis zu verankern.

Diesen Vorgang in seinem russischen wie in seinem internationalen Kontext zu verstehen, sind wir hier zusammengekommen. Ich hoffe, wir können in dieser großen historischen Wende einige gemeinsame konstruktive Ideen entwickeln. Denn gelingt die Marktwirtschaft in der Sowjetunion nicht, dann wäre das nicht nur ein sowjetisches Unglück, es würde uns alle in Mitleidenschaft ziehen. Denn ohne die Freiheit, die im Markt liegt, ist auch die politische Freiheit nur ein flüchtiger Gast.

## Falin

Wir sind zu einem wichtigen Zeitpunkt zusammengekommen. Denn die Entwicklung der Perestroika tritt jetzt in eine entscheidende Phase. Ich füge hinzu, daß es bei dieser Perestroika nicht allein um unser Land geht, sondern um die Zukunft der internationalen Beziehungen und der Weltwirtschaft insgesamt. Der Erfolg oder Mißerfolg des Prozesses, der vor sechs Jahren in der Sowjetunion eingeleitet wurde, wird darüber mitentscheiden, wie die Zivilisation am Ende dieses Jahrhunderts weltweit aussehen wird.

Das Thema unseres heutigen Treffens lautet: Perestrojka: Kontinuität, Ende oder Wende? Diese Formulierung zeigt, wie besorgt wir alle über die Situation in unserem Lande sind. Sie widerspiegelt zugleich die Bereitschaft unserer Partner, mit uns darüber nachzudenken, wie man die entstandenen Schwierigkeiten überwinden und gemeinsam den Weg ebnen kann, der eine langfristige und friedvolle Entwicklung in Europa und in der ganzen Welt verheißt.

Ein Weiser hat einmal gesagt: Wer fremdes Unglück nicht empfindet, ist nicht gesund. Eine Gesellschaft, die sich gegenüber den Sorgen und Problemen eines Nachbarn gleichgültig verhält, ist auch nicht in Ordnung. Wir leben längst in einer Welt, in der jeder von anderen abhängig ist und in der wir Luft, Wasser und Boden miteinander teilen müssen. Das heißt, wir sind quasi dazu verurteilt, entweder miteinander glücklich oder aber getrennt unglücklich zu sein. Diejenigen, die meinen, keine Freunde zu brauchen, stehen nicht nur allein, sondern sie fordern das Schicksal geradezu heraus, ein Schicksal, das man seinem ärgsten Feind nicht wünscht. Diese Drohung wurde schon in der Antike erkannt, um wieviel mehr ist diese Erkenntnis jetzt gültig. Ich meine, das bedarf keines weiteren Beleges.

Was wir in den letzten 65 Jahren - ich sage bewußt nicht 70 Jahren - in der Sowjetunion getan haben, beweist im Grunde, wie sehr Wladimir Iljitsch Lenin, der Begründer unseres Staates, recht hatte, als er sagte: Jedes Monopol führt zur Stagnation und ins Verderben. Und in unserem Lande haben wir eine Fülle solcher Monopole geschaffen: in der Politik und Wirtschaft, in unserem Bewußtsein. Damit waren all unsere Schwierigkeiten und Widersprüche, die wir heute zu lösen versuchen, ja das Ende dieser Entwicklung gewissermaßen vorprogrammiert.

Es wurde immer wieder behauptet, daß wir in einer Gesellschaft der Harmonie ohne Antagonismen leben. Damit haben wir selbst gegen die Gesetze der Dialektik verstoßen, auf die wir eingeschworen waren. Der Kampf der Widersprüche, die Negation der Negationen erschienen uns für unsere Gesellschaft als überflüssig. Dabei ist gerade das doch die Quelle allen Fortschritts, aller Bewegung. Dies wird heute endlich erkannt, aber mit welcher Verspätung, aus der sich zusätzliche enorme Schwierigkeiten ergeben.

Ich pflichte Herrn Körper bei, daß es keine Rezepte gibt, die einfach auf unser Land übertragen werden könnten, auch wenn sie sich in diesem oder jenem Land bewährt haben. Auf jedem Boden wachsen nur die Samen, die den spezifischen Bedingungen des Landes, seinem Klima und seiner Bevölkerung gemäß sind. Die Erfahrungen anderer kommen uns schon dadurch zugute, wenn sie uns helfen, die alten Fehler zu vermeiden und uns beweisen, wir sind keineswegs im Besitz der alleinigen Wahrheit.

Lenin hat schon 1918 angesichts der damaligen Lage betont, daß wir alle Weisheiten vergangener Zivilisationen übernehmen, darunter die neuesten Leistungen des Kapitalismus uns zu eigen machen

sollten. Er hat sozialistisches Gedankengut nicht der kapitalistischen Praxis entgegengestellt. Die Feindschaft ist erst eine Folge der späteren Entwicklung, als man alles simplifizierte und als Ketzerei verwarf, was in ein oberflächliches Verständnis der Zusammenhänge nicht hineinpaßte.

Wir haben das Privileg, hier in einem inoffiziellen Kreis zusammenzukommen, um in einer offenen und ehrlichen Diskussion unsere Vorstellungen über das, was nötig und nützlich ist, auszutauschen. Seit über 20 Jahren nutzen wir diese Gelegenheit, die uns Herr Körber mit seinem Gesprächskreis bietet. Meiner Meinung nach ist das nicht umsonst gewesen. Vor allem in den letzten Jahren haben wir nicht nur unterschiedliche Standpunkte gegenseitig abgeklärt, sondern sind zu einer wirklichen Zusammenarbeit übergegangen, die für unsere beiden Länder, ja für ganz Europa und die Welt von Nutzen ist. Im gewissen Sinne sind wir Wegbereiter, weil wir hier - im Gegensatz zur Diplomatie, wo jedes Wort sorgsam gewogen werden muß - alles sagen dürfen, was uns bewegt, damit Klarheit gewonnen werden kann.

Das alles hat sich nicht von selbst ergeben; dafür brauchte es so aktiver Leute, wie Herr Körber einer ist, und es hat eine Weile gedauert, bis wir in der Sache vorangekommen sind.

Turgenev hat einmal gesagt: Nichts kann den Menschen freier machen als das Wissen. Laßt uns also die Gelegenheit nutzen, Fragen zu stellen, die jeder in sich trägt, um Antworten zu bekommen, vielleicht harte, unangenehme Antworten, die manchen peinlich berühren könnten. Aber ich bin davon überzeugt, daß uns nur größtmögliche Offenheit weiterhilft und daß wir uns dadurch nicht entzweien, sondern im Gegenteil einander näherkommen werden. Wir müssen ja nicht mit allem einverstanden sein - gemäß der Devise eines amerikanischen Freundes von mir: Wenn zwei Partner in allen Dingen immer übereinstimmen, ist einer von ihnen überflüssig.

Natürlich sollten wir einander zu überzeugen versuchen, uns zugleich aber um Toleranz bemühen, wenn wir mit den Vorstellungen des anderen nicht übereinstimmen. Dies sollte uns vielmehr Anlaß bieten, weiter darüber nachzudenken. Vielleicht wird sich das, was einem heute als gänzlich unverständlich erscheint, dereinst als richtig erweisen, so wie Nils Bohr es einmal für die Physik gesagt hat. Möglicherweise gilt das noch mehr für die Politik und die Wirtschaft.

## **Dahrendorf**

Wir beginnen mit zwei einführenden Referaten, und zwar spricht zunächst Herr Christians, der Aufsichtsratsvorsitzende der Deutschen Bank, der zugleich einer der wenigen vorzüglichen Kenner nicht nur des Landes ist, um das es in unserem Gespräch geht, sondern der zugleich die wichtige Verbindung von Wirtschaft und Politik beherrscht.

Als zweiten Referenten hören wir dann Herrn Wladislawlew. Er ist der Vizepräsident des Geschäftsverbandes der wissenschaftlichen und industriellen Vereinigungen. Vielleicht erklärt er uns nachher, was diese Organisation betreibt. Außerdem ist er Volksdeputierter.

## **Christians**

Unsere Tagung findet am Ende einer Woche statt, in der sich im Verhältnis unserer beiden Völker Entscheidendes getan hat. Sie wissen, daß im Deutschen Bundestag die bilateralen Verträge zwischen Deutschland und der Sowjetunion in seltener Einmütigkeit ratifiziert worden sind. Angesichts all der Schwierigkeiten, auf die Herr Falin eben hingewiesen hat, könnte dies immerhin ein Hoffnungszeichen sein, wobei wir wissen, daß wir zur Lösung der bestehenden Probleme realistische Ansätze brauchen.

Ich will ein weiteres erwähnen. In wenigen Wochen steht der 50. Jahrestag des Beginns des Hitler-Krieges gegen die Sowjetunion bevor. Damals, am 22. Juni 1941, habe ich als 18jähriger, von der Kriegsschule kommend, dieses Land erstmals betreten - ohne Visum. Ich habe die dreieinhalb Jahre des Krieges hier erfahren und das Ende erlebt mit der Zerstörung der deutschen Stadt Königsberg, die jetzt Kaliningrad heißt. Sie mögen mir nachsehen, daß ich die Vergangenheit, die ich in diesem Lande erlebt habe, nicht so ohne weiteres verdrängen kann. Meine gegenwärtige Reise in die Sowjetunion ist die 38., die ich mit Visum unternehme.

Krieg und Nachkriegszeit haben bei uns etwas bewirkt, das sich jetzt auch in der Sowjetunion bemerkbar macht - nicht zuletzt angesichts der Krisen der letzten Jahre;- , nämlich eine Emanzipation der Bürger gegenüber den Regierenden. Regieren ist heute nicht mehr so leicht, wie in früheren Zeiten. Der Bürger hat inzwischen ein Bewußtsein entwickelt, das ihn höhere Forderungen an die Regierenden stellen läßt, als das früher der Fall war.

Die Sowjetunion, das ist schon erwähnt worden, befindet sich gegenwärtig in einer krisenhaften Situation. Deshalb spricht man auch zu Recht vom Pawlowschen Krisenprogramm, das vor wenigen Wochen der Öffentlichkeit vorgestellt und jetzt auch im Parlament verhandelt wurde. Dieses Programm nimmt sich in der Tat vernünftig aus, auch wenn es im Grunde nicht viel Neues bietet. Die Vorschläge, die Pawlow da macht, kennen wir zum Teil schon aus den Zeiten Chruschtschows und Kossygin. Stets verband und verbindet sich damit die Hoffnung, daß nun endlich einmal der Durchbruch in der Entwicklung geschafft würde.

Dazu möchte ich ein kleines persönliches Erlebnis anführen. Im Frühjahr 1983, Andropow war gerade Generalsekretär geworden und hatte eine wissenschaftliche Studie zur Frage der Dezentralisierung der sowjetischen Wirtschaft in Auftrag gegeben. Ich hatte damals eine Diskussion mit der Führung des Gosplans, und die Herren fragten mich: Was halten Sie von dieser Idee? Wir waren schon gewohnt, sehr offen miteinander umzugehen. Deshalb antwortete ich: Meine Herren, Sie wissen selbst, wie groß dieses Land ist und welche Unterschiede es aufweist. Es ist unmöglich, dieses Riesenreich zentralistisch zu steuern. Auf diese Weise lassen sich die menschlichen und die materiellen Ressourcen gar nicht effizient nutzen. Ich bin also sehr für ein solches Dezentralisierungsprogramm. Aber Sie müssen sich darüber im klaren sein, daß Sie sich damit eine geistige Atombombe unter Ihren Schreibtisch legen.

Allgemeines Erstaunen. Was heißt geistige Atombombe? Ich sagte: Sie können den Menschen in diesem Lande nicht mehr Verantwortung und mehr Entscheidungsbefugnis übertragen und dann erwarten, daß sie ihr selbständiges Denken gewissermaßen am Fabrikator abgeben. Damit ändern Sie die Vorstellungen und Lebenserwartungen der Menschen gegenüber den Regierenden. Das erleben wir doch heute bei den Nationalitätenproblemen und bei den Streiks, um nur zwei Beispiele zu nennen. Das alles hat mit der Emanzipation des Bürgers zu tun.

Ein Begriff im Pawlowschen Programm, den auch Präsident Gorbatschow benutzt, hat mich doch überrascht, nämlich wenn da von sozialorientierter Marktwirtschaft die Rede ist. Bis dato konnte man zwar gelegentlich von sozialistischer Marktwirtschaft lesen, aber eine soziale Marktwirtschaft? Das, was bisher hier unter Sozialismus und Kapitalismus verstanden wurde, orientierte sich praktisch an ideologischen Begriffen des 19. Jahrhunderts, so wie sie Marx vor hundert Jahren mit geistigem Inhalt gefüllt hatte. Damit lassen sich aber die Probleme, vor denen die Menschen am Ende des 20. Jahrhunderts stehen, weiß Gott nicht mehr lösen.

Herr Körber hat bereits die unterschiedlichen Ausprägungen der Marktwirtschaft in den einzelnen Ländern angesprochen. Die Deutschen haben nach dem Kriege eine soziale Marktwirtschaft - inzwischen geht uns das Wort leicht von den Lippen praktiziert. Es ist ein empirisches Erfahrungsmodell und nicht eine in sich schlüssige wissenschaftliche Theorie. Am Beginn, vor allem in den 50er Jahren, überwog durchaus die Skepsis gegenüber diesem Experiment. Als ich Anfang der 50er Jahre in die Bank eintrat, notierte die Deutsche Mark in Zürich noch mit 24 Rappen, und die klugen Schweizer haben sich mit der billigen Deutschmark reich gemacht. Die D-Mark war damals in Gefahr, vollkommen zu scheitern. Erst allmählich ist das Vertrauen in diese Währung und in die Marktwirtschaft gewachsen, wobei die damalige Ausgangssituation bei uns sich zweifellos von der in der Sowjetunion heute anzutreffenden Lage wesentlich unterschied.

Was ich betonen möchte: Die Deutschen haben seinerzeit einen eigenständigen Weg zur Marktwirtschaft gefunden und finden müssen. Denn wie kein anderes Land in Europa mußten wir uns nach dem Krieg völlig neu formieren. Dieses Modell, wie es bei uns erfolgreich praktiziert wurde und wird, stellt im Grunde so etwas wie einen dritten Weg zwischen Sozialismus und Kapitalismus dar, zumindest eine Art eigenständigen Mittelweg, weil er Elemente von beiden Seiten beinhaltet.

Was ich übrigens bis heute vermisse, ist eine wissenschaftlich fundierte Analyse und Beschreibung dieses deutschen Weges der sozialen Marktwirtschaft. Denn dieses Beispiel könnte auch für andere Länder lehrreich sein.

In vielen Diskussionen haben mir sowjetische Wissenschaftler, insbesondere Herr Abalkin, der später stellvertretender Ministerpräsident wurde, immer wieder gesagt: Wir wollen ja gerne von Euch etwas übernehmen, aber Euer Modell ist uns zu kapitalistisch. Was heißt das, habe ich gefragt. Antwort: Wir können doch die sozialistische, die menschliche Seite nicht ignorieren. Wie kommen Sie dazu, habe ich weiter gefragt, zu meinen, was bei uns praktiziert wird, läge nicht im Interesse unserer Menschen?

Ich habe in dem Zusammenhang nur zwei einfache Zahlenbeispiele erwähnt, die ich hier wiederholen möchte. Zum einen: Der größte Posten im deutschen Bundeshaushalt ist das Sozialbudget. Zum anderen: Das Volkswagenwerk ist ein Konzern mit über 200 000 Beschäftigten. Von 100 Prozent Wertschöpfung entfielen in 1989 in diesem Unternehmen 84 Prozent auf Personalausgaben - Löhne,

Gehälter, Pensionen, Ausbildung, Urlaubsgeld, Fortzahlungen im Krankheitsfall und so weiter. Knapp 11 Prozent kassierte der Staat an Steuern, und nur 3,2 Prozent machte die Dividende für die Kapitalisten, die Kapitaleigner, aus. Und ein solches System soll nicht auf die Bedürfnisse des Menschen ausgerichtet sein?

Bei uns ist es längst ein Allgemeinplatz: Alles Wirtschaften muß dem Menschen dienen; nur dann sind wirtschaftliche Entscheidungen legitimiert. Das ist das Kriterium, an dem die Ökonomie gemessen wird. Hier kommt auch das Instrument des Marktes ins Spiel. Der Markt wurde in der Sowjetunion stets ideologisch verketzert. Das war das Feld der bösen Kapitalisten mit ihren menschenfeindlichen Aktivitäten. Ich habe schon vor Jahren mit Herrn Schenajew darüber diskutiert, und wir haben uns schließlich auf eine Formulierung geeinigt, die diesen Begriff seines für Sie problematischen Inhalts entkleidete: Der Markt, haben wir gesagt, ist eine Errungenschaft der Zivilisation des 20. Jahrhunderts. Das war zwar eine Art dialektischer Salto, aber wir konnten beide damit leben. Sicher ein Fortschritt gegenüber früheren Positionen, wo beide Seiten - ob Sozialismus oder Kapitalismus - ideologisch verhärtet waren.

Von daher ist der Markt natürlich nicht länger das Tummelfeld menschenfeindlicher Kapitalisten, sondern hier hat sich die Wirtschaft zu bewähren, um dem Menschen zu dienen. Der Konsument entscheidet, welche Unternehmen im Markt überleben. Natürlich gibt es bestimmte Rahmenbedingungen und müssen gewisse Spielregeln eingehalten werden.

Zum deutschen Modell der sozialen Marktwirtschaft gehören beispielsweise auch die paritätische Mitbestimmung und das Betriebsverfassungsgesetz. Damit mußte ich als Unternehmensexekutive und auch in meiner jetzigen Funktion als Aufsichtsratsvorsitzender mehrerer Unternehmen umzugehen lernen, zweifellos keine leichte Aufgabe. Ich habe mich 1975 gegen die Einführung der paritätischen Mitbestimmung stark gemacht. 1976 kam das Gesetz, und wir haben uns daran zu halten - im Interesse des Menschen. Ich will auch nicht unerwähnt lassen, daß die Bundesrepublik 1990 - 15 Jahre nach Einführung der paritätischen Mitbestimmung - immerhin zum größten Exporteur der Welt geworden ist.

Mit anderen Worten: Das System, das wir praktizieren, ist unbestritten erfolgreich gewesen. Aber wir erleben heute auch, welche Schwierigkeiten sich auftun, wenn es darum geht, Ostdeutschland zu integrieren und den westdeutschen Verhältnissen anzupassen. Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn, unsere nächsten mitteleuropäischen Nachbarn, blicken natürlich gebannt auf das deutsche Experiment, und sie beneiden die Ostdeutschen, weil der starke Bruder aus dem Westen mit dem Sack voll Geld sie an die Hand nimmt, was vieles erleichtert.

Von daher wächst aber auch unser Verständnis für die derzeitige Situation in der Sowjetunion. Um es vorsichtig auszudrücken: Schwerer als die materiellen Probleme sind die geistigen, die bewußtseinsmäßigen Probleme zu bewältigen. Denn das System, das in den letzten Jahrzehnten hier und im anderen Teil Deutschlands praktiziert wurde, hat nicht nur die Landschaft vergiftet, sondern auch das Denken der Menschen. Die DDR-Bürger waren ja immer die Musterschüler im Ostblock und von daher nie sonderlich beliebt, obwohl ein Mann wie Honecker sich eben gut dafür eignete, als besonders guter Kommunist vorgeführt zu werden. Der Erzbischof von Minsk und Kaliningrad hat mir kürzlich gesagt: In der DDR ist uns immer ein sehr viel aggressiverer Atheismus begegnet als bei uns. Diese Verwüstungen, das möchte ich unterstreichen, gilt es jetzt aufzuarbeiten.

Ich komme noch einmal zurück auf die Feststellung, daß jedes Land, auch die Sowjetunion, seinen eigenen Weg zur Marktwirtschaft finden muß. Ich habe Herrn Abalkin gesagt: Lassen Sie sich nicht von den vielen Beratern aus Amerika, Kanada, Deutschland und anderen Ländern verwirren. Sie müssen deren Ratschläge kritisch ansehen und einen eigenständigen sowjetrussischen Weg finden. Diese mühsame Arbeit kann Ihnen niemand ersparen. Wir können Ihnen nur unsere Erfahrungen vermitteln, die wir auf unserem eigenen Weg herausgefunden haben. Dabei geht es nicht nur um Fragen der Ökonomie, die keineswegs mehr isoliert gesehen werden können. Ich brauche ja nur an einen so schrecklichen Fall wie Tschernobyl zu erinnern.

In welcher Situation befinden wir uns am Ende dieses Jahrhunderts in Europa, vielleicht sogar in der Welt? Dem einzelnen emanzipierten Bürger geht es, wie Herr Körber sagte, darum, seine Freiheit, Zufriedenheit, sein Glück zu finden. Das müssen Politik und Wirtschaft gewährleisten. Dies ist natürlich eine sehr individuelle Sicht der Dinge. Auf der anderen Seite sind wir mit globalen Problemen konfrontiert, die nicht einmal mehr Großstaaten wie die USA oder die Sowjetunion allein lösen können.

Ich nenne nur drei solcher Problembereiche: Umweltzerstörung, Energieversorgung, militärische Sicherheit. Kein Nationalstaat kann da allein eine zureichende Antwort finden. Wir leben aber immer noch in überholten nationalstaatlichen Vorstellungen aus dem 19. Jahrhundert, wie wir gegenwärtig

nicht nur bei den Völkern der Sowjetunion, sondern auch in Jugoslawien, in Polen, selbst in der Tschechoslowakei erschreckend feststellen. Das kann man nur als Fehlentwicklung bezeichnen, angesichts der Globalisierung jener vorerwähnten riesengroßen Probleme, die wir bewältigen müssen. Dafür brauchen wir die Konzentration all unserer Kräfte. Dies ist die Hauptaufgabe im Dienste der Menschen. Herr Falin hat dabei an uns alle appelliert, ehrlich miteinander umzugehen und uns ungeschminkt die Wahrheit zu sagen.

### **Wladislawlew**

Ich will zunächst etwas zu der Organisation sagen, für die ich tätig bin, den Geschäftsverband der wissenschaftlichen und industriellen Vereinigungen der UdSSR.

In den letzten Jahren, praktisch seit Beginn der Perestrojka, wurde eine Reihe regierungsunabhängiger Einrichtungen geschaffen mit dem Ziel einer kompetenten und qualifizierten Beteiligung an der Steuerung der staatlichen und gesellschaftlichen Prozesse in unserem Land. In letzter Zeit sind Dutzende solcher Institutionen entstanden - vielleicht zu viele;- , die in den verschiedenen Bereichen auch der Wirtschaft und der Industrie recht erfolgreich tätig geworden sind. Ich erwähne nur die Vereinigung der Staatsbetriebe, den Geschäftsverband der Kooperative, den Verband der Pächter und viele andere mehr.

Aufgabe dieser Institutionen ist es vor allem, jene Interessen wiederzubeleben, die der Entwicklung der Industrie und der Kooperative in den verschiedenen Eigentumsformen zugute kommen, das, was uns in den letzten Jahrzehnten so sehr gefehlt hat. Den Leitern dieser Organisationen war von vornherein klar, daß es darauf ankommt, in der Gesellschaft neue Kräfte freizumachen, die in der Lage sind, eine eigene industrielle und unternehmerische Basis zu schaffen. Diesen Kräften sollte ermöglicht werden, eigene Prioritäten zu setzen, indem sie sich an den Gesetzmäßigkeiten der Wirtschaft orientieren und die Produktion von ideologischer Einflußnahme freihalten. Denn gerade die Einmischung der Ideologie hatte jede Kreativität in diesem Lande im Keime erstickt.

Diese Aufgabe versucht auch mein Verband wahrzunehmen. Die Hauptschwierigkeit, die uns dabei begegnet, sind die tiefen Widersprüche, die heute zwischen den Staatsmonopolen, den Pächtern und den angehenden neuen Unternehmern als Privateigentümern bestehen, die kaum miteinander in Einklang zu bringen sind. Vor allem geht es darum, die Produktionssphäre vor fremden Einflüssen zu schützen und ihr jede Möglichkeit zu verschaffen, sich entsprechend ihrer eigenen Logik zu entwickeln. Das funktioniert auch bereits recht gut. Zumindest sind so gut wie sämtliche regierungsunabhängigen Organisationen, die im Bereich der Produktion entstanden sind, Mitglieder in unserer Vereinigung, die auf diese Weise zu einem recht mächtigen Instrument für die Vertretung dieser wirtschaftlichen Interessen geworden ist. Unsere Mitglieder sind auch im Obersten Sowjet und im Kongreß der Volksdeputierten vertreten und stellen dort praktisch sämtliche Abgeordneten, die die Interessen der Industrie vertreten, und das sind nicht wenige.

Am vergangenen Samstag haben sich die Leiter aller wissenschaftlich-industriellen Abgeordnetengruppen aus den Parlamenten aller Sowjetrepubliken, die mit unserem Geschäftsverband verbunden sind, getroffen. Dort gab es eine äußerst heftige und sehr widersprüchliche Diskussion über den neuen Status und das künftige Profil unseres Staates, die noch lange nicht abgeschlossen ist. Einverständnis herrscht indes, daß der Bereich der Wirtschaft von außerökonomischen Einflüssen freigehalten werden muß, wenn sich die Wirtschaft erfolgreich entwickeln soll.

Jetzt zum Thema unserer Diskussion. Zunächst möchte ich zum Ausdruck bringen, daß ich den Ausführungen meiner Vorredner, insbesondere von Herrn Christians, voll zustimme. Wir haben in unserem Lande keine andere Wahl, als in die Marktwirtschaft einzusteigen, das Unternehmertum zu fördern und weltweit Erfahrungen zu sammeln und zu prüfen, was wir auf unsere konkreten Verhältnisse übertragen können entsprechend unserer Tradition und Kultur.

Im übrigen weise ich darauf hin, daß es im Rußland vor 1917 durchaus ein Unternehmertum gab, das wir aber in den vergangenen Jahrzehnten so gut wie ausgelöscht haben und das wir jetzt wiederzubeleben versuchen.

Ich will nur ein kleines Beispiel anführen. Ich wohne zusammen mit meinem Bruder in einem Vorort von Moskau, wo wir ein Haus und eine kleine Wirtschaft mit Hühnern und so weiter besitzen. Mein Bruder ist 60 geworden, also Rentner, ein gesunder kräftiger Kerl, der handwerklich außerordentlich geschickt ist, ein Spezialist für Metallarbeiten. Jetzt beklagt er sich ständig bei mir über die steigenden Preise und seine niedrige Rente. Ich halte ihm vor: "Pascha, wie kannst Du nur so reden. Du hast doch so viele Fähigkeiten. Warum siehst Du die Dinge nicht einmal von der anderen Seite? Die Preise

mögen ja um das Zwei- oder Dreifache gestiegen sein; aber wenn Du es richtig anstellst, kannst Du das Zehn- bis Fünfzehnfache verdienen." Darauf antwortet er mir: "Nein, das wäre mir peinlich. Ich bin doch schließlich auch noch Kommunist."

Das ist kein Witz. Es mag Ihnen aber zeigen, welche gewaltigen, vor allem auch mentalen Probleme wir auf dem Weg zur Marktwirtschaft noch zu lösen haben. Wir müssen die deformierte, über Jahrzehnte betrogene öffentliche Meinung grundlegend verändern. Vielleicht verstehen Sie jetzt, warum wir dafür so viel Zeit brauchen.

Nun hat es sicher wenig Sinn, jetzt lange nach den Ursachen zu forschen, die verantwortlich sind für den Zustand unseres Landes. Viel wichtiger ist es, daß wir so schnell wie möglich anhand von überzeugenden Beispielen aller Welt vor Augen führen, daß das wiedererstandene russische Unternehmertum durchaus in der Lage ist, schöpferisch tätig zu sein, damit die Menschen mehr und besser produzieren und auf diese Weise auch besser leben können, nicht nur in moralischer, sondern auch in materieller Hinsicht. Dazu brauchen wir allerdings Hilfe von außen; denn allein können wir das nicht schaffen.

Mit Hilfe solcher Beispiele müssen wir vor allem diejenigen überzeugen, die heute die Entscheidungen in Richtung Marktwirtschaft treffen müßten, dies aber nicht tun oder nur sehr halbherzig vorgehen. Es geht auch darum, die öffentliche Meinung davon zu überzeugen, daß dies allein der richtige Weg ist.

Welche Voraussetzungen müssen erfüllt sein, um die Wiedergeburt des Unternehmertums und auch eine erfolgreiche Zusammenarbeit zu ermöglichen?

Erstens brauchen wir eine rechtliche Grundlage, damit sich das Unternehmertum frei und ohne Einschränkungen entwickeln kann. Daran fehlt es heute noch weitgehend. Um es deutlich zu sagen: Der letzte Mensch bei uns, der noch eine Ahnung davon hatte, was es bedeutet, eigenes Kapital und eine eigene Produktion zu haben, und der nicht etwa meinte, es schicke sich nicht, gut zu arbeiten, ist wohl vor 30 Jahren ausgestorben. Das heißt, auch wenn wir davon überzeugt sind, daß es keinen anderen Weg als die Marktwirtschaft gibt, bedeutet das noch lange nicht, daß wir genau wissen und innerlich akzeptiert haben, was jetzt unsere Aufgabe ist, was wir tun müssen. Das ist alles noch ein rein theoretisches Wissen, sind rhetorische Übungen, und es wird noch eine ganze Zeit dauern, bis wir diese Ideen mit Leben erfüllt haben und wir mit Ausdrücken wie Unternehmertum, Privateigentum und so weiter wirklich umgehen können.

Dazu brauchen wir natürlich dringend die Hilfe von Experten, aber nicht in der Form wie das jetzt der Fall ist, daß uns eine ganze Schwadron von Spezialisten, Gelehrten, Professoren, Ratschläge erteilt, die einander zudem meist widersprechen. Der eine ruft uns nach rechts und der andere nach links. Was wir statt dessen brauchen, ist eine echte Zusammenarbeit mit qualifizierten, anerkannten Fachleuten, die wir für ihre Beratungstätigkeit auch angemessen honorieren und deren Tätigkeit für die Öffentlichkeit transparent ist.

Ich sprach von der rechtlichen Grundlage für die Unternehmen und die Wirtschaft. Diese nützt indes wenig, wenn es - und das ist ein zweiter Punkt - an der notwendigen Infrastruktur fehlt, die die Betriebe überhaupt erst in die Lage versetzt, sich weiterzuentwickeln. Dazu gehört beispielsweise ein Netz von Handels- und Geschäftsbanken, Versicherungsgesellschaften und Schiedsgerichtsinstanzen, ohne die eine Marktwirtschaft nicht funktionieren kann. Man spricht heute bei uns auch von einer Wiederbelebung der Börse, ohne daß diejenigen, die dies aufbauen wollen, die eigentlichen Funktionen und Abläufe wirklich bekannt sind. Um diese Infrastrukturen zu schaffen, fehlt es bei uns an Erfahrung und Kompetenz. Das heißt, um diesen Prozeß zu beschleunigen und in die richtigen Bahnen zu lenken, sind wir auf eine effektive Zusammenarbeit angewiesen.

Die Begriffe Unternehmer und Privatisierung werden übrigens bei uns immer noch nicht richtig verstanden. Die meisten unserer Bürger verwenden das Wort Unternehmer nur auf Privatpersonen, Kooperative und Pächter. Dagegen sind wir der Ansicht, daß das Gesetz über das Unternehmertum vor allem für die staatlichen Betriebe die Voraussetzungen schaffen soll, effizient zu arbeiten. Dieses Gesetz, das will ich bei der Gelegenheit anmerken, ist von unserem Geschäftsverband ausgearbeitet und durch den Obersten Sowjet gebracht worden, und zwar ohne Beteiligung der Verwaltungsapparate, weder des Ministerrates noch des Obersten Sowjets.

Worauf es uns ankommt, ist, die Betriebsführungen, also diejenigen, die unternehmerische Funktionen wahrnehmen sollen, von den Fesseln der Arbeitskollektive zu befreien, damit sie sich wirklich als Unternehmer betätigen können.



Was die Privatisierung angeht, so versteht man darunter lediglich den Übergang vom staatlichen Monopoleigentum zu privaten Eigentumsformen. Mit anderen Worten: Diese Begriffe sind für die Öffentlichkeit noch recht unklar.

Mein dritter Punkt beinhaltet das wichtigste Problem, das wir bewältigen müssen das ist eine weitere Aufgabe der Zusammenarbeit;-, nämlich die Ausbildung von qualifizierten Führungskräften, die den ganzen Prozeß voranbringen können. Auf diesem Gebiet wird auch schon sehr viel geleistet in zahlreichen Seminaren und Konferenzen. Unsere Fachleute fahren in den Westen, um Unternehmen kennenzulernen. Sie besuchen unter anderem auch Weiterbildungsinstitutionen wie zum Beispiel die Harvard-Business-School. Aber das ist viel zu wenig und meist ohne praktischen Nutzeffekt. Ich habe mit unseren Leuten gesprochen, die an der Harvard-Business-School studieren. Das Problem ist, daß sie den Vorlesungen kaum folgen können, weil sie die Fachterminologie nicht beherrschen.

Solange ein junger Mensch seine Hand noch nicht am Puls eines Unternehmens gehabt hat, kann er das Metier nicht wirklich kennenlernen. Deshalb haben wir jetzt damit begonnen, unsere jungen Leute in die westlichen Firmen zu schicken, damit sie dort als Ingenieure oder Manager ausgebildet werden. Wenn sie dann eine Zeitlang dort gearbeitet und wirklich einmal den Reiz des Risikos, den Reiz selbständig getroffener Entscheidungen am eigenen Leibe gespürt haben, werden sie in der Lage sein, die gigantischen Aufgaben anzupacken, die in unserem Land auf sie warten. Davon brauchen wir aber Zehntausende so ausgebildeter Nachwuchskräfte. Es wäre wichtig, wenn Sie uns dabei unterstützen würden. Dazu hätten wir gern eine Liste jener Unternehmen, die bereit sind, sich unserer jungen Leute anzunehmen. Natürlich setzt das Sprach- und Computerkenntnisse voraus; wir verfügen heute über solche Fachkräfte und sind daran interessiert, die fähigsten Leute zu Ihnen zu schicken. Denn wir warten auf positive Ergebnisse sicher mit größerer Ungeduld als Sie.

Doch auch für Sie könnte sich dieser Prozeß vorteilhaft auswirken; denn Ihre Unternehmen bekommen auf diese Weise Partner, die sich auf unserem Markt auskennen und mit denen man vernünftig reden kann. Damit könnten Sie Situationen vermeiden, die andere Unternehmer hier vielfach erlebt haben, daß man zu einem Geschäft ja sagt, um später festzustellen, daß dieses Ja auf beiden Seiten etwas völlig Verschiedenes bedeutete.

Es gibt noch einen vierten Bereich der Zusammenarbeit. Die Perestroikab benötigt Kapital. Die Beschaffung von Kapital für den Aufbau von high technology ist für uns leider nicht möglich. Das mag in dem einen oder anderen Fall gehen. Aber es wäre eine gefährliche Illusion zu meinen, wir könnten uns auf diese Weise das für die Reformen notwendige Kapital verschaffen.

Eine weitere Möglichkeit, an Devisen zu kommen, wäre der verstärkte Verkauf unserer natürlichen Ressourcen. Aber wir dürfen nicht zulassen, daß wir wie unter kolonialen Bedingungen etwas ausbeuten, was der nach uns kommenden Generation gehört. Auch dieser Weg ist uns somit verschlossen, wenn wir zu Kapital kommen wollen.

Es gibt einen dritten Weg, und das sind ausländische Investitionen, also keine Kredite und keine Verschuldung, sondern umfassende Investitionsprogramme, die wir gemeinsam mit Ihren Experten ausarbeiten. Das wird nicht eben leicht sein; denn im Bereich der Außenwirtschaft bieten sich keine einfachen Lösungen an. Das hängt mit den Umständen zusammen, die ich angesprochen habe, unter anderem mit der fehlenden Konvertibilität des Rubels. Aber das ist gar nicht einmal das schwerste Hindernis auf diesem Wege.

Aber wenn sich kompetente Fachleute beider Seiten an einen Tisch setzen und nach einer Lösung suchen, werden sie auch einen Weg finden. Wenn es uns gelänge, gemeinsam großangelegte Investitionsprogramme auszuarbeiten, dann könnten wir mit Hilfe solcher Beispiele vielleicht die leider tiefverwurzelten Vorurteile vieler unserer Menschen gegenüber dem Ausland überwinden, aber auch die westlichen Unternehmer davon überzeugen, daß es sich lohnt, bei uns zu investieren.

Ich komme gerade aus London, wo man leider sehr skeptisch auf die Vorgänge in unserem Lande blickt und kaum daran glaubt, daß eine fruchtbare Zusammenarbeit überhaupt möglich ist. Deshalb sind solche umfassenden Investitionsprogramme notwendig, um auch diese Leute vom Nutzen der Zusammenarbeit zu überzeugen.

Ich könnte zahlreiche weitere Probleme aufführen. Wichtig ist, daß wir Erfahrungen sammeln in der Zusammenarbeit mit unseren ausländischen Partnern, die dazu bereit sind. Dann werden wir allmählich nicht nur im politischen, sondern auch im wirtschaftlichen Bereich zu einer für beide Seiten lohnenden Kooperation kommen.

Die Lösung der von mir skizzierten Probleme ist sicher am ehesten mit einem weltweit verzweigten Netz von westlichen Beratungsdiensten möglich, die hier ihre Tätigkeit beginnen müßten, um unseren

jungen Experten ihre Kenntnisse zu vermitteln. Das wären dann so eine Art von Fachhochschulen, die die Aufgabe hätten, unseren Leuten die Techniken des Bankwesens oder der Verwaltung zu vermitteln im Rahmen von project consulting.

Abschließend nur noch einige Worte zum Pawlow-Programm. Ich unterstütze dieses Programm nicht in jeder Hinsicht, obwohl ich an der Ausarbeitung mitbeteiligt war. Das Programm gibt keine konkreten Antworten auf Fragen, was im Falle einer Wirtschaftskrise zu tun ist. Aber ein solches Programm muß vielleicht gar nicht alle Fragen beantworten; das ist ohnehin nicht möglich. Wichtig ist, daß dieses Programm marktwirtschaftlich orientiert ist. Es enthält viele Ansätze, die nicht ausformuliert sind und vielleicht erst in späteren Kommentaren ausgearbeitet werden müssen. Natürlich fördert dieses Programm inflationäre Tendenzen, und uns erwarten sicher noch viele ernsthafte Störungen auf dem Wege zu seiner Realisierung. Diese Probleme müssen wir unter Aufbietung aller Kräfte zu lösen versuchen.

Wir haben jetzt zwei Aufgaben vor uns, die recht widersprüchlich erscheinen. Zum einen müssen wir den wirtschaftlichen Niedergang stoppen, das heißt die ökonomische Lage in unserem Land stabilisieren. Zum anderen darf die Wiederherstellung der Ordnung nicht zu einem Stillstand in Sachen Privatisierung und Förderung des Unternehmertums führen. Dieses Programm, darin stimme ich mit vielen Experten überein, scheint in der gegenwärtigen sehr schwierigen politischen Situation - angesichts der bestehenden Konfrontation - das einzig mögliche Szenario zu sein. Das Wichtigste ist aber nicht das Programm selbst und sein Inhalt, sondern die Entschlossenheit und Energie, mit der es verwirklicht wird.

### **Dahrendorf**

Herr Falin hat darauf hingewiesen, daß Diskussionen eine Art Katharsis sein können, die es allen Beteiligten erlaubt, ihre Probleme auf den Tisch zu legen. Das ist sicher auch eine Funktion unserer Diskussion hier. Aber darüber hinaus sollten wir uns um möglichst präzise Ergebnisse bemühen.

Unser Ausgangspunkt ist die Perestrojka, für die es sicher viele Definitionen gibt. Ich will es einmal so definieren: Perestrojka, das ist die Transformation eines monopolistischen in ein pluralistisches System. Das ist gewiß sehr leicht gesagt und sehr schwer getan. Pluralistisch ist sowohl in dem Sinne gemeint, daß Wirtschaft, Politik und Gesellschaft entzerrt werden, als auch, daß innerhalb dieser verschiedenen Bereiche gewissermaßen hundert Blumen blühen. Das heißt, es bestimmt nicht nur eine Zentrale, was geschieht, sondern es gibt jeweils unterschiedliche politische Kräfte, eine Vielfalt von wirtschaftlich Tätigen, und es zählt, was die Menschen als Produzenten und als Konsumenten wollen. Es gibt so etwas wie eine bürgerliche Gesellschaft, eine civil society, oder Zivilgesellschaft, wie manche jetzt auf deutsch sagen.

Diese Transformationsaufgabe ist in einer Reihe von mittel- und osteuropäischen Ländern in den letzten Jahren angepackt worden. Die große Sowjetunion ist seit sechs Jahren intensiv damit beschäftigt, ohne daß es ihr bisher gelungen ist, in dem schwierigen Schlüsselbereich, wo Politik und Wirtschaft sich treffen, für die Menschen befriedigende Resultate zu erzielen. Es stellt sich die Frage: Was tun? Wo setzt man an, nachdem so vieles angefangen wurde, auch offenkundig viel guter Wille vorhanden ist, aber die Schwierigkeiten unübersehbar sind.

Herr Wladislawlew hat vier Punkte erwähnt, die aber ihrerseits wieder verschiedene Probleme beinhalten. Zu den Schwierigkeiten gehören nicht zuletzt die traditionellen Haltungen und Einstellungen der Menschen, aber auch Fragen der Ausbildung und anderes mehr.

Ich schlage vor, daß wir uns im wesentlichen mit drei relevanten Themenbereichen auseinandersetzen. Erstens: Wie steht es um die politische Stabilität, die nicht eine Scheinstabilität von Diktatur ist?

Zweitens: Wie sehen die makroökonomischen Bedingungen aus, die erfüllt sein müssen, damit ausländische Investoren Vertrauen gewinnen? Dazu gehören beispielsweise Fragen des Haushaltsdefizits und der inflationären Entwicklung.

Drittens: Am wichtigsten sind vielleicht die mikroökonomischen Voraussetzungen, also die Anreize für unternehmerisch veranlagte Menschen, die sich betätigen wollen und nicht nur darauf warten, daß etwas geschieht.

Viele von uns stellen sich in diesen Wochen die Frage: Gibt es überhaupt jemanden in der Sowjetunion, der eine klare Vorstellung davon hat, wo man den Prozeß beginnt und wie man ihn weiterführt, nachdem so viele Möglichkeiten eröffnet worden sind? Oder besteht die Gefahr, daß sich diese Möglichkeiten wieder verlieren, weil es an plausiblen Vorschlägen für die nächsten Schritte fehlt

und jene Kräfte die Oberhand gewinnen, die ohnehin der Meinung sind, es war von Anfang an falsch, sich zu öffnen.

Des weiteren sollte uns die Frage beschäftigen: Was kann man von außen tun, um zu helfen? Herr Körber stellt sich diese Frage ständig, und einer der Gründe, warum wir ihn alle so bewundern, ist seine Fähigkeit, auch in den schwierigsten Situationen noch irgend etwas zu unternehmen, das weiterhilft, auch wenn es zunächst ein noch so kleiner Einstieg sein mag; so wie er das jetzt wieder mit der Gründung des Körber-Kollegs Moskau zur Ausbildung sowjetischer Manager für die Marktwirtschaft getan hat.

Ich möchte aber unsere Diskussion zunächst einmal frei laufen lassen und behalte mir vor, zu einem späteren Zeitpunkt auf eine stärkere thematische Zuspitzung hinzuwirken.

### **Bahr**

Nach dem, was ich hier bisher gehört habe, scheint mir die Unfähigkeit der Menschen, sich mit der Mentalität eines neuen Systems vertraut zu machen, der wichtigste Punkt zu sein. Ähnlich erleben wir es jetzt in Deutschland bei dem Versuch, die ehemalige DDR in unser System einzuschmelzen. Dabei handelt es sich da - im Verhältnis zur Sowjetunion - nur um ein kleines Gebiet mit wenigen Menschen, die zudem jahrelang westliches Fernsehen und Rundfunksendungen empfangen haben und die eigentlich wissen müßten, was man in unserem System braucht. Sie wissen es aber nicht. Diese Mentalitätsprobleme sind weit wichtiger und schwerer in den Griff zu bekommen als etwa die Frage des Geldes.

Wenn das schon bei uns so ist, um wieviel schwieriger muß das in einem Land sein, das unendlich viel größer ist als die ehemalige DDR und in dem die Menschen 70 Jahre lang in einem anderen System gelebt und gelernt - vielleicht auch manches verlernt haben. Aber so sehr viel brauchten sie wohl nicht zu verlernen; denn im Zarentum waren ja Demokratie und Marktwirtschaft auch nicht gerade hoch entwickelt.

Es wurde gesagt, die Sowjetunion müsse sich ihren eigenen Weg suchen. Das unterstreiche ich voll. Dabei sollten wir uns aber auch klar darüber sein, daß es für die Sowjetunion kein vernünftiges Ziel sein kann, sofort ein Staat zu werden, der nach westlichen Maßstäben Demokratie und soziale Marktwirtschaft verwirklicht. Ich halte es für unmöglich, dieses Ziel in einem Sprung zu erreichen.

Wenn das aber so ist, dann möchte ich wissen, wie die nächsten Schritte aussehen sollen. Diese Frage ist wichtig im Hinblick auf politische Berechenbarkeit und Stabilität, damit das nicht alles scheitert, was ja auch noch möglich ist. Das heißt, um ein generelles Scheitern zu verhindern, kommt es fürs erste darauf an, daß der Prozeß beherrschbar und evolutionär stabil bleibt.

Unter diesem Aspekt frage ich mich, ob es nicht das erste Ziel sein muß, die Versorgung der Menschen zu gewährleisten. Das betrifft also die Ernte, Transport und Lagerung. Wäre ein solches Ziel in 500 Tagen erreichbar? Sich die Einführung der Marktwirtschaft in 500 Tagen zum Ziel zu setzen, wäre in meinen Augen reine Narretei. Und auch die stärkere Einbindung der Sowjetunion in die Weltwirtschaft kann erst ein längerfristiges Ziel sein, das eine Steigerung der Exportfähigkeit voraussetzt. Dafür braucht man sehr viel mehr Zeit, um zunächst Erfahrungen im Ausland zu sammeln und um Management- und andere Ausbildung voranzubringen.

### **Vogel**

Ich hatte in den letzten Tagen Gelegenheit, mit sowjetischen Kollegen die gegenwärtige innen- und wirtschaftspolitische Lage zu diskutieren. Die allgemein vorherrschende Stimmung kann man wohl am besten als einen Wettlauf der Kassandra beschreiben. Eine depressive Einschätzung der Lage, die leider zutreffend ist. Die realwirtschaftlichen Daten zeigen alle nach unten, und an einem weiteren Schrumpfungsprozeß des Bruttosozialproduktes ist nicht zu zweifeln. Das gleiche gilt für das Ungleichgewicht auf dem Geldmarkt; die Geld- und Finanzsysteme sind außer Kontrolle. Außenwirtschaftlich ist dieses Land im Grunde nicht mehr kommunikationsfähig. Um die wirtschaftliche Lage zu kennzeichnen, verwendeten sowjetische Kollegen den Begriff "freier Fall".

In der Innenpolitik haben wir es mit einer ausgeprägten Legitimitätskrise zu tun, verursacht durch den endlosen Streit um ideologisch akzeptable Begriffe, verschärft durch Angst vor der eigenen Courage, durch Zögern und Verschwendung von ökonomischer und politischer Substanz. Die Folge ist, daß die Menschen müde geworden sind, nicht zuletzt aufgrund eines Dilettantismus, der die Perestroikain den ersten Jahren gekennzeichnet hat.

Angesichts dieser depressiven Grundstimmung könnte man also vom Ende der Perestroikasprechen. Doch hier sollte man präziser vom Ende einer Perestroikarede, die in dem dilettantischen Versuch bestand, sich sozusagen den Pelz zu waschen, ohne sich naß zu machen. Natürlich wird dieser Prozeß erschwert durch das Erbe der Vergangenheit eines Vielvölkerstaates, der machtpolitisch zusammengezwungen wurde und der wirtschaftspolitisch zu einer Struktur geführt hat, die schlicht und einfach nicht lebensfähig ist.

Was wir gegenwärtig vorfinden, kann man im politischen und sozialen Bereich am besten wohl mit dem Begriff Anomie umschreiben. Für die Entscheidungssituation dürfte der Begriff Chaos zutreffen, angesichts einer Entwicklung, in der zufällige Faktoren einen neuen Aggregatzustand der Gesellschaft herbeiführen können, den wir aber von außen überhaupt nicht zu erkennen vermögen und für den auch keine zureichenden Prognosen abzugeben sind.

Für den freien Fall wird es sicher irgendwann einen Fallschirm geben. Die Frage ist nur, in welchem Abstand vom Boden er sich dann öffnet. Dafür gibt es jetzt vielleicht erste Anzeichen. Als Indikator denke ich dabei weniger an das Pawlowsche Krisenprogramm, das in der Tat sehr vage ist und dessen Gesetzgebungsteil nur einen verschwindend kleinen Teil der notwendigen Schritte umfaßt. Dagegen sehe ich ein ermutigendes Signal in der Kompromißfähigkeit, die sich in der Vereinbarung der Präsidenten der neun Republiken mit dem Präsidenten der Union erstmals zeigt. Das ist so etwas wie ein Hoffnungsschimmer, daß sich der gesunde Menschenverstand im innenpolitischen Bereich doch durchzusetzen beginnt, was auch darin deutlich wird, daß die übrigen sechs Republiken, die den Unionsvertrag nicht unterschreiben wollen, nicht in ein Korsett gezwängt werden sollen.

Ein zweiter Faktor, der positiv stimmt, ist das Maß an Vitalität, das in dieser Gesellschaft bereits wirksam ist. Das zeigt sich sowohl in den staatlichen Unternehmen, vor allem aber in kooperativ tätigen Privatunternehmen, die einfach anfangen, wo man die Ärmel aufkrempelt und versucht, unter den vorherrschenden chaotischen Bedingungen seine Nische zu finden und sich einen Markt zu schaffen, um in einer später geregelten Struktur überleben zu können. Es gibt Ansätze für ein Unternehmertum in diesem Lande, die ermutigend sind - entgegen vielen pessimistischen Prognosen bei uns, die meinen, die unternehmerischen Instinkte seien hier in 70 Jahren praktisch zerstört worden. Diese These ist widerlegt.

Drittens finde ich ermutigend, daß die Menschen in diesem Lande darüber nachzudenken beginnen - auch unter dem Schock der Preissteigerungen vom 2. April;-, wie sie ihr Überleben sichern können. Sie begreifen allmählich, daß es nicht genügt, nur seinen Dienst nach Vorschrift am alten Arbeitsplatz weiterzumachen, sondern daß es darauf ankommt, sich möglicherweise eine neue Beschäftigung zu suchen.

Ich meine, daß jene sowjetischen Kollegen nicht falsch liegen, die der Ansicht sind, man könne der öffentlichen Meinung in diesem Lande heute politisch mehr zumuten als noch vor einigen Monaten. Insbesondere ist die Einführung des Privateigentums, vor der alle solche Angst gehabt haben, jetzt kein Tabu mehr. Wir sehen uns hier einem Prozeß gegenüber, der sich beschleunigt und in dem Entscheidungen möglich sind, die wir bislang für undenkbar gehalten haben.

Das vierte Element, das zu Hoffnungen berechtigt, zeigt sich meiner Meinung nach darin, daß die Zahl kompetenter Menschen wächst, vor allem in der jüngeren und mittleren Generation, die ohne viel Scheuklappen ihre Lernbereitschaft entwickeln und nach Modellen suchen, die sie nicht blind übernehmen, sondern ihren konkreten Lebenserfahrungen entsprechend anwenden.

Schließlich, fünftens, sehe ich positive Anzeichen in einer Politisierung der Massen. Dies zeigt sich nicht nur in den verschiedenen politischen Gruppierungen, die untereinander zerstritten und wenig handlungsfähig sind, sondern vor allem in der Bereitschaft - so schädlich dies wirtschaftspolitisch sein mag;-, politische Forderungen mit Streiks durchzusetzen. Sicher wird das Sozialprodukt durch die Streiks um einige Prozentpunkte nach unten gedrückt. Aber der innenpolitische Druck, der die Politiker zum Handeln zwingt, ist ein wichtiges Element, das in absehbarer Zeit konkrete Ergebnisse zeitigen wird.

Ich möchte betonen: Dies alles bedeutet noch keine Wende, aber es ist die Möglichkeit dazu. Der wirtschaftliche Niedergang wird sich ohne Zweifel fortsetzen. Im Augenblick sollen über 40 Hochöfen von 120 stillstehen; die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen sind nicht zu übersehen. Es wird erhebliche soziale Spannungen geben bis hin zu Massenmigrationsbewegungen innerhalb der UdSSR. Es bereitet immense Schwierigkeiten, die Gesetzgebungen von Union und einzelnen Republiken aufeinander abzustimmen. Das alles braucht sehr viel Zeit - von den Lernprozessen im allgemeinen ganz zu schweigen.

Lassen Sie mich einen letzten Punkt anführen. Es ist sicher unabdingbar, daß Manager, Spezialisten und Techniker ausgebildet werden und so viele wie möglich den realexistierenden, funktionsfähigen Mechanismus der sozialen Marktwirtschaft in unseren Ländern studieren und erleben können. Aber mindestens genauso wichtig das wird jetzt in der ehemaligen DDR deutlich- ist der Aufbau einer funktionsfähigen öffentlichen Verwaltung. Es hat wenig Sinn, die Unternehmer auf diese Gesellschaft loszulassen, ohne daß entsprechende Rahmenbedingungen von der Verwaltung her gesetzt sind. In Ostdeutschland reichen weder Geld noch gute Worte, um die erhoffte Wende zu einer Produktivitätssteigerung und zur Erhöhung des Lebensstandards zu erreichen.

Ich meine, parallel zu Management- und anderen Schulungsprogrammen der Wirtschaft ist es notwendig, daß Verwaltungsspezialisten ausgebildet werden, die in der Lage sind, den Staatshaushalt, die öffentlichen Finanzen zu steuern und öffentliche Verwaltungen von der zentralen Ebene bis hinunter zur Kommunalverwaltung auf die Anforderungen einer modernen Industriegesellschaft vorzubereiten. Das gleiche gilt für den Aufbau von Verwaltungsgesetzgebungen und so weiter.

### **Schenajew**

Was mich beunruhigt, ist, wie man im Westen die gegenwärtige innen- und wirtschaftspolitische Situation in der Sowjetunion interpretiert, weil dies unsere gegenseitigen Beziehungen unmittelbar beeinflusst. Ich habe mitunter den Eindruck, daß man im Westen die Entwicklung bei uns ganz falsch einschätzt.

Trotz aller Schwierigkeiten werden wir die Perestroika ohne Frage weiterführen. Sie hat viele Aspekte und umfaßt die verschiedensten Bereiche. In einigen waren wir bereits recht erfolgreich, in anderen dagegen überhaupt nicht. Glasnost hat uns sehr viel gebracht, und die außenpolitischen Veränderungen sind Ihnen allen bekannt. Beides sind bemerkenswerte Ergebnisse der Perestrojka, die sich auf unsere Außenbeziehungen außerordentlich positiv ausgewirkt haben.

Was dagegen unsere innenpolitische Situation angeht, insbesondere die Wirtschaftslage, so gibt es kaum etwas, worauf wir stolz sein könnten. In den sechs Jahren Perestroika hat sich die Lage immer weiter verschlechtert. Die Ursache dafür sehe ich im wesentlichen in den Schwierigkeiten, das administrative Kommandosystem in der Wirtschaft tatsächlich abzulösen.

Sicher gibt es im Pawlow-Programm einige interessante Ansätze in Richtung Marktwirtschaft. Was uns aber bisher fehlt, sind die Mechanismen, die Schalthebel, um das neue Wirtschaftssystem einführen zu können. Davon ist auch in diesem Antikrisenprogramm wenig zu sehen. Nach wie vor soll es über 50 Ministerien geben, zum Teil riesige Verwaltungsapparate, einschließlich einer großen Zahl Branchenministerien.

Als Wirtschaftsexperte ist mir schwer verständlich, wie man Marktwirtschaft betreiben, also die Selbständigkeit der Unternehmen auf der Mikroebene fördern will, wenn man gleichzeitig das administrative Kommandosystem mit seinen materialwirtschaftlichen Beschaffungs- und Versorgungskomitees beibehält. Einmal setzen wir die Preise dirigistisch fest. Dann wieder heißt es, es sollen sich freie Marktpreise nach Angebot und Nachfrage bilden. Da gibt es also noch erhebliche Widersprüche. Insofern bedarf das Programm in vielen Punkten der Nachbesserung.

Vor wenigen Tagen wurde nun auch das Programm der Russischen Föderation veröffentlicht, das auf Ideen des sogenannten 500-Tage-Programms basiert. Ich meine, dieses Programm geht wesentlich konsequenter den Weg der Marktwirtschaft, weil es bereits gewisse Mechanismen und Schalthebel in der Hinsicht enthält.

Lassen Sie mich noch einen anderen wichtigen Aspekt aufgreifen, die Frage der Integration, die sich - das zeigen alle Gespräche mit westlichen Fachleuten - auf drei Ebenen vollziehen muß. Erstens auf der Mikroebene, wo wir es mit einem Markt und freien Unternehmen zu tun haben. Zweitens die Ebene der Beziehungen zwischen Regionen und souveränen Republiken, gewissermaßen die horizontale Ebene. Drittens die Ebene des Verhältnisses von Republiken zu einer Zentrale, also die vertikale Verbindung.

In der Europäischen Gemeinschaft sind alle drei Integrationsebenen vorhanden, während bei der EFTA beispielsweise die Vertikale fehlt. Im RGW, der inzwischen nicht mehr existiert, gab es keine Mikroebene; denn in allen Mitgliedsstaaten herrschte das administrative Kommandosystem. Außerdem fehlte die übernationale Ebene. Das Ganze beruhte lediglich auf zwischenstaatlichen Vereinbarungen. Deshalb war diese Organisation auf die Dauer auch nicht überlebensfähig.

Wie steht es in dieser Hinsicht heute um die Sowjetunion? Wir hatten bisher keine Mikroebene und keinen Markt. Auch horizontale Verbindungen zwischen den Republiken gibt es nicht. Alles wurde von der starken Zentralmacht beherrscht mit seinem administrativen Kommandosystem. Kein Wunder also, daß wir von westlicher Seite immer wieder hören, wenn sie sich mit Vertretern einzelner Unternehmen oder Republiken treffen: Wen repräsentieren Sie eigentlich? Die Zentralorgane kennt man. Deshalb hält man sich im Westen bisher weitgehend an die Unionsebene. Ich sage Ihnen ganz offen, daß mir die mitunter leicht abfälligen Bemerkungen gegenüber Vertretern der souveränen Republiken durchaus nicht gefallen.

Im Obersten Sowjet und im Volksdeputiertenkongreß wird heute die Frage diskutiert, inwieweit unsere Unternehmen und die einzelnen Republiken selbständig außenwirtschaftlich tätig werden sollten, und zwar auf allen Ebenen. Im Westen nimmt man diese Bestrebungen kaum zur Kenntnis und sucht so gut wie keinen Kontakt zu den Republiken und zu den Unternehmen.

Nehmen Sie die letzten Auseinandersetzungen mit den Bergarbeitern. Die Kumpel wollen weg von den Fittichen des Bundesstaates und ihre Produkte in der Sowjetunion und im Ausland selbst verkaufen. Was hält man im Westen davon? Will man sich wie bisher ausschließlich an die Zentralstellen wenden, oder ist man bereit, auch auf die Wünsche der anderen Ebenen einzugehen? Dies ist für uns eine äußerst wichtige Frage.

Wir haben es jetzt in der Sowjetunion mit dem Beginn eines Integrationsprozesses zu tun. Von daher verstehe ich nicht, was mit der Bezeichnung "Desintegration" in bezug auf unser Land gemeint ist, die ja zumindest in gewissen Graden eine Integration voraussetzt. Was soll das aber für eine Integration gewesen sein, bei der es keinen freien Markt, weder für Waren und Kapital noch für Dienstleistungen, gab, wo keine horizontalen Verbindungen zwischen den Republiken bestanden, sondern nur Weisungen von oben, von einer Zentrale erteilt wurden?

Auch beim Pawlow-Programm ist es nur wiederum das Zentrum, das das Programm realisieren soll. Deshalb räume ich dem keine großen Erfolgsaussichten ein. Anders ist es schon beim Jawlinski-Schatalin-Programm. Jawlinski hat im übrigen auch am vorerwähnten Programm der Russischen Föderation mitgearbeitet, das sowohl die Mikroebene der Unternehmen als auch die Ebene der Beziehungen zwischen den Republiken mitberücksichtigt.

Dabei sind wir keineswegs gegen die Union - aber mit klar abgegrenzten Aufgabenstellungen. Der Zentralstaat sollte für die Außenpolitik zuständig sein und die Rahmenbedingungen für die Innenpolitik sowie die Wirtschafts- und Finanzpolitik vorgeben. Das setzt aber eine Übereinkunft mit den Republiken voraus, und die Zentrale kann die Politik nicht einfach oben allein bestimmen. Die Abstimmung muß von unten nach oben geschehen. In diese Richtung geht jedenfalls die Entwicklung jetzt bei uns.

Mein Eindruck ist, daß man dies im Westen noch nicht begriffen hat. Daß sich vor kurzem neun unserer Republiken zur Union bekannt, aber zugleich deutlich gemacht haben, daß sie in Zukunft ein Wörtchen mitreden wollen, darin sehe ich einen Hoffnungsschimmer für die weitere Entwicklung unserer Wirtschaft und unseres Landes. Auf diese Weise würden auch unsere Beziehungen zum Westen ein höheres Niveau erreichen. Das setzt aber voraus, daß man im Westen alle drei Ebenen berücksichtigt. Wenn Sie nach wie vor nur die oberste Ebene anerkennen, werden Sie uns nicht helfen, auf dem Wege zur Marktwirtschaft voranzukommen.

## Falin

Herr Vogel sprach von Dilettantismus in bezug auf die Perestrojka. Ich bin nicht sicher, daß diese Charakterisierung die konkrete Situation trifft, in der wir uns befinden.

Wie ist es wohl zu erklären, daß 1987 das ökonomisch erfolgreichste Jahr für die Sowjetunion in den letzten Jahrzehnten gewesen ist? Das war im dritten Jahr der Perestrojka, und warum ist 1988 so ganz anders verlaufen? Die Gründe, die man dafür anführen könnte, entsprechen den Tatsachen mehr als jener behauptete Dilettantismus.

Wie stellt sich die Situation bei uns derzeit dar? Sie kennen vielleicht den amerikanischen Witz, wo ein Mann zum Zahnarzt kommt, der nach der Untersuchung feststellt: Der Zahn muß raus. Auf die Frage: "Was kostet dieser Eingriff?", erfolgt die Antwort: "Zweihundert Dollar." Darauf der Patient: "Für eine Minute Arbeit soll ich zweihundert Dollar zahlen?!" "Bitte sehr", meint der Zahnarzt, "ich kann Ihnen Ihren Zahn auch eine Woche lang ziehen."

Perestrojka, Glasnost, Pluralismus, Mehrparteiensystem, man kann diese Veränderungen sicher in homöopathischen Dosen durchführen. Dann braucht man in diesem Lande wahrscheinlich nicht ein

Jahr, sondern ein Jahrhundert. Ob es möglich wäre, das alte System über einen so langen Zeitraum funktionsfähig zu halten, weiß ich nicht. Aber wenn ich alle Vor- und Nachteile abwäge, würde ich doch den schnellen Weg vorziehen. Auch Sie haben ja für die deutsche Wiedervereinigung nicht den ökonomisch vertretbarsten Weg gewählt, sondern nahmen es in Kauf, 500 Milliarden DM mehr zu zahlen, damit die Wende von heute auf morgen zustande kommt.

Zweifellos stecken wir seit 1988 in großen Schwierigkeiten. Den Hauptgrund sehe ich weniger in dem Kampf der verschiedenen Kräfte gegeneinander oder miteinander um den besten Weg für die Perestrojka, sondern in der Grundsatzfrage, ob wir uns für die Perestroika im Sinne des Jahres 1985 oder im Sinne des Jahres 1917 entscheiden sollen. Gerade diese Auseinandersetzung hat das Chaos, von dem Herr Vogel spricht, im wesentlichen verursacht. Auf der einen Seite stehen die Kräfte, die eine Revolution in der Revolution vornehmen wollen, und auf der anderen diejenigen, die eine Konterrevolution in der Revolution wünschen. Die Krise, in der wir uns befinden, ist doch nicht vom Himmel gefallen, sondern wurde von den Menschen selbst geschaffen.

Ich halte es auch nicht für so wichtig, Herr Schenajew, wie viele Ministerien wir letztlich in unserer Regierung haben werden, ob nun 20 oder 50. Entscheidend ist, was diese Ministerien tun, welche Aufgaben sie bewältigen.

Amerikanische und japanische Experten der Marktwirtschaft, Galbraith und Leontieff zum Beispiel, weisen uns zu Recht darauf hin, daß es für die Sowjetunion nicht darum gehen kann, eine Marktwirtschaft zu etablieren, deren Struktur sich an den Bedingungen Anfang dieses Jahrhunderts orientiert. Vielmehr komme es darauf an, marktwirtschaftliche und planwirtschaftliche Strukturen miteinander zu verknüpfen, um dieses riesige Land voranzubringen.

Vergegenwärtigen Sie sich bitte auch folgende Tatsache: Kanada ist etwa halb so groß wie die Sowjetunion; die klimatischen Voraussetzungen sind in beiden Ländern ungefähr gleich. In Kanada leben 27 Millionen Menschen bei offenen Grenzen. Warum nicht mehr? Das Land produziert Nahrungsmittel für etwa 70 Millionen Menschen, während die Sowjetunion - bei schlechteren Böden als in Kanada Nahrungsmittel und alles andere für heute 283 Millionen Menschen produzieren soll. Solche Tatsachen müssen Sie in Ihre Überlegungen miteinbeziehen, wenn Sie unsere Schwierigkeiten verstehen wollen.

Ein weiteres Beispiel. Unsere japanischen Partner waren bereit, mit uns Verträge über die Errichtung von Joint-ventures in der Chabarowsk-Region zu schließen. Dann haben sie erfahren, daß man in diesem Gebiet 2 Meter 70 tief in die Erde muß, um Leitungen und so weiter zu verlegen - im Raum Tokio sind es dagegen nur 30 cm. Darauf hieß es, das sei wirtschaftlich nicht rentabel. Mit solchen Problemen werden alle unsere Partner hier konfrontiert. Ein Haus in Moskau zu bauen und zu unterhalten ist zweieinhalbmal so teuer wie in Bonn. Und in Jakutsk ist es noch dreimal teurer als in Moskau. Ohne die Kenntnis dieser Besonderheiten werden Sie die Probleme dieses Landes nicht verstehen.

Ich bin der Letzte, der die alten Methoden und Strukturen aus früherer Zeit verteidigen will. Ich habe stets versucht, zumindest diejenigen nicht zu unterstützen, sie vielmehr zu korrigieren, die Anhänger überholter Methoden waren. Diesen Kampf habe ich seit Jahrzehnten geführt und bei solchen Auseinandersetzungen auch alle Nachteile in Kauf genommen. Aber für mich gilt ein Prinzip: Pluralismus der Meinungen - ja, aber nicht ein Pluralismus der Wahrheit. Ein solcher Pluralismus ist nach meiner Auffassung fehl am Platz.

### **Dahrendorf**

Herr Falin, Sie kontrastieren hier Perestroika 1917 und Perestroika 1985. Wenn ich es richtig verstanden habe, haben Sie Partei genommen für die Perestroika 1917. Worin besteht der Unterschied?

### **Falin**

Im Jahre 1917 ging der Kampf darum, welchen Weg die Sowjetunion einschlagen wird: den klassischen Weg des Kapitalismus oder den Weg einer sozialistischen Entwicklung. Damals im Jahre 1917 und Anfang 1918 - vor Beginn des Bürgerkrieges und der ausländischen Intervention - hatten wir eine Entwicklung vor Augen, die die meisten akzeptieren konnten, die aber leider bald völlig verlorenging.

Heute sind die Kräfte aktiv, die am Beispiel Perestroikabeweisen wollen, daß das sozialistische System nicht mehr reparaturfähig und die sozialistische Idee ein Irrtum sei; logischerweise bereiten diese Kräfte alle möglichen Schwierigkeiten. Manche Programme und Abkommen, die unterzeichnet

werden, leben kaum einen Tag, eine Woche, bevor sie wieder verschwinden. Ich hoffe sehr, daß das letzte Abkommen (die Eins-plus-neun-Vereinbarung), das vor drei Tagen zustande kam, nicht das gleiche Schicksal erleidet.

## Huber

Perestrojka: Ende oder Wende? Auch wenn Herr Falin sich dagegen wehrt, muß ich in diesem Zusammenhang noch einmal auf den Dilettantismus zu sprechen kommen; denn ich bin in der Tat der Meinung, daß die Perestrojka am Dilettantismus gescheitert ist. Ich habe die letzten Monate hier in Moskau die parlamentarischen und außerparlamentarischen Diskussionen sehr intensiv verfolgt. In meinen Augen war das ein grandioses Beispiel dilettantischer Politik, gestützt auf die Argumente der Armee und der Arbeiterklasse, die sich vor allem dadurch auszeichneten, daß sich die Wunschvorstellungen genauso wie die Kassandrarufer geradezu überschlugen, und zwar bei allen politischen Kräften.

Es gibt ohne Frage Kräfte, die zum alten System der militärisch-administrativen Kommandowirtschaft zurückkehren wollen und deren Einfluß im Parlament gewachsen ist.

Zum Dilettantismus zähle ich auch, daß im Parlament keine 20 Juristen anzutreffen sind, so daß die Gesetze, im günstigen Fall von Unternehmen, im weniger günstigen Fall von den Behörden formuliert werden und im Parlament mit völlig unzureichenden und zufälligen Argumenten darüber abgestimmt wird. Die populistischen Forderungen überschlagen sich. Das alles gehört in die Periode der alten Perestrojka, also von 1985 bis 1990.

Seit Beginn dieses Jahres ist jedoch eine gewisse Wende eingetreten. Unsere russischen Kollegen hier haben davon gesprochen, daß in dem Pawlowschen Programm einige marktwirtschaftliche Elemente vorhanden sind. Aber sind das echte marktwirtschaftliche Elemente? Ich interpretiere dieses Programm so, daß man gerade so viel an Marktwirtschaft zuläßt, wie es der Bankrott des Landes in der konkreten Situation erzwingt. Das heißt, wir haben es hier nicht mit einer tatsächlichen Umorientierung zu tun, die die kompetenten Kräfte wirklich zum Zuge kommen läßt. Es gibt ein paar Ansätze, beispielsweise in den neugegründeten Unternehmerverbänden, aber über deren Schwierigkeiten brauche ich nicht zu reden.

Was ich betonen will, ist: Dieser Kampf ist noch nicht ausgestanden und die Entscheidung für die Marktwirtschaft noch nicht wirklich gefallen. Denn bisher bestimmt allein die Bürokratie darüber, wieviel an Marktwirtschaft zugelassen wird. Nach dem Pawlowschen Programm dürfen maximal zehn Prozent des Kapitals in private klein und mittelständische Unternehmen fließen. Da geschieht also noch sehr wenig. Das sollten wir nicht übersehen, wenn wir über die Kooperationsmöglichkeiten mit dem Westen nachdenken.

Herr Bahr sagte, vordringlich sei, die Versorgungslage für die Menschen zu verbessern. Das ist sicher menschlich wie politisch sehr einleuchtend. Das Problem ist nur wenn Sie mir dieses Urteil sozusagen als teilnehmende Beobachterin, die ich seit drei Jahren hier lebe, erlauben: In dem Augenblick, wo sich die Versorgung verbessert hat, ist die Luft auch schon wieder raus, weil dann der Zwang für Veränderungen fehlt. Insofern kann man nur von Glück reden, daß die Ölpreise auf dem Weltmarkt nicht gestiegen sind. Anderenfalls würden Sie in der Sowjetunion wieder ein gutes Jahr bekommen, wie 1987, Herr Falin. Das wäre aber eine Selbsttäuschung und gehört auch zu meiner Kritik an dem dilettantischen Ansatz der Politik.

Für mich gibt es eine Reihe von Kriterien, an denen ich messe, ob sich etwas in Richtung Reformen bewegt. Das ist aber bisher in keiner Weise der Fall. Ein Kriterium ist die Umstellung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, um da quasi die Luft herauszupumpen. Das wäre ein Versuch, die Wirtschaft in Ordnung zu bringen und auch eine Grundlage, um mit dem Westen Geschäfte zu machen.

Herr Vogel hat zu Recht auf den unerläßlichen Aufbau öffentlicher Verwaltungen hingewiesen. Ich denke etwa an kommunale Wohnungsverwaltungen; denn die Wohnungsversorgung brennt den Menschen de facto unter den Nägeln. Das Wohnungsproblem ist gravierender als die Ernährungsschwierigkeiten in diesem Lande. Dafür braucht man aber Kompetenz; da helfen keine Absichtserklärungen, grandiose Projekte und Weltkonferenzen. Das alles nützt den Menschen überhaupt nichts. Hier geht es um konkrete Maßnahmen. Die Amerikaner arbeiten in dieser Hinsicht bereits eng mit dem Moskauer Sowjet, aber auch mit anderen Städten und Regionen zusammen. Für das Umfeld, in dem die Unternehmer arbeiten, ist ebenfalls die kommunale Verwaltung von entscheidender Bedeutung.



Von deutscher Seite sind in dieser Richtung bisher bedauerlicherweise kaum Aktivitäten zu verzeichnen. Der Grund liegt vielleicht darin, daß sich die deutschen Unternehmer - das ist ein berechtigter Kritikpunkt - bislang, von wenigen Ausnahmen abgesehen, vorzugsweise auf die Zentrale als Stabilitätskraft konzentriert haben. Aber nun zeigt sich, daß dieses Zentrum nicht mehr für Stabilität sorgen kann und wir uns umorientieren müssen.

Noch eine Anregung. Hier wird immer wieder beklagt, daß es in diesem Lande an Kenntnissen über die Marktwirtschaft mangelt, daß es an entsprechenden Traditionen fehlt. Was tun wir aber, um solche Kenntnisse, auch was die demokratische Entwicklung angeht, von Westeuropa nach Osteuropa zu tragen? Ich komme aus Ungarn, wo es ebenfalls an solchem Wissen fehlt. Als sich seinerzeit in Westeuropa die zivile Gesellschaft entwickelte, entstanden zahllose Vereine, etwa für Geschmacksbildung oder für die Befreiung der Menschen von der inneren Sklavenschaft. Diese Lernprozesse haben sich in Westeuropa nahezu über zwei Jahrhunderte hingezogen. Hier müßte man untersuchen, was davon für die Sowjetunion von Nutzen wäre.

Ich hatte kürzlich Gelegenheit, in einer Pressekonferenz Herrn Poloskow, den Parteichef Rußlands, der sich immer scharf gegen den Kapitalismus wendet, zu fragen, welche Erfahrungen er in den kapitalistischen Ländern gemacht habe. Was ist für ihn so schlimm dort? Seine Antwort war bezeichnend. Immerhin war er schon in einem kapitalistischen Land gewesen, nämlich in Österreich, und es hatte ihm auch grandios gefallen. Er sei auch keineswegs gegen den Kapitalismus. Aber die Voraussetzungen in der Sowjetunion seien andere als im Westen. Deshalb halte ich es für wichtig, daß wir den Menschen hier die Kenntnisse über die zivile Gesellschaft, die politische und gesellschaftliche Infrastruktur so vermitteln, daß sich dieses Land selbst entwickeln kann.

### **Bahr**

Wie soll das eigentlich zusammenpassen: Auf der einen Seite werfen wir den Sowjets Dilettantismus vor, und auf der anderen Seite stellen wir immer wieder fest, daß das notwendige Wissen gar nicht vorhanden sein kann nach 70 Jahren Sozialismus - und davor gab es ja auch nicht so viel. Wenn das aber so ist, dann dürfen wir uns doch nicht darüber beklagen, daß man hier die richtigen Antworten nicht kennt. Im übrigen sind ja auch wir selbst nicht in der Lage, diese Antworten zu geben.

### **Fels**

Hier wurde das Verhältnis von Demokratie und Marktwirtschaft angesprochen, und es trifft im Prinzip sicher zu, daß sich beide bedingen. Die empirische Beobachtung seit dem Zweiten Weltkrieg zeigt allerdings auch, daß in den Ländern, in denen die Marktwirtschaft eingeführt oder wieder eingeführt wurde, meist autoritäre Verhältnisse herrschten. So war die Bundesrepublik 1948 keine voll funktionsfähige Demokratie, sondern stand noch unter Besatzungsregime. Nicht anders war es in Japan unter amerikanischer Besatzung. Autoritäre Strukturen gab es auch oder gibt es noch in Südkorea, Taiwan, Singapur und Hongkong. Auch Chile in den 70er Jahren ist hier zu nennen.

Auf der anderen Seite zeigt sich dann im Laufe der Entwicklung, daß ein marktwirtschaftliches System auf Dauer nicht mit einer Diktatur, einer autoritären Herrschaft, vereinbar ist. Das können wir in jüngster Zeit in Chile und auch in Korea feststellen. Das heißt, die Demokratie muß gewissermaßen nachwachsen, wenn die Marktwirtschaft funktionsfähig bleiben soll.

In der Sowjetunion dagegen hat man zunächst die politische Liberalisierung vorangetrieben und die ökonomische vernachlässigt. Wenn man den umgekehrten Weg gegangen wäre, sähe heute möglicherweise manches besser aus. Es ist deshalb so schwierig, unter demokratischen Bedingungen von einem sozialistischen Wirtschaftssystem weg und zur Marktwirtschaft hin zu kommen, weil sich mit dem Übergang die Frage nach der Bilanzwahrheit stellt. Plötzlich wird man gewahr, daß man über seine Verhältnisse gelebt und einen Teil der Substanz aufgebraucht hat. Das dürfte allen ehemals sozialistischen Ländern gemeinsam sein.

Man hat auf Kosten der Umwelt gelebt; man hat nicht genügend reinvestiert. Das, was Karl Marx die einfache Reproduktion nannte, nämlich die Substanzerhaltung der Produktionsanlagen, der Gebäude, der Wohnungen und so weiter, ist offenbar unter diesem System nicht gelungen. Wenn man jetzt realistische Preise einführt, wird auf einmal deutlich, daß das vordem vorhandene Pro-Kopf-Einkommen im Grunde von der Wirtschaft gar nicht bereitgestellt worden war, sondern daß man dabei die Substanz mitverbraucht hat. Das ist ein schwieriger Prozeß mit der Folge - wie wir in Ungarn gesehen haben;- , daß aufgrund der wesentlich höheren Preise die Realeinkommen sinken. Dies hat sich auch in Polen Anfang 1990 gezeigt. Das durchzustehen, ist für eine demokratische Herrschaftsform außerordentlich schwierig.

Es ist sicher auch richtig, wenn gesagt wurde, jedes Land müsse sein eigenes Modell für eine Marktwirtschaft entwickeln. Der kulturelle Unterbau, die Rechtstradition und viele Dinge mehr sind zweifellos von Land zu Land verschieden. Aber es gibt einige unverzichtbare Bedingungen, die erfüllt sein müssen, wenn man Marktwirtschaft haben will. Dazu gehört erstens ein funktionsfähiges Geldsystem, und zweitens - das dürfte hier noch erheblich kontrovers sein - braucht man auch Privateigentum an Produktionsmitteln als vorherrschende Eigentumsform.

Was das funktionsfähige Geldsystem betrifft, kann man etwas abstrakter sagen: Ohne eine gewisse Disziplin geht es nicht. Die Planwirtschaft war der Disziplin des Planes, des Kommandosystems unterworfen, das war die stalinistische Disziplin. Für die Marktwirtschaft braucht man auch Disziplin. Dafür ist dann zum Beispiel das Bundeskartellamt - Herr Kartte - zuständig, das für genügend Wettbewerb zu sorgen hat. Der Wettbewerb ist die wesentliche Disziplinform der Marktwirtschaft. Ein anderer Zuchtmeister der Marktwirtschaft ist die Notenbank, die darauf zu sehen hat, daß das Geld immer knapper bleibt als die Güter.

Diese Art von Disziplin in den ehemals sozialistischen Ländern aufzubauen, erweist sich als sehr schwierig. Und wir erleben jetzt eine Übergangsphase, in der sich die alte planwirtschaftliche Disziplin gelockert hat, während die neue Disziplin noch nicht entstanden ist. Die Polen haben Anfang 1990 unter Balcerowicz den Sprung zu einem funktionsfähigen Geldsystem mit Inländerkonvertibilität gewagt, was auch gelungen ist. Über ein Jahr lang waren 9500 Zloty ein Dollar, eine fast stabile Währung. Vieles andere bleibt natürlich noch zu tun, insbesondere die Privatisierung der Industrie. Da kommen die Polen nur sehr mühsam voran.

In vielen Ländern Ost- und Mitteleuropas herrscht immer noch die Vorstellung, man könne etwa nach den Modellen eines Oskar Lange oder eines Enrico Barone vorgehen, die die These vertraten, im Grunde sei Privateigentum an Produktionsmitteln nicht unbedingt notwendig für die Marktwirtschaft. Es genügen effiziente Märkte, freie Preisbildung, freier Marktzugang und Konkurrenz - wem dann die Produktionsmittel gehören, sei egal, also das Modell der Aktiengesellschaft, hinter der statt privater Anteilseigner eben staatliche stehen.

Auch westliche Ökonomen haben dieses Thema lange vernachlässigt, etwa die Neoklassiker. So wird der Begriff des Privateigentums selten erwähnt, weil er für selbstverständlich erachtet wurde. Auch bei den Erhardschen Reformen 1948 hat diese Frage keine Rolle gespielt. Das Privateigentum an Produktionsmitteln war ja vorhanden, wenn auch durch staatliche Vorschriften in der Nazi-Zeit hinsichtlich der Verfügungsgewalt fast völlig stranguliert. Als dieser Zwang aber wegfiel, war die alte Privatrechtsordnung wieder da.

Wer diesen Punkt wirklich klar gesehen hat, war Ludwig von Mises, der gesagt hat: Weil der Sozialismus kein Privateigentum zulasse, könnten sich keine Märkte für Eigentumswerte bilden, und deshalb sei die Rechenhaftigkeit des ganzen Systems nicht gegeben.

In vielen Diskussionen in Osteuropa wird immer wieder deutlich, daß in den Köpfen der technokratischen Klasse das Modell eines Konkurrenzsozialismus à la Oskar Lange vorherrscht. Man tastet sich da nur mühsam voran. Während etwa in dem 500 Tage-Programm von Stanislaw Schatalin dem Privateigentum noch eine sehr wichtige Funktion zukam, ist es in den folgenden Programmen bis hin zum Pawlowschen Krisenprogramm fast völlig eliminiert. Es wird sozusagen nur noch nebenher geduldet als eine von vielen Formen, ohne daß damit das Ziel verfolgt wird, es zur vorherrschenden Form werden zu lassen.

Lassen Sie mich noch auf einen Tatbestand aufmerksam machen, den man nicht vernachlässigen sollte. Wenn man in der Sowjetunion die Marktwirtschaft einführen will, bedarf es noch eines sehr viel breiteren Konsenses und des entsprechenden fachlichen Rüstzeugs. Das gilt für Universitätsprofessoren, Studenten, Journalisten und Experten in den Ministerien gleichermaßen. Trotz sechs Jahren Perestroikagibt es hier kaum westliche ökonomische Lehrbücher, die ins Russische übersetzt worden sind.

Fehlende Lehrbücher sind das eine. Was aber sicher noch wichtiger ist, sind konkrete Erfahrungen. Es gibt nicht eine Wahrheit, wie Herr Falin meinte. Was "wahr" ist, muß herausgefunden werden, im Wettbewerb der Ideen und Konzepte. Jeder versucht, seinen eigenen Weg zu finden, sein eigenes Modell zu entwickeln, seine eigene Wahrheit zu finden.

Gerade in der riesigen Sowjetunion wäre es von Vorteil, wenn die einzelnen Republiken unterschiedliche Modelle der Marktwirtschaft erproben würden, aus denen sie selbst und andere lernen könnten. Man sollte viele Experimente zulassen, um auf diese Weise den Weg herauszufinden, der für die jeweilige Kultur und für die Mentalität der Menschen hier am geeignetsten ist. Das wäre ein pluralistischer Ansatz der Reformpolitik.

**Wladislawlew**

Der Beitrag von Herrn Vogel findet meine volle Zustimmung. Perestroika 1985, vielleicht auch noch 1987, da meinte man, es gehe lediglich um eine Verschönerung der Fassade. Heute dagegen ist jedermann klar, daß Perestroika die grundlegende Umgestaltung der ganzen Gesellschaft zum Ziel hat. Mit anderen Worten, das, was wir heute in der Sowjetunion erleben, ist gerade erst der Beginn dieses Umgestaltungsprozesses.

Das zeigt sich auch in der Entwicklung der politischen Kultur, die, wie könnte es anders sein, heute noch stark destruktive Züge trägt. Aber das allmählich wachsende gesellschaftliche Bewußtsein ist ein Garant für die Unumkehrbarkeit der Perestrojka. Dazu gehört ebenso die Wiedergeburt des Unternehmertums in unserem Lande. Insofern bestreite ich auch entschieden, daß Perestroika heute nur von Dilettanten betrieben wird. In den letzten fünf, sechs Jahren hat sich bei uns eine Schicht von kompetenten und leistungsorientierten Persönlichkeiten herausgebildet, die mit großem Engagement die Geschicke unseres Landes in die Hand nehmen wollen. Man muß ihnen nur die Gelegenheit dafür verschaffen.

Die Frage ist, wie unsere Gesellschaft mit den völlig neuen Perspektiven - im Vergleich zu früher - zu Rande kommt. Wenn man mich 1985 gefragt hätte, ob ich mir vorstellen könnte, daß wir uns sechs Jahre später in einer solchen Weise entwickelt haben würden, hätte ich kategorisch mit Nein geantwortet. Das Ergebnis ist heute ohne Frage sichtbar - trotz Wirtschaftskrise und Unterversorgung im Nahrungsmittelbereich. Früher hätte ich gesagt, in einer solchen Situation ist ein Bürgerkrieg unvermeidlich. Aber es hat keinen Bürgerkrieg gegeben. Die Frage ist indes, ob die neue politische Kultur in der Lage sein wird, ein normales Spektrum an politischen Kräften zu schaffen und nicht in eine Polarisierung der Gesellschaft zu verfallen, wo sich dann verschiedene politische Gruppierungen unversöhnlich gegenüberstehen.

Mit anderen Worten, es geht den neuen politischen Kräften um Kompetenz, Reformwilligkeit und pragmatisches Handeln und um die Bereitschaft, die Perestroikakonsequenzen weiterzuführen. Ich meine, die Voraussetzungen dafür sind heute bei uns vorhanden. Wenn man einmal die extremen Positionen links und rechts außer acht läßt, kann man feststellen, daß die überwiegende Mehrheit der Menschen in unserem Lande in wichtigen Fragen weitgehend übereinstimmt. Vielleicht wäre ein runder Tisch das geeignete Instrument für eine Konsensfindung.

Zusammengefaßt: Nach sechs Jahren Perestroika gibt es praktisch kein Zurück mehr. Dies entspricht der Mehrheitsmeinung in unserem Lande. Worauf es jetzt ankommt, ist die Schaffung jenes politischen Instrumentariums, das die Funktionsfähigkeit von Demokratien überall in der Welt gewährleistet. Ich meine, diesem Ziel sind wir heute näher als jemals zuvor.

**Huber**

Ich bin in einem Punkt mißverstanden worden. Ich wollte nicht sagen, daß die Perestroika voll in den Händen von Dilettanten liegt. Insofern stimme ich Herrn Vogel durchaus zu, wenn er von den Kräften sprach, die in diesem Land nach vorne weisen.

Doch möchte ich ergänzend betonen, daß im Parlament und auf der politischen Bühne überhaupt erneut Dilettanten in die Offensive gegangen sind. Gewerkschafts- und Veteranenvertreter pochen wieder auf die Klasseninteressen der Arbeiter und wollen - wie auch einzelne Gruppen aus der Armee - die höchsten Führungspositionen besetzen. Der ideologische Kampf gegen Kompetenz ist gegenwärtig ein wichtiger destabilisierender Faktor in der sowjetischen Innenpolitik.

**Seebacher-Brandt**

Herr Wladislawlew hat eindrucksvoll ein marktwirtschaftliches Programm entwickelt. Was aber frappiert, ist nicht nur die gewaltige Kluft zur Wirklichkeit, sondern auch die Tatsache, daß wir immer noch keinen klaren Willen zu erkennen vermögen, Taten folgen zu lassen. Wollen die, die immer noch die Macht in diesem Lande innehaben, den Weg zur Marktwirtschaft ernsthaft beschreiten? Selbst der Laienverstand sagt einem, daß auch das jüngste Krisenprogramm kein entschlossen marktwirtschaftliches ist und Besserung nicht erwarten läßt. Wo liegen die Widerstände? Warum ist der Weg noch so unklar? Warum wird so viel theoretisiert und so wenig praktiziert?

Herr Falin hat sich heute, deutlicher noch als sonst, als Kommunist vorgestellt. "Zurück zu Lenin", diese Parole hatten wir schon 1985 gehört, sie hören wir von ihm jetzt wieder. Auch Gorbatschow hat sich in dieser Woche, wie in deutschen Zeitungen zu lesen war, auf Lenin berufen und den Kommunismus hochgehalten. Man braucht wirklich kein Ökonom zu sein, um eines auszuschließen:

Man kann nicht Marktwirtschaft wollen und gleichzeitig Kommunist sein. Man kann auch nicht sagen: Es gibt nur eine Wahrheit und zugleich Pluralismus wollen. Dieses geht nicht zusammen.

Die Situation in den anderen ehemaligen sozialistischen Ländern unterscheidet sich insofern grundlegend von der Lage in der Sowjetunion, als dort - zum Beispiel in Polen- die wirtschaftliche Neuordnung entschlossen eingeleitet wurde in dem Augenblick, da das kommunistische Machtmonopol gebrochen war. Davon kann in der Sowjetunion immer noch keine Rede sein. Und wir sehen auch nicht, wann dieses Machtmonopol wo gebrochen werden wird. Oder?

### **Falin**

Wissen Sie, Frau Seebacher-Brandt, um festzustellen, was jemand ist, muß man erst einmal klären, was Kommunismus heißt. Der erste Kommunist auf dieser Erde war bekanntlich Christus, der in seiner Bergpredigt die Anfänge der christlichen Lehre niedergelegt hat. Wenn Sie unter Kommunismus Stalin verstehen, dann muß ich Ihnen sagen: Stalin ist der größte Antikommunist gewesen.

Ein guter Kommunist, den Stalin später hat erschießen lassen, hat schon im Jahre 1930 gesagt - lange vor den Massakern, die unser Land so deformiert haben -: Unter dem Vorwand, Lenin zu schützen, treibt Stalin Anti-Leninismus; unter dem Vorwand, die Oktoberrevolution zu verteidigen und die Diktatur des Proletariats zu schützen, macht Stalin genau das Gegenteil.

Wenn Sie heute, ob bewußt oder unbewußt, versuchen, Stalin und Kommunismus gleichzusetzen und eine Verbindung herzustellen zwischen dem, was gestern geschehen ist, und dem, was heute stattfindet, dann machen Sie bitte diese Unterscheidung.

### **Bunkina**

Ich möchte auf einen Bremsfaktor für der Perestroikaaufmerksam machen, der noch nicht angesprochen wurde, nämlich das bestehende Theoriedefizit. Wir wußten immer sehr gut, wie der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus vor sich geht; wir hatten auch eine genaue Vorstellung, wie die Entwicklung von den Anfängen des Sozialismus zu einem entwickelten Sozialismus aussieht. Aber der Übergang von einer Kommandowirtschaft zu einer Marktwirtschaft ist etwas vollkommen Neues für uns und hat unsere Wirtschaftswissenschaften gänzlich unvorbereitet getroffen.

Dies nicht zuletzt auch deshalb, weil innerhalb unserer Wissenschaft geradezu eine chinesische Mauer bestand zwischen den Experten für Politik und Ökonomie des Sozialismus einerseits und jenen für die Ökonomie des Kapitalismus andererseits. Das heißt, unsere Sozialismusexperten kannten sich überhaupt nicht mit der Klaviatur der wirtschaftlichen Vorgänge in den kapitalistischen Ländern aus. Was es beispielsweise mit Kreditsystem oder Steuersystem im Rahmen der Marktwirtschaft auf sich hat, war ihnen völlig unbekannt. Genausowenig hatten wir die Experten in kapitalistischer Wirtschaftsproblematik, eine genaue Vorstellung davon, wie etwa ein sowjetischer Betrieb kostendeckend arbeitet und dergleichen mehr. Das heißt, die Voraussetzungen für eine Umstellung unserer Ökonomie hin zu einer Marktorientierung waren in der Wissenschaft so gut wie nicht bekannt.

Was die verschiedenen Programme angeht, auf die schon hingewiesen wurde, so haben wir uns in den Jahren der Perestroika ehrlich bemüht, einen Weg zur Errichtung einer stabilen Marktwirtschaftsordnung zu finden. Was wir erleben, sind sehr widersprüchliche Prozesse in einer Situation, die eigentlich ein entschlossenes Handeln und eindeutige Maßnahmen verlangt. Auf diese Weise geht viel Vertrauen verloren, das aber eine Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Einführung der Marktwirtschaft ist.

Man müßte also klare Entscheidungen treffen, selbst wenn wir damit gewisse Risiken eingehen; denn anders ist die Einführung der Marktwirtschaft nicht zu erreichen. Im übrigen meine ich, daß sich die veränderten politischen und sozialen Bedingungen in unserer Gesellschaft so weit gefestigt haben, daß wir diesen Weg konsequenter als bisher beschreiten können. Wie Herr Schenajew sympathisiere ich deshalb stärker mit dem russischen Programm als mit dem Pawlow-Programm.

Ein weiterer Bremsklotz auf unserem Weg zur Marktwirtschaft - das ist schon eher ein richtiger Felsblock - ist zweifellos unsere Rüstungsindustrie, der sogenannte militärisch-industrielle Komplex. Ich meine, der Übergang zu einer normalen Marktwirtschaft ist ohne eine tiefgreifende Konversion der Rüstungsindustrie so gut wie unmöglich. Dieser Prozeß hat zwar an verschiedenen Stellen begonnen, ohne daß bisher deutlich wurde, wie die Anbindung des riesigen militärisch-industriellen Komplexes an die Marktwirtschaft tatsächlich vor sich gehen soll.

Die Rüstung kostet nun einmal sehr viel Geld. Und solange unser Verteidigungsetat derart hoch ist, sehe ich nicht, wie wir die marktwirtschaftlichen Prozesse in Gang bringen wollen. Nach den letzten Daten, die veröffentlicht wurden, sind circa 80 Prozent unseres Maschinenbaus direkt oder indirekt mit der Rüstungsindustrie verbunden. 75 Prozent der Metallproduktion und 50 Prozent des Anlagenbereichs verschlingt der Verteidigungssektor. Dies ist eine gewaltige Hypothek für die Errichtung marktwirtschaftlicher Strukturen.

Aus dem Grunde bin ich der Meinung, daß wir diesem Sektor in Zukunft größere Aufmerksamkeit schenken müssen. Hier bestehen weit mehr Möglichkeiten als auf anderen Gebieten, etwa im Hinblick auf Technologietransfer und auch was die Errichtung von Joint-ventures angeht, aber auch andere Formen der Zusammenarbeit. Die Konversion der militärischen Fertigung könnte eine Schlüsselrolle für die weitere wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes spielen.

### Christians

Herr Dahrendorf hatte zu Beginn als Rahmen für unsere Diskussion drei Punkte genannt, nämlich die politische Stabilität sowie die makro-ökonomischen und die mikro-ökonomischen Voraussetzungen der Marktwirtschaft.

Zunächst zur politischen Stabilität. Meine langjährige Erfahrung in diesem Lande ist, daß es für unsere Unternehmen aus der deutschen Wirtschaft äußerst schwierig ist, sich in Moskau zu orientieren und zurechtzufinden. Als die Deutsche Bank hier 1973 ein Büro eröffnete, wurde ich auf einer Pressekonferenz gefragt, wie wir uns unsere Arbeit vorstellten. Meine Antwort war: Wir wollen vor allem für die mittlere Industrie eine Lotsenfunktion übernehmen. Denn in diesem Land, in dieser Stadt muß man jemanden haben, der einen an die Hand nimmt; sonst findet man nie da hin, wohin man will, nicht einmal zu den Gesprächspartnern. Das ist heute nicht viel anders, eher im Gegenteil. Die Situation hier ist so verwirrend, daß man mitunter überhaupt nicht weiß, mit wem man es zu tun hat, wen man ansprechen soll. Dies ist in der Tat völlig unakzeptabel und stellt im Grunde eine Zumutung dar für einen ehrlich um Kooperation bemühten Partner, der zu Verhandlungen nach Moskau kommt.

Das Weitere ist der Gegensatz zwischen der Union und den einzelnen Republiken; aber selbst in der Zentrale weiß man heute nicht, wer morgen zuständig sein wird. Daß wir auf Anfragen vor einer Reise keine Antwort erhalten - schon gar nicht eine kompetente;- , sind wir mittlerweile gewohnt. Und die Leute, mit denen man sich verabredet hat, sind auch nicht diejenigen, die man dann trifft. Mit anderen Worten: Es ist nahezu unmöglich, eine Reise hierher gezielt vorzubereiten und irgendwelche Ablaufpläne zu machen - weder von der Zeit noch von den Personen her. Das erlebe ich nun schon seit 22 Jahren, und es bedeutet viel verschwendete Zeit und Energie. Es gehört schon sehr viel Passion zu diesem Land, immer wieder gute Miene zum Spiel zu machen. Vielleicht könnten unsere Freunde hier einmal darüber nachdenken; das würde vieles erleichtern.

Das sind aber nur die äußeren Bedingungen unserer Zusammenarbeit. Auch inhaltlich ist die hiesige Politik für den Außenstehenden kaum zu begreifen. Wir erleben seit Jahren einen Konkurrenzkampf in der Politik - in der Industrie ist das noch nicht der Fall. Uns wäre sehr geholfen, wenn wir ausmachen könnten, wer denn nun eigentlich für was zuständig ist. An wen sollen wir uns mit den immer wieder erbetenen Vorschlägen halten?

Die makro-ökonomischen Bedingungen hängen eng mit dem Vorgesagten zusammen. Ich will nur zwei elementare Dinge erwähnen: Haushalt und Währung. Wenn wir hören, daß das für 1991 erwartete Haushaltsdefizit bereits in den ersten drei Monaten übertroffen wurde, dann läßt sich leicht vorstellen, wie hoch das Defizit am Jahresende tatsächlich ausfallen wird - und das nach dem schon schlechten vergangenen Jahr. Wie steht es da um die notwendige Deckung?

Damit komme ich zur Währung. Seit über 20 Jahren erlebe ich in Diskussionen mit hochrangigen Akademikern, mit welcher Kompetenz sowjetische Wissenschaftler theoretisch über die monetären Probleme der westlichen Welt zu reden verstehen. Ich war immer wieder erstaunt, wie genau diese Herren über alle Vorgänge bei uns Bescheid wußten. Aber der Währung in ihrem eigenen Lande waren sie nicht zu helfen imstande. Entschuldigend hieß es dann immer: Untereinander und mit unseren Assistenten und Studenten können wir zwar die Probleme besprechen, aber die Politik nimmt von unseren Einsichten so gut wie keine Kenntnis.

Wie stellt sich die Situation heute dar? Vor kurzem gab es die Umtauschaktion der 50 und 100-Rubel-Scheine. Seit dem 2. April gibt es Ansätze zu einer Preisreform. Herr Vogel hat das erwähnt. Aber wie steht es um das Ziel Konvertibilität des Rubels? Wie soll das vor sich gehen? Eine Währung ist letztlich Ausdruck des Vertrauens sowohl der Inlandsbevölkerung als auch des Auslandes in die

Sicherheit eines Staates. Das betrifft gewissermaßen die politische, die ökonomische oder sonstwie Identität eines Staates. Das zeigt sich deutlich bei unserer D-Mark, besonders in letzter Zeit.

Die Konvertibilität des Rubels wäre also sowohl für den innerpolitischen Ordnungsprozeß - auch in Richtung der ökonomischen Reform;- , aber vor allem für die Außenbeziehungen von außerordentlicher Bedeutung.

Aber wie soll das vor sich gehen? Ende 1990 wurde der Kaufkraftüberhang, das heißt vorhandene Waren im Verhältnis zu den im Umlauf befindlichen Rubel, auf rund 200 Milliarden Rubel geschätzt. Durch die Umtauschaktion, hieß es, habe sich dieses Defizit auf die Hälfte reduziert. Jetzt sind Sie mit einem weiter steigenden Defizit des Staatshaushalts konfrontiert. Außerdem hat man Zusagen im Lohnbereich gemacht, die durch nichts gedeckt sind als durch neu gedruckte Rubelscheine. Hier spricht man von ungefähr 50 Milliarden Rubel. Auf diese Weise wäre die Hälfte der angenommenen Einsparung von 100 Milliarden schon rein rechnerisch wieder verlorengegangen. Und wir sind, wie gesagt, jetzt erst im April des laufenden Haushaltsjahres, dessen Ende sich noch gar nicht absehen läßt. Wie stellen sich unsere sowjetischen Partner unter solchen Bedingungen eigentlich die Konvertibilität des Rubels vor?

Aus vielen Diskussionen im politischen Rahmen habe ich den Eindruck gewonnen, daß Währung und Konvertibilität letztlich Fragen der politischen Entscheidung sind. Das kann auch nicht anders sein. Im RGW-Rahmen gab es bis vor knapp vier Monaten den sogenannten transferablen Rubel. Ich habe erlebt, wie die Einführung des transferablen Rubels damals gefeiert wurde. Mongolen, Vietnamesen, Kubaner, sie alle waren stolz darauf, neben den europäischen Ostblockstaaten zu diesem transferablen Rubelbereich zu gehören. Vielleicht war es ja lohnend, diese Begeisterung öffentlich zu äußern.

Aus der Sicht der Sowjetunion als Zentralmacht war dies natürlich ein sehr angenehmes Verfahren - ich will mich nicht deutlicher ausdrücken. Denn letzten Endes hat das Politbüro der KPdSU den Umtauschpreis diktiert, zu dem die anderen Mitgliedsstaaten ihre Waren abgerechnet bekamen. Das war, wenn Sie so wollen, eine Art permanenter Reparation, die die anderen beteiligten Länder an den Hauptpartner Sowjetunion leisteten. Auf diese Weise täuschte sich die UdSSR erneut über die wahre Leistungsfähigkeit ihrer Wirtschaft.

Einen weiteren Grund für die falsche Beurteilung der Leistungsfähigkeit sehe ich in der Ölpreisentwicklung in den 70er Jahren. Im Oktober 1973 gab es eine Vervielfachung der Ölpreise. Von 1974 bis 1984 - also bevor Gorbatschow kam - hat die Sowjetunion aus ihren Öl- und Gasverkäufen Mehreinnahmen von mindestens 200 Milliarden Dollar erzielt, als man ursprünglich geplant hatte. Ich habe damals als Mitbeteiligter an den Verhandlungen den Stolz unserer sowjetischen Partner kennengelernt, die uns vorhielten: Wir sind die größte Primärenergiemacht der Welt. Wenn Ihr von unserem Enkelgut etwas haben wollt, müßt Ihr dafür teuer bezahlen. Dieser Profit von rund 200 Milliarden Dollar wurde natürlich nicht durch ein Mehr an Leistung erzielt. Aber wo sind diese 200 Milliarden Dollar eigentlich geblieben? Sind sie in die Rüstung gegangen oder nach Vietnam oder zu Fidel Castro oder wohin sonst?

Zwei Dinge funktionieren in diesem Lande schon seit den zaristischen Zeiten schlecht: Zum einen das Transportsystem und zum anderen das Kommunikationssystem.

Zunächst zum Transportsystem. In diesem Riesenlande, wo die Entfernungen größer sind als in den Vereinigten Staaten, ist ein funktionierendes Transportsystem die entscheidende Voraussetzung für die Sicherstellung der Versorgung, sowohl der Industrie mit den nötigen Rohstoffen als auch der Bevölkerung mit den Waren des Lebensbedarfs. Wir haben bereits Anfang der 80er Jahre Vorschläge gemacht, wie man Obst und Gemüse aus dem Süden nach Leningrad und Moskau verbringen könnte. Es ist nicht gelungen, dieses Transportproblem zu lösen. Nach eigenem Eingeständnis verdarben damals 60 bis 70 Prozent der Kartoffelernte eines Jahres, weil sie nicht zeitig transportiert werden konnten. Es gab keine Kühlhäuser und Kühlketten; es gab überhaupt keine Erfassungssysteme. Das gleiche im Ost-West-Verkehr, wo die Rohstoffe aus dem Osten nicht zu den Industrien im Westteil der Sowjetunion gelangten.

Dann zur Kommunikation. Wir erleben die Schwierigkeiten gerade in unserem Lande, was es bedeutet, mit Ost-Berlin und der früheren DDR telefonieren zu wollen. Das geht leichter mit Hongkong und der übrigen Welt als mit Ost-Berlin. Also selbst in einem relativ so kleinen Gebiet tun sich da erhebliche Probleme auf.

Wie soll erst in einem so großen Lande wie hier ein lebendiges Wirtschaftsleben entstehen, wenn diese Grundvoraussetzungen der Kommunikation nicht funktionieren? Welche Schwierigkeiten hatten wir über all die Jahre, zumindest mit Moskau telefonieren zu können. Das hat eigentlich nur während

der Olympiade im Sommer 1980 geklappt. Aber wenn nicht einmal das gegeben ist, wie soll man dann all die anspruchsvollen Konzepte verwirklichen, die jetzt in der Diskussion sind?

Schließlich zur Frage der mikro-ökonomischen Bedingungen. Das Rückgrat der sowjetischen Wirtschaft bilden immer noch die Kombinate, Groß-, ja Riesenunternehmen. Stalin hatte seinerzeit Wert darauf gelegt, daß ein solches Kombinat praktisch die gesamte Versorgung einer Branche in einer Republik wahrnehmen konnte. Um ein Beispiel zu nennen: Die Versorgung mit Öl- und Gasförderungsanlagen liegen zu 60 bis 70 Prozent in Aserbeidschan. Wenn dort gestreikt wird, wird ein ganz wichtiger Wirtschaftszweig - auch für den Export - nahezu lahmgelegt. Das ist natürlich ein eminenter politischer Faktor. Denn damit ist im Grunde keine Republik autark, weil sie von der Versorgung durch andere abhängt.

Ein weiteres Moment kommt hinzu. Wir sprechen hier von notwendigem Wettbewerb. Aber wie soll sich denn ein Wettbewerb entfalten, wenn es keine Partner gibt? Monopolbetriebe in der Riesengröße, wie wir sie hier antreffen, unterliegen Sonderverhältnissen für Produktion und Vertrieb. Woher sollen die Verantwortlichen dort überhaupt in Qualität und Preis mit anderen konkurrieren?

Kurz vor Weihnachten 1990 hatte Gorbatschow 3000 Generaldirektoren der großen Unternehmen in den Kreml eingeladen. Die haben ihn bedrängt, zu den alten Formen zurückzukehren. Der Grund ist einleuchtend: Wettbewerb und Leistung sind doch unbequem! Bisher gab es nur die Diktatur des Planes. Planerfüllung war nur nominal wichtig, so wie sie auf dem Papier stand. Qualität als Leistung, auch für den einzelnen, und damit Produktivität und Produktivitätsfortschritte gab es nicht.

### **Melnikow**

Ich arbeite derzeit im Team von Ministerpräsident Pawlow. Ich kann nur bestätigen, was hier schon gesagt wurde, daß die Informationen, die bei uns zusammenlaufen, einen besorgniserregenden Zustand unserer Wirtschaft aufzeigen. Millionen von Menschen leben unterhalb der Armutsgrenze. Viele kranke Kinder können medizinisch nur unzureichend versorgt werden, weil es an Medikamenten fehlt, und vieles andere mehr. Die Frage ist, wie wir aus dieser Krise herauskommen sollen.

Zunächst ein paar Worte zum Pawlowschen Antikrisenprogramm, das jetzt dem Obersten Sowjet vorliegt. Wir mußten uns bei der Ausarbeitung dieses Programms auf einem sehr schmalen Grat bewegen. Einerseits hatten wir dem Umstand Rechnung zu tragen, daß dieses riesengroße Land von schweren wirtschaftlichen Erschütterungen heimgesucht wird. Von daher bedarf es außerordentlicher Maßnahmen, um die Wirtschaft zu stabilisieren, weil anderenfalls eine soziale Explosion droht.

Auf der anderen Seite zeigt die Geschichte - ich denke an die Diktaturen der 20er oder 30er Jahre, die aus wirtschaftlichen Schwierigkeiten hervorgegangen sind;- daß sich eine derart verarmte Gesellschaft oft förmlich nach einer starken Hand, einer Diktatur und nach dem Knüppel eines administrativen Kommandosystems sehnt. Eine solche Tendenz gibt es durchaus jetzt auch bei uns.

Wenn man dieser Stimmung nachgibt, könnte man sehr leicht wieder in die Sackgasse geraten, aus der wir unter vielen Mühen seit 1985 herauszukommen suchen. In einer solchen Situation wird dann der Ruf nach autoritären Methoden immer drängender.

Deshalb ist es notwendig, jetzt konsequent Maßnahmen zu ergreifen, die in Richtung Marktwirtschaft führen.

Von daher werden im Pawlow-Programm zwei Aspekte anvisiert, die sich im Grunde ausschließen. Klar ist, daß wir uns auf keinen Fall einfach in den Markt hineinstürzen können. Ein Beispiel: Wir haben eine total veraltete Leichtindustrie mit unrentablen Unternehmen, niedriger Arbeitsproduktivität und so weiter. Nach Marktgesetzen müßten wir diese Betriebe samt und sonders schließen. Aber allein in diesem Wirtschaftszweig arbeiten anderthalb Millionen alleinstehender Mütter, für die ihr Lohn die einzige Existenzquelle ist.

Diese soziale Problematik können wir nicht unberücksichtigt lassen, wenn wir eine Schließung dieser Betriebe fordern. Wie ist ein möglichst schmerzloser Übergang für diese sozial ungesicherten Schichten zu erreichen? Auf welche Weise kann man denen ein Existenzminimum garantieren und sie mit Nahrung, Kleidung, Unterkunft und Medikamenten versorgen? Diesen Fragen versucht das Programm Rechnung zu tragen. Gleichzeitig müssen wir Maßnahmen einleiten, um den Übergang zur Marktwirtschaft vorzubereiten.

Bei aller Komplexität und Widersprüchlichkeit, mit der wir es gegenwärtig zu tun haben, kommt es also entscheidend darauf an, die notwendigen Entscheidungen zu treffen und für deren Umsetzung zu sorgen. Das erfordert jedoch äußerst flexible Mechanismen, damit wir den auf uns zukommenden Problemen adäquat begegnen können.

Hier wurde von Dilettantismus gesprochen. Diesen Ausdruck würde ich nicht verwenden. Aber es läßt sich nicht bestreiten, daß wir viele schwerwiegende Fehler gemacht haben. So wurde beispielsweise im Obersten Sowjet ein Sozialprogramm verabschiedet, das Renten- und Lohnerhöhungen und anderes mehr vorsieht. Außerdem erhielt die Regierung den Auftrag, für 500 Millionen Rubel Medikamente zu beschaffen. Dies alles führt zu einer beträchtlichen Erhöhung der Staatsausgaben; denn dabei geht es um große Summen. Gleichzeitig lehnt unser Parlament aber eine Steuererhöhung ab, die die Regierung vorgeschlagen hat. In entwickelten Demokratien tritt in einem solchen Falle die Regierung zurück, denn ein derartiger Widerspruch ist nicht lösbar. Bei uns dagegen wurde diese Entscheidung des Parlaments in der ganzen Presse gefeiert.

Natürlich verstehe ich solche Reaktionen. Denn die Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation hat das Mißtrauen der Bevölkerung gegenüber den wirtschaftlichen Zentralorganen, die man geradezu als Kolonialherren bezeichnet, erheblich verschärft. Dieses Mißtrauen richtet sich auch gegen die sozialen Maßnahmen des Programms; und nachdem man im Parlament nun einmal die legislative Gewalt innehat, will man davon auch Gebrauch machen, statt den Zentralorganen die Machtausübung zu überlassen, die sie nach Meinung der Bevölkerung keineswegs immer effektiv, zum Teil sogar zum Schaden des Menschen angewendet haben.

Andererseits muß ich sagen, die Arbeit mit den Ausschüssen des Obersten Sowjets gerade in Wirtschaftsfragen zeigt, daß die wirtschaftliche Kompetenz bei unseren Gesetzgebern stark gewachsen ist. Das wurde auch deutlich bei der einmütigen Billigung des Programms der außerordentlichen Maßnahmen zur Stabilisierung der Wirtschaft durch das Parlament.

Nun zur Konvertierbarkeit des Rubels. Es wurde ein Beschluß in dieser Richtung gefaßt. Wir sind ja nicht die ersten, die sich diese Aufgabe gestellt haben. Viele andere Länder haben diesen Weg inzwischen mit mehr oder weniger Erfolg beschritten. Dafür müssen bestimmte Bedingungen erfüllt sein. Vor allem muß auf dem Binnenmarkt eine gewisse Geldwertstabilität gegeben, das heißt der Markt ausreichend mit Waren versorgt sein. Hinzu kommen muß ein freier An- und Verkauf von Devisen, mithin die Einrichtung einer Börse. Schließlich braucht man einen realistischen Rubelkurs gegenüber Fremdwährungen.

In den beiden letzten Punkten haben wir bereits einige Fortschritte erzielt. So wurde ein sogenannter marktwirtschaftlicher Kurs eingeführt, der sich nach den letzten Börsennotierungen richtet. Zur Zeit machen 27 Rubel einen Dollar aus. Die Festsetzung eines realistischen Wechselkurses setzt ein gewisses Gleichgewicht von Fremd- und Inlandswährung voraus. Im Falle großer Devisenknappheit ergibt sich kein marktwirtschaftlicher, sondern ein Schwarzmarktkurs, was zu Spekulationsgeschäften führt. In einer solchen Phase befinden wir uns zur Zeit.

Nicht ohne Grund wurde Polen bei seiner Umstellung auf Konvertierbarkeit vom Internationalen Währungsfonds eine Milliarde Dollar zur Stützung seiner Währung zur Verfügung gestellt. Die sowjetische Wirtschaft benötigte in einem solchen Falle wohl an die 20 Milliarden Dollar, wie unsere Berechnungen ergeben haben.

Herr Christians hat nach dem Verbleib der Erdölmilliarden gefragt. Die Antwort fällt erschreckend einfach aus: Das meiste Geld wurde ohne Sinn und Verstand verplempert, nicht in erster Linie für den militärisch-industriellen Komplex, sondern es wurde im wahrsten Sinne des Wortes verfressen, und zwar durch den Kauf von Getreide, Fleisch, Fett, Kleidung und dergleichen im Ausland. Statt dessen hätte man mit diesen Mitteln die Modernisierung unseres Industriepotentials betreiben können. Aber das ist nun nicht mehr zu ändern, und es bleibt uns nur, die richtigen Konsequenzen aus dieser Erfahrung zu ziehen. Gegenwärtig versuchen wir jedenfalls, bei Hartwährungskrediten den Anteil möglichst groß zu halten, der für Investitionszwecke verwendet wird.

Generell geht es für uns jetzt darum, Mechanismen für die Entscheidungsfindung zu etablieren. Dazu gehören auch Dinge wie die Gewaltenteilung, also die Trennung von Legislative und Exekutive, der Aufbau zentraler und regionaler Körperschaften und vieles andere mehr. All das muß ausbalanciert sein, das heißt, sowohl den Interessen des Individuums und der Entfaltung seiner Möglichkeiten als auch den Interessen der Allgemeinheit dienen.

### **Portugalow**

Man macht im Westen allzuoft den Fehler, Perestroika als eine zeitlich begrenzte Periode anzusehen. Das spiegelt sich auch in unserem Thema wider, wenn von Ende oder Wende die Rede ist. Für mich prägt dieser Begriff eine ganze Epoche, die ich durchaus mit der Epoche der deutschen Reformation vergleichen möchte - wie problematisch historische Vergleiche auch immer sein mögen. Ich meine, diese Thematik wird zumindest eine ganze Generation in Anspruch nehmen, wenn nicht mehr. Die



Thesen an die Klosterkirche zu Wittenberg haben wir bereits angeschlagen, und jetzt stehen wir, Gott behüte uns, vor einer Art Bauernkrieg. Ich will damit nicht sagen, daß diese Entwicklung 200 Jahre bis zur Schlacht am Weißen Berge und bis zum Triumph nördlich der Mainlinie dauern wird; aber seine Zeit wird es brauchen.

Von Ende der Perestroikakann also keine Rede sein. Es steht indes auf einem anderen Blatt, daß es uns im Augenblick ziemlich dreckig geht, und das Sündenregister, das Herr Christians uns vorhält, trifft 100 prozentig zu. Und wenn wir so weitermachen, kann unsere Generation sehr wohl an ihr Ende kommen.

Was sollte eigentlich geschehen, hier und heute? Wie Sie wissen, bin ich kein Ökonom, sondern politischer Beobachter, außenpolitischer und Deutschlandexperte. Durch Fügung des Schicksals habe ich als sowjetischer Korrespondent lange Jahre im Westen verbracht, speziell in der deutschen Bundesrepublik. So habe ich zumindest als Kunde eine Vorstellung davon, was Marktwirtschaft ist. Ich weiß, was es heißt, ein Konto einzurichten, ein Konto zu überziehen, einen Kredit aufzunehmen, unter Ausnutzung bestimmter Kautelen der Europäischen Gemeinschaft zu einem Billigwagen zu kommen oder sich einen Jahreswagen zu besorgen. All das habe ich sozusagen am eigenen Leib erfahren, und ich habe mich freigeschwommen.

Von dieser Sorte Menschen mit solchen Erfahrungen gibt es in der Sowjetunion, wenn es hochkommt, ein paar hunderttausend Bürger. Und die sich freigeschwommen haben, die verstehen etwas von den Dingen. Es ist doch nicht überraschend, daß dieser oder jener Banker in unseren Filialen dort drüben sehr wohl seinen Mann stehen kann.

Das soziale und wirtschaftliche Kommandosystem, das bei uns 70 Jahre lang vorherrschte, ist uns - im Unterschied zu den Ländern Ost- und Mitteleuropas - nicht von außen aufgepfropft worden, sondern das war autochthon, unsere eigenständige Erfindung. Das können wir nicht von heute auf morgen ungeschehen machen.

Sie erleben es ja gegenwärtig in Deutschland selbst - ich sage das ohne Schadenfreude. In der ehemaligen DDR saufen die Pferde, um das Wort von Bundeskanzler Kohl zu gebrauchen, immer noch nicht, obschon die makroökonomischen Startverhältnisse dort, im Vergleich zu den unseren hier, glänzend sind. Selbstverständlich werdet Ihr das schaffen. Und trotzdem gibt es große Probleme: Entschädigung geht vor Rückgabe, schwierige Fragen der Umstrukturierung, Kombinate werden von der Treuhand über Wasser gehalten; Hermes-Garantien für die Waren, die dort nicht an den Mann zu bringen sind, bei uns aber mit Handkuß abgenommen werden.

Aber was sind das alles für Probleme im Vergleich zu denen, mit denen wir es in unserem Lande zu tun haben! Was Wunder, wenn bei uns die Beharrungskräfte Oberhand gewinnen und die von Konsumverzicht geplagte Bevölkerung Ängste entwickelt. Herr Dahrendorf hat einmal gesagt, eine Zeit der Angst ist eine schlechte Zeit für den Wirtschaftsliberalismus. Aus diesen Gründen tun wir uns wirklich schwer mit der Einführung der Marktwirtschaft. Und die ganze verbale Gesundheitsbetriebe, die hierzulande meist von denjenigen in Umlauf gebracht wird, die von Tuten und Blasen keine Ahnung haben, hilft auch nicht weiter.

Deshalb will ich jetzt etwas näher auf das Pawlowsche Programm eingehen, das mehrfach zitiert wurde und auch die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit findet. Für eine erste Periode sieht dieses Programm eine gewisse Renaissance der kommandowirtschaftlichen Methoden vor, um das drohende Chaos abzuwehren. Anders geht es wohl nicht. Wir müssen zunächst auf Teufel komm raus die Talsohle durchschreiten.

Wenn man jedoch den marktwirtschaftlichen Teil des Programms auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschiebt oder mindestens hinauszögert, wird es gefährlich. Diese Dinge sind zwar im Programm nicht näher definiert; dazu sind Programme auch nicht da. Entscheidend ist, daß man in dieser Hinsicht wirklich weiterkommt. Wenn hier kritische Äußerungen über unsere Staatsbürokratie fielen, so hätte ich im Grundsatz gar nichts dagegen, wenn die ehemaligen Staatsbürokraten sich jetzt unternehmerisch betätigen und sich gewissermaßen zu einer Unternehmerklasse formieren würden. Ich wäre sogar mit einer partiellen Legalisierung bestimmter Schwarzmarktstrukturen einverstanden. Aber all das dauert viel zu lange, und wir haben keine Zeit, solche Entwicklungen abzuwarten. Denn bis dahin sind wir gewiß auf den Hund gekommen.

Deshalb ist die Frage berechtigt: Was tun, womit sollen wir beginnen? Ich habe mit großer Aufmerksamkeit dem Referat von Herrn Wladislawlew zugehört. Ich würde fast alles unterschreiben, was der Herr Professor zum Ausdruck gebracht hat. Dennoch habe ich den fatalen Eindruck, daß es sich bei seinen Vorschlägen nicht um den Einstieg, die ersten Schritte handelt, sondern daß wir uns da eher schon im Mittelfeld befinden. Man beginnt gewissermaßen mit dem zehnten Schritt. So wird

es nicht gehen. Das Kreditwesen werden wir so schnell nicht errichten können. Konvertierbarkeit der Währung - Herr Christians und Herr Melnikow haben darüber gesprochen;- , auch das ist auf die schnelle Tour nicht zu machen und so weiter und so fort.

Wie könnte der Einstieg aussehen? Zunächst einmal denke ich in diesem Zusammenhang an einen wohlvertrauten Begriff aus der Frühgeschichte der Bundesrepublik, nämlich die Freßwelle; klingt vielleicht nicht eben schön, aber herrlich war es trotzdem. Als junger Germanist habe ich das ein bißchen miterlebt. Herr Fels hat sehr richtig gesagt, die alten Strukturen waren noch vorhanden und funktionsfähig, die während der Jahre des braunen Reiches zwar recht eingeschränkt worden waren, aber nicht zerstört wurden. Insofern hatten Sie es allemal leichter, als wir es haben werden. Dennoch müssen wir es versuchen.

Ein kluger Franzose hat mir einmal gesagt: Was reden Sie da von überholter Technologie in der russischen Landwirtschaft mit vorsintflutlichem Pflug und so weiter? Vor der Revolution brachte es das damalige Rußland fertig, nicht nur sich selbst, sondern halb Europa zu ernähren. Wieso soll das heute nicht mehr möglich sein? Natürlich ist das möglich! Aber dafür gibt es eine unabdingbare Voraussetzung: Privateigentum an Grund und Boden; kostenlose Verteilung von Land an diejenigen Bauern, die es haben wollen. Das heißt nicht, daß die Genossenschaften und Staatsgüter sofort aufgelöst werden müssen. Um Gottes willen; dann nagen wir schon in diesem Herbst am Hungertuch. Auf jeden Fall müßten die ganzen bürokratischen Fußangeln drastisch beiseitegeräumt werden. Das stand bereits auf der Tagesordnung, ist aber irgendwie wieder unter den Tisch gefallen.

Also Referendum über die Frage des Privateigentums an Grund und Boden für die Bauern, die es wollen. Und ich habe den Eindruck, es wollen immer mehr dieses Risiko auf sich nehmen. Dann wird es wohl auch gelingen, das Volk mit dem Allernötigsten zu versorgen, wonach man heute die Geschäfte meist vergeblich abgrast, tagein, tagaus. Dann sind wir aus dem Schneider. Auch die freie Preisbildung gehört mit dazu. Der Tante-Emma-Laden, die Privatisierung des Lebensmittelhandels muß unbedingt auf dem Programm stehen. Das ist auch der einzige Weg, um der Preislawine ein Ende zu bereiten.

Ein weiterer erster Schritt betrifft Auslandsinvestitionen. Was Herr Wladislawlew dazu gesagt hat, kann ich nur unterschreiben. Wer würde ein solches Investitionsprogramm nicht befürworten? Aber lassen Sie es mich einmal drastisch sagen: Wenn ich die Ausführungen von Herrn Christians und aus anderem berufenen Munde richtig verstanden habe, dann werden wir angesichts unserer angeschlagenen Kreditwürdigkeit keine müde Mark, nicht einmal einen müden Pfennig in unser Land locken. Vielleicht kommen dann wieder Carepakete. Vielleicht helfen uns auch Hermes-Garantien eine Zeitlang.

Auch hier stellt sich die Kernfrage nach dem Privateigentum an Grund und Boden und an Produktionsmitteln. Und wenn dies aus politischen und ideologischen Gründen im Augenblick so radikal nicht geht, dann würde ich sagen: verpachten, langjährige Konzessionen vergeben. Es mag ein wenig pathetisch klingen: Aber, was dem großen Peter recht war, was Lenin praktiziert hat - er hat damals bereits die konvertierbare Währung nach all der Verwüstung und den Bürgerkriegen fast im Handumdrehen aus dem Boden gestampft;- , sollte uns das nicht billig sein? Wir sollten es zumindest versuchen.

Die Auflagen des Internationalen Währungsfonds, die man uns aufgebürdet hat, müssen allerdings strikt eingehalten werden. Darunter wird es nicht gehen; denn anders kommen wir nie zu einer fortschrittlichen Technologie. Es geht also zunächst um langfristige Konzessionen. Natürlich wird dieser oder jener aus dem rechten Lager sofort das Geschrei anstimmen von wegen Ausverkauf. Ach Quatsch! Irgendwann kaufen wir uns schon frei. Sah es in den 50er Jahren nicht ganz danach aus, als würde das amerikanische Kapital in Deutschland schalten und walten? Heute ist das genaue Gegenteil der Fall: Die deutschen Investitionen in Amerika übersteigen um ein Mehrfaches die amerikanischen Investitionen in Deutschland. Wir werden uns schon freikaufen. Fürs erste aber brauchen wir 100 prozentigen Profittransfer. Anders kommen wir nicht an die moderne Technologie.

Was die konvertierbare Währung anbetrifft, so kann diese zunächst nur partiell eingeführt werden und nicht jedem Werk tätigen in der Sowjetunion zur Verfügung stehen. Bei unserem Kaufkraft- und Geldüberhang wären wir dann mit unseren Devisen ganz schnell im Keller. Aber bei partieller Konvertibilität würde es sehr wohl gehen. Eine Stabilitätsstütze in Anspruch zu nehmen unter Auflagen des Internationalen Währungsfonds, halte ich für möglich. Vielleicht nicht so drastisch, wie es die Polen gemacht haben, aber einen anderen Weg sehe ich nicht. Dazu: Auslandsbeteiligungen bis 100 Prozent, Steuer- und Investitionsbegünstigungen, Abschreibungen all dies kann sehr wohl sofort aus der Taufe gehoben werden. Es wird zweifellos ein dorniger Weg zum Markt werden, doch einen anderen sehe ich nicht.

## Sorin

In dieser vorwiegend von Wirtschaftsexperten geführten Diskussion möchte ich als Historiker und Politologe die hier erörterten Fragen vielleicht ein wenig anders akzentuieren.

Zunächst muß ich Nikolai Portugalow widersprechen, wenn er für ein sehr komplexes Problem eine, wie ich meine, zu einfache Lösung vorschlägt: nämlich die Überführung von Grund und Boden in Privateigentum. In Rußland hat es in diesem Sinne nie Privateigentum gegeben - seit 1000 Jahren nicht. Die Gutsbesitzer kann man da nicht als Gegenbeispiel anführen. Hier können wir also nicht einfach an alte Traditionen anknüpfen und meinen, damit wäre es dann getan.

Ist die Perestroika am Ende, wie es die Formulierung unseres Themas und einige Beiträge ein wenig suggerieren? Zweifellos gibt es Widerstände bestimmter politischer Kreise gegen die Perestrojka; das ist wohl nicht weiter verwunderlich. Aber wären diese Kreise in der Lage, sozusagen den Geist wieder in die Flasche zurückzuzwingen? Die Antwort lautet eindeutig: nein. Das ist angesichts der historischen Entwicklung, die zwischenzeitlich bei uns stattgefunden hat, nicht mehr möglich. Wenn wir etwa versuchen wollten, die Veränderungen in der Wirtschaft seit 1985 wieder zurückzudrehen, würde das die jetzige Situation nur noch weiter verschärfen. Die das vorhätten, würden durch den Gang der Ereignisse einfach hinweggefegt werden. Von einem Ende der Perestroika kann also keine Rede sein, ohne daß ich die erheblichen Schwierigkeiten leugne, mit denen wir zu kämpfen haben. Und natürlich wird der weitere Weg nicht geradlinig verlaufen. Aber ein Zurück gibt es nicht mehr.

Auf der anderen Seite muß ich Frau Seebacher-Brandt widersprechen, wenn sie gegen Herrn Falin meinte, es sei unvereinbar, Marktwirtschaft zu wollen und gleichzeitig Kommunist zu bleiben. Das betrifft auch die Zukunft der Perestrojka. Wenn also die Kommunistische Partei, die ja die Perestroika eingeleitet hat, sie weiterführen will, so ist das nach dieser Logik nicht möglich, eben weil die Partei eine kommunistische ist. Das ist eine recht eigenartige Auffassung vom Kommunismus.

Ich darf in diesem Zusammenhang daran erinnern, daß es Lenin war, der seinerzeit den sogenannten NÖP-Plan eingeführt hat. War diese Neue Ökonomische Politik etwa nicht der Versuch, den Kriegskommunismus durch eine Art Marktwirtschaft abzulösen? Unter Lenin konnte man beides also durchaus miteinander vereinbaren. Wenn Herr Falin sich auf Lenin beruft, dann heißt das keineswegs, damit versperre man sich den Weg zum Markt. Wenn man die Verzerrungen der Leninschen Ideen, die nach Lenins Tod stattgefunden haben, mit Kommunismus gleichsetzen wollte, wäre das wiederum eine grobe Vereinfachung.

Überhaupt sollte man heutzutage mit Begriffen wie Kapitalismus und Sozialismus sorgsam umgehen. Denn auch der Kapitalismus hat seit Beginn dieses Jahrhunderts erhebliche Wandlungen erfahren und so manche Anleihe beim Sozialismus gemacht. Der New Deal etwa von Roosevelt in den dreißiger Jahren hat sich in einer für den amerikanischen Kapitalismus sehr schwierigen Situation einer ganzen Anzahl von Ideen aus dem sozialistischen Arsenal bedient. Nicht von ungefähr war Roosevelt zeitweise als ein kommunistischer Agent verschrien. Jedenfalls hat er eine gewisse staatliche Lenkung der Wirtschaft eingeführt, so wie das heute in unterschiedlichem Maße in allen Ländern mit einer freien Marktwirtschaft praktiziert wird, ob nun in Schweden, in der Bundesrepublik oder anderswo.

Unser Fehler bestand darin, daß wir allzu lange damit beschäftigt waren, den Kapitalismus zu verdammen und unsere Dogmen hochzuhalten, ohne das enorme Potential zu sehen, das in einem erneuerten kapitalistischen System steckt, zumal sich das freie Unternehmertum seitdem ebenfalls stark verändert hat.

Wenn wir jetzt dem Beispiel von Ländern folgen, in denen ein freies Unternehmertum gedeiht, verraten wir damit unsere Prinzipien? Keineswegs. Haben Sie Ihr System verraten, als Sie bestimmte sozialistische Elemente übernahmen? Doch wohl nicht. Worauf es ankommt, ist, neue Modelle zu finden, auch wenn sie in die alten Schemata nicht passen und mit bestimmten Ideologien unvereinbar sind. Der Gegensatz von Sozialismus und Markt hängt jedenfalls noch dem alten Denken an, von dem wir wegkommen müssen.

Lassen Sie mich noch einen Gedanken zum Abschluß äußern. Nehmen Sie mir bitte nicht übel, wenn ich bei manchen unserer deutschen Teilnehmer den Eindruck habe, daß sie an diese Diskussion ein wenig zu akademisch herangehen. Wir sprechen über Schwierigkeiten und Versäumnisse bei der Perestrojka. Gewiß, das betrifft zunächst die Sowjetunion. Aber Sie sollten sich darüber im klaren sein, wenn die Perestroika bei uns scheitert, wird eine allgemeine wirtschaftliche Destabilisierung die Folge sein, die sich in ganz Europa, ja weltweit negativ auswirken wird. Deshalb lassen Sie uns lieber gemeinsam überlegen, was wir konkret tun können, um solch schmerzhaft Erfahrungen zu

vermeiden. Denn ich versichere Ihnen, in diesem Prozeß sind Sie nicht nur Zuschauer, sondern Teilnehmer, und die negativen Folgen würden Sie selbst zu spüren bekommen.

### Steves

Ich denke, wir sind uns einig, daß wir uns bemühen sollten, aus unserem eigenen Lernfeld zur Aufklärung, Information und, wie ich ausdrücklich hervorheben möchte, zur Motivierung und/oder Ermutigung unserer sowjetischen Freunde beizutragen. Unser Lernfeld sind die fünf neuen Bundesländer, und wir erfahren gerade, manchmal recht schmerzhaft, daß Perestroika Geduld braucht. Ich fühle mich bei uns erinnert an ein altes jiddisches Sprichwort, das da heißt: "Was soll er geben vom Guten in bar, wenn Gott kann tun ein Wunder." Zuerst haben wir gemeint, wir geben als Wunder die Währung, und dann stülpen wir ihnen unsere Gesetze und Verordnungen über - ein großer Stapel Papier- und dachten: Nun geht es los. Schließlich haben wir auch noch vom Guten in bar gegeben, und es geht eigentlich noch immer nicht so richtig los.

Da sind wir bei dem Punkt, den Herr Vogel schon angesprochen hat: Funktionierende Wirtschaft braucht eine funktionsfähige Verwaltung! Darunter verstehe ich eine solche, die den Bürgern und den Unternehmern dient, die das Dienen als Verpflichtung empfindet - und nicht Bürger und Unternehmer als Objekte zum Piesacken benutzt. Mein Eindruck ist, daß es in der Sowjetunion gegenwärtig besonders darauf ankäme, eine große Stilllegungsaktion in der Verwaltung zu organisieren. Das heißt, man sollte ruhig eine Menge Geld ausgeben, um verkrustete Bürokratien stillzulegen, damit sie nicht länger zur Erstarrung einer ganzen Volkswirtschaft beitragen können. Denn diese Erstarrung ist in der Sowjetunion unübersehbar, und sie bringt das Land immer noch tiefer in die Talsohle.

In diesem Zusammenhang erinnere ich mich an eine Geschichte, die ich vor elf Jahren auf einer Tagung des Imemo und der Moskauer Kammer in Eriwan erlebte. Am Samstagmittag stürmten die Moskauer in die Markthalle von Eriwan. Links an der Tür erstanden sie Plastiktüten, und dann haben sie eingekauft: Obst, Gemüse, alles, was es da so gab. Ich sehe noch das Bild vor mir, wie eine Moskauer Professorin mit drei Tüten in jeder Hand aus der Markthalle herauskommt; ganz erstaunt blicke ich auf ihre Tüten. Frau Professor errötet wie ein Backfisch und sagt: "Ja, die Versorgung in Moskau ist immer noch schlecht." Meine Frage: "Wieso ist die immer noch schlecht?" Antwort: "Weil auf dem Transport so viel kaputtgeht." Ich frage: "Wieviel geht auf dem Transport kaputt?" "Na", sagt sie, "etwa 25 Prozent." Darauf ich voller Entsetzen: "Was, 25 Prozent?" Und dann gibt sie mir eine Antwort, die mich heute noch verblüfft. "Ich dachte mir, daß Sie auf das, was ich sage, sowieso noch einen Aufschlag machen werden." "Also kann ich davon ausgehen, daß 40 Prozent auf dem Transport kaputtgehen?" Gibt sie mir zur Antwort: "Das werde ich nicht dementieren."

An dieser Problematik hat sich leider bis heute nichts geändert. Herr Christians sprach mit aller Deutlichkeit die Probleme des Transports und der Kommunikation an. Nur wenn auf diesen Gebieten grundlegende Änderungen eintreten, könnte auch die Erstarrung überwunden werden. Dazu bedarf es des privaten Großhandels, des verlässlichen Transports, der Kommunikation, der Dezentralisierung. Es ist doch überall spürbar, wie sehr hier der Neuanfang durch fehlende Transparenz und mangelnde Kommunikation behindert wird.

Wir informieren die deutschen Unternehmen im Ost-Ausschuß der Deutschen Wirtschaft so gut wir können. Aber die Information über das, was jetzt wo zentral oder dezentral geregelt ist und wie, läßt noch sehr zu wünschen übrig. Zu oft sehen wir uns mit der alten Nomenklatura konfrontiert.

Dazu ein wohl nicht untypisches Beispiel: Ende Januar fand in Moskau ein Seminar statt, ausgerichtet vom Bundesministerium für Wirtschaft. Der Bundesverband der Deutschen Industrie wurde um Beteiligung gebeten, weil Exportfinanzierung und Exportkreditversicherung im Zusammenhang mit den Hermes-Sonderkonditionen detailliert erläutert werden sollten. Darüber sollte ganz praxisorientiert informiert werden. Teilgenommen auf sowjetischer Seite haben 164 Personen, meist alte Nomenklatura. Im Ergebnis war die ganze Veranstaltung dadurch "für die Katz". Jetzt überlegen wir, wie wir an kompetente sowjetische Unternehmensvertreter herankommen, um mit ihnen - gemeinsam mit hier ansässigen Vertretern von Unternehmen aus den alten und neuen Bundesländern - eine Informationsveranstaltung zum beiderseitigen Nutzen durchzuführen. Kaum ein Mensch in den Unternehmen weiß hier beispielsweise bislang, wie die Hermes-Sonderkonditionen genutzt werden könnten.

Wesentliche Voraussetzung zur Überwindung der Erstarrung, die die sowjetische Wirtschaft zunehmend lahm, sind nach unserer Erfahrung direkte Kontakte zu den "richtigen" Partnern in den Unternehmen und Republiken. Die Auflösung der Kombinate, dieser unbeweglichen "Fürstentümer", die sich Genossen Generaldirektoren über Jahrzehnte plangemäß zugelegt haben, bleibt eine prioritäre Aufgabe - im wohlverstandenen Interesse der Völker der Sowjetunion.

## Henzler

Ich vertrete einen Berufsstand, der professionell Rat gibt. Unsere Praxis besteht sehr häufig darin, große Unternehmen flexibler, dezentraler, erfolgreicher zu machen. Dabei sind wir in den letzten Jahren recht erfolgreich gewesen, indem wir auf drei Dinge Wert gelegt haben.

Erstens haben wir eine Zielfunktion eingeführt und gesagt: Richtet Euch, so gut Ihr könnt, am Konsumenten aus. Was immer Ihr tut, Souverän muß der Konsument sein. Unternehmen, die "close to the customer" waren - und das gilt eigentlich für jede Organisation;- , waren am erfolgreichsten.

Zweitens: Bei jeder Dezentralisierung - in Profit-centres, Segmenten, Tochtergesellschaften - brauchen Sie eine Vielzahl unternehmerischer Typen, die am Ort des Geschehens sein müssen, also weit draußen.

Drittens: Sie brauchen üblicherweise, und das ist der kritischste Punkt, eine kleine schlagkräftige Zentrale. Mit einer großen unbeweglichen Zentrale ist ein solcher Umstrukturierungsprozeß in großen Unternehmen nie zu schaffen.

Lassen Sie mich einige Analogieschlüsse für die Sowjetunion ziehen. Erstens: Den Souverän als Konsumenten oder Bürger vermag ich bisher nirgendwo in diesem Lande zu sehen. Ich kann auch nicht erkennen, daß dieses Ziel anvisiert wird.

Was, zweitens, die unternehmerischen Typen angeht: In all den Jahren, die wir hier verhandelt haben und unsere Klienten versuchten, Joint-ventures einzurichten, haben genau diese Unternehmertypen gefehlt.

Schließlich drittens: Kleine schlagkräftige Zentralen. Was wir leider immer wieder erleben, ist eine überbesetzte Zentrale, und zwar mit den gleichen Leuten wie vorher, die sich überhaupt nicht geändert haben, die nur neue Worte sagen und damit der "major roadblock" für Veränderungen sind.

Zweite Analogie. Wir haben in einigen osteuropäischen, insbesondere aber in ostasiatischen Ländern Transformationsprozesse begleitet. Wir haben gesagt: Solche Transformationsprozesse in die Marktwirtschaft gehen am besten, je freier der Fluß von Informationen, von Personen, von Produkten und von Kapital ist.

Wie steht es damit heute in der Sowjetunion? Wenn ich nur meine persönlichen Erfahrungen nehme: freier Fluß von Informationen. Versuchen Sie einmal, von Ihrem Hotel aus zu telefonieren, oder versuchen Sie einmal, einen Brief hierher zu schreiben und eine Antwort zu bekommen. Freier Fluß von Produkten: Da kann Ihnen Herr Bär sicher Näheres erzählen, wie dies nur unter allergrößten Schwierigkeiten stattfindet. Freier Fluß von Mitarbeitern: Wenn Sie rechtzeitig Ihr Visum anmelden, kommen Sie rein, wenn nicht, geht's eben nicht. Und zum freien Fluß von Kapital hat Herr Christians schon etwas gesagt. Ich finde es geradezu peinlich, daß man bis auf den letzten Schilling angeben muß, was man an Geld einführt.

Wenn sich aber in diesen Dingen nichts ändert, werden sich die Probleme nicht überwinden lassen. Zugleich stehen Sie im Wettbewerb mit südostasiatischen, lateinamerikanischen und anderen Ländern um Ansiedlungen für Auslandsinvestitionen.

Dritte Analogie: Im Transportsystem sind Verluste von fünfzig Prozent der transportierten Güter an der Tagesordnung; das Kommunikationssystem läßt wirksame Kommunikation nicht zu. Das waren die Ergebnisse von Beobachtungen, die wir vor einigen Jahren hier machen konnten. Wir haben dann gefragt: Wer ist eigentlich zuständig für solche Versäumnisse? Irgend jemand muß doch verantwortlich sein, beispielsweise für die Verwendung der von Herrn Christians erwähnten windfall profits von 200 Milliarden Dollar oder für die Verwendung des Fünf-MilliardenKredits vor einigen Jahren. Wo haben sich denn die Investitionen niedergeschlagen, die Sie in die Lage versetzen sollten, jetzt ein Mehr an verkaufsfähigen Gütern und Dienstleistungen zu produzieren? Niemand kann solche Fragen hier beantworten. Solche Implementierungsdefizite werden bei uns üblicherweise damit gelöst, daß wir die verantwortlichen Manager in die Wüste schicken.

Solche praktischen Gesichtspunkte sollten wir nicht aus dem Auge verlieren. Denn Programme auf dem Papier gibt es in der Tat genügend. Die entscheidende Frage ist jedoch, ob es in der Sowjetunion gelingt, den Umstrukturierungsprozeß voranzutreiben unter Einbeziehung der Erfahrungen, die man in den letzten Jahren sammeln konnte. Zweifellos ist dies ein herkulisches Unterfangen. Aber sehen Sie sich an, was auf den Gebieten der Privatisierung und der unternehmerischen Initiative in Polen, in der Tschechoslowakei und in Ungarn geschieht. Da ist vieles bereits unterwegs.

## Sokolow

Ich vertrete eine recht junge gesellschaftliche Organisation, nämlich die Ingenieurakademie der UdSSR, vergleichbar etwa dem Verband der Deutschen Ingenieure in der Bundesrepublik. Wir sind besorgt um die Zukunft der Perestroika auch im Bereich der Technologie und des Ingenieurwesens. Denn nicht zuletzt sind es ja diese Bereiche, die die materiellen Voraussetzungen für die Umgestaltung der Wirtschaft schaffen müssen, insbesondere Maschinen und andere technologische Geräte, mit denen Waren aller Art produziert werden. Das ist gewissermaßen die Basis - um in der alten Terminologie zu sprechen; -, auf der wir aufbauen müssen.

In den letzten Jahren ist diese Frage des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in gefährlichem Maße vernachlässigt worden, was zu einer Qualitätsminderung in der Produktion geführt hat und auch erhebliche soziale Gefahren in sich birgt. Vor einigen Jahren hatten wir die Qualitätssicherung zur Aufgabe von Staat, Partei und Gesellschaft gemacht. Davon kann heute kaum noch die Rede sein. Das heißt, der alte Schlendrian ist wieder in die Produktion eingekehrt; unsere Technologie ist völlig veraltet, was den sehr schwierigen Zustand unserer Wirtschaft weiter verschlechtert. Qualität und Zuverlässigkeit lassen jedenfalls sehr zu wünschen übrig.

Hinzu kommt, daß der soziale Status unserer Ingenieure und ihre materielle Versorgung im Vergleich zum Westen außerordentlich gering sind. Ich bin als Professor am Moskauer Institut für Flugwesen tätig. Dieses Institut wurde vor dem Kriege gegründet und war lange Zeit aufgrund der wissenschaftlich-technischen Leistungen dort für junge Nachwuchskräfte äußerst attraktiv. Das Niveau der Absolventen ist in den letzten Jahren permanent gesunken. Während wir früher 12 oder 13 Bewerber für einen Studienplatz hatten, beträgt das Verhältnis heute gerade eins zu eins, was zur Folge hat, daß wir die Eignungsvoraussetzungen unserer Studenten erheblich herabsetzen mußten. Andere renommierte Institute sind noch schlechter dran. Niemand will mehr Ingenieur werden, weil diese Berufe bei schlechter Bezahlung sehr viel Verantwortung verlangen. Dabei brauchten wir besonders in diesem Bereich qualifizierten und motivierten Nachwuchs, um den Zerfall unserer Wirtschaft zu stoppen.

Unter dieser Situation leiden besonders unsere Großbetriebe, die riesigen Kombinate, die unsere Wirtschaftsstruktur dominieren, während beispielsweise die westliche Industrie bis zu 70 Prozent aus kleinen und mittelständigen Betrieben bis zu 500 Beschäftigten besteht. Diese Kombinate sind ja vielfach reine Monopolbetriebe nicht zuletzt auch aufgrund der branchenbedingten Restriktionen. Um wissenschaftlichen und technischen Nachwuchs haben sie sich nie gekümmert. Dies Thema war ihnen eher lästig. Denn dank überhöhter Preise, die ihnen für ihre alles andere als hochwertigen Erzeugnisse garantiert waren, verfügten sie über ausreichend hohe Einnahmen und Gewinne. Das ist ein gefährlicher Trend.

Dabei hatte das sowjetische Ingenieurwesen in der Vergangenheit durchaus gute Forschungsergebnisse aufzuweisen. Ich erinnere nur an den Flugzeugbau, die Waffenproduktion und die Raumfahrt. Das vorhandene Potential ist also beachtlich; es kommt aber unter den heutigen Bedingungen einfach nicht zur Entfaltung.

Hier suchen wir jetzt eine Änderung herbeizuführen mit Hilfe verschiedener neuer gesellschaftlicher Geschäftsverbände - dazu gehört auch die Ingenieurakademie; -, die unter anderem die Aufgabe haben, den Status verschiedener Berufsstände zu sichern. Auch die Akademie der Wissenschaften hat in dem Zusammenhang Veränderungen erfahren. Wissenschaftliche Komitees wurden gebildet, die Verwaltungsaufgaben übernehmen sollen. Die Interessenvertretung der Wissenschaftler und Techniker im Obersten Sowjet wird verstärkt, um eine entsprechende gesetzliche Absicherung zu erreichen. Aber all das geschieht so langsam und so halbherzig, daß bisher nur sehr geringe Fortschritte erzielt wurden.

Ich war als Flugzeugbauingenieur die längste Zeit in der Rüstungsindustrie tätig und hatte in den letzten Jahren mehr mit allgemeinem Maschinenbau zu tun. Ich kann nur feststellen, daß zwischen beiden Bereichen gravierende Unterschiede bestehen. In der Rüstungsindustrie und in einigen fortschrittlichen Industriezweigen wurde immer auf Qualität gesehen. In der großen Masse der zivilen Industrien dagegen halten wir uns mit der sogenannten F- und E-Phase - also Forschung und Entwicklung - nicht allzulange auf. Den letzten Schliff erhalten die Erzeugnisse erst in der Erprobungsphase, wo dann festgestellt wird, ob die Maschine oder Anlage funktioniert oder nicht. Im Gegensatz zur Rüstungsindustrie mit ihren relativ kleinen Stückzahlen beherrscht in der zivilen Industrie das Mengendenken die gesamte Produktionsphilosophie entsprechend den Planvorgaben. Da wir mit dieser Konzeption keine Qualität erzeugen können, sind wir auf dem Weltmarkt, wo Qualität ein entscheidendes Kriterium ist, hoffnungslos unterlegen.

Die Perestroika haben wir in die Produktionsbetriebe auf die herkömmliche administrative Art und Weise eingeführt, aber ohne entsprechende staatliche Kontrollen, weil man meinte, das würde jetzt

die Marktwirtschaft übernehmen. Das Ergebnis ist, daß wir bisher keinen Markt haben, aber die Fortschritte wieder einbüßten, die wir inzwischen schon erreicht hatten.

Frau Bunkina hat das Thema Konversion angesprochen, also die Umstellung der Rüstungsbetriebe auf Zivilgüter. Hier ist in der Tat ein großes wissenschaftlich-technisches Potential vorhanden. Aber auch da gibt es einen gewaltigen Unterschied zur Situation in den westlichen Ländern, insbesondere in Amerika, wo die Konversion ständig stattgefunden hat. Dort gab es immer schon den berühmten Spin-off-Effekt. Das heißt, Forschungsergebnisse im militärischen Bereich - das ist im Flugzeugbau ganz deutlich - werden schon nach kurzer Zeit auf den zivilen Sektor übertragen. In jeder beliebigen westlichen Fachzeitschrift finden Sie gleichermaßen Reklame für Raketenfernsteuerungen wie für Traktorenfernsteuerungen.

Bei uns dagegen hat die jahrzehntelange Geheimniskrämerei und hermetische Abgeschlossenheit der Rüstungsindustrie dazu geführt, daß niemand dort auf die zivile Produktion vorbereitet war, als jetzt die Türen geöffnet wurden. Ich muß allerdings hinzufügen, daß die Rüstungsbetriebe vor 10 bis 15 Jahren gezwungen wurden, 30 Prozent ihrer Produktion in den Dienst der zivilen Volkswirtschaft zu stellen. Damals wurden bei uns sehr gute Kinderwagen, Kühlschränke und Fernseher produziert nicht so gut wie im Westen, aber im Vergleich zu früher geradezu revolutionär. Aber das blieben letztlich Einzelfälle.

Es ist schwer vorstellbar, wie die riesigen Betriebe mit 20000, 30000 und mehr Beschäftigten kurzfristig auf privatwirtschaftliche Gegebenheiten umgestellt werden sollen. Dafür brauchen sie eine längere Übergangszeit, um von einer administrativen Kommandowirtschaft zu einer marktwirtschaftlichen Philosophie überzuwechseln, obwohl ich nicht verkenne, daß es auch in den westlichen Ländern gewisse planwirtschaftliche Elemente gibt.

Lassen Sie mich abschließend noch ein Wort zu einem Thema sagen, das ich "intellektuelle Konversion" nennen würde. Dabei geht es nicht um materielle Produkte, also Samoware statt Kanonen, sondern um neue Einstellungen zur Forschung, neue Forschungswege und anderes mehr. Auf diesem Gebiet könnte die internationale Arbeitsteilung sehr viel Positives bewirken. Hier findet bereits ein gewisser geistiger Austausch statt. So tagt Anfang Juni in Budapest die sogenannte Friedensakademie der Ingenieure, wo sich Vertreter aus West und Ost, auch aus der Sowjetunion, treffen werden, um die anstehenden Probleme zu diskutieren. Solche Kontakte können dazu beitragen, uns gegenseitig besser zu verstehen. Vielleicht wird auf diese Weise dann auch für die westlichen Experten klarer werden, was es mit Perestroikain unserem Land auf sich hat und wo die eigentlichen Probleme liegen.

## **Vogel**

Eines ist in der bisherigen Diskussion deutlich geworden - das möchte ich ausdrücklich gegenüber den sowjetischen Kollegen betonen: Es gibt bei uns wohl niemanden, weder die leidgeprüften Praktiker noch die mitunter über den Wipfeln schwebenden Akademiker, die sich nicht darüber im klaren wären, daß wir es im Falle der Sowjetunion mit einer Komplexität zu tun haben, die allein schon auf die Größe des Landes zurückzuführen ist. Es sind fachspezifisch ausgedrückt die diseconomies of scale, die dieses Land zu einem Sonderfall machen. Das heißt aber auch, daß es unmöglich ist, flächendeckend alle Probleme gleichzeitig und für alle Landesteile zugleich zu lösen. Deshalb müssen Prioritäten gesetzt werden, was die Reihenfolge der Maßnahmen angeht. Hier sind nach wie vor Versäumnisse zu konstatieren, die sich gleichwohl relativ leicht korrigieren ließen.

Kommunikation ist als Engpaß erwähnt worden. Ich frage mich, weshalb das, was 1980 im Zusammenhang mit der Olympiade möglich war, im Jahre 1991 nicht möglich sein soll. Warum kann die sicher vorzügliche Satellitentechnik, die für militärische Zwecke zur Verfügung steht, nicht auch zum Einsatz stationärer Satelliten genutzt werden, mit denen auf einen Schlag einige zehntausend Leitungen geschaltet werden könnten? Es bliebe uns sehr viel Mühe erspart, und wir brauchten nicht mehr nachts unsere Faxer abzusetzen, die dann vielleicht nach drei Tagen ankommen.

Ein weiterer kritischer Engpaß sowohl mit Blick auf die notwendige Stabilisierung wie auch im Hinblick auf die Ausweitung der inneren Kapazitäten dieses Landes ist der Transport. Wir erinnern uns, daß sich beispielsweise die Lebensmittellieferungen aus dem Ausland im vergangenen Winter unter anderem deshalb gestaut haben, weil die Durchlässigkeit des Eisenbahnsystems und die Verladekapazität der Häfen nicht ausreichten. Solche Engpässe ließen sich zweifellos ohne allzugroße Kosten relativ rasch beseitigen.

Ein dritter Punkt ist bisher noch nicht erwähnt worden: die Statistik. Es ist dies ein Lieblingsthema, das ich seit 20 Jahren bei Symposien in Moskau vertrete. Dazu nur ein kleines Beispiel. Die EG hatte eine

Expertengruppe beauftragt, eine Studie über die Lage der Sowjetwirtschaft zu erarbeiten. Zu diesem Zweck wurden Kontakte zu Goskomstat, also zum Statistischen Büro in Moskau aufgenommen, das angeblich neues Material zur Verfügung gestellt hat. Wir haben uns die inzwischen veröffentlichte Studie genau angesehen und sind zu dem Ergebnis gekommen, daß man hier Ladenhüter der 80er Jahre vor sich hat. Das betrifft zum einen die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, zum anderen aber einen für die Zusammenarbeit ganz zentralen Bereich, nämlich die Frage nach dem militärisch-industriellen Komplex. Statistisch gesehen findet er nach wie vor nicht statt. Hier fragt man sich: Gibt es diese Statistiken nicht, oder werden sie immer noch nicht herausgegeben?

Es gibt einen weiteren ganz primitiven Punkt, wo sich leicht etwas verbessern ließe. Wenn ich mir ansehe, wie in einem staatlichen Einzelhandelsgeschäft hier der Verkauf stattfindet, dann muß man kein Fachmann sein, um zu begreifen, daß mit einem minimalen Aufwand und etwas gesundem Menschenverstand organisatorische Engpässe beseitigt werden könnten, damit das Wenige, das vorhanden ist, schneller verteilt werden kann, um den Menschen die ärgerliche Wartezeit zu verkürzen. Es gibt so viele Dinge, die wenig Geld kosten und die sich mit einem bißchen Know-how und einem Appell an die Eigeninitiative schnell machen ließen und die auch politisch kritischen Engpässe relativ schnell überwinden helfen könnten.

Es werden jetzt neue Staatskomitees gegründet, etwa für Bereiche wie Energie oder Rüstungsindustrie, Stichwort: Konversion. Ich sehe bis heute aber keinen Fortschritt in der Zusammenarbeit mit westlichen Firmen oder spürbare Schritte, um die Konversion nach allen Richtungen zu prüfen und konkrete Maßnahmen einzuleiten.

Dies führt mich zu einem politischen Aspekt. Ich habe den Eindruck, daß auch im politischen Raum nach wie vor Kräfte wirksam sind, die einem traditionellen Sicherheits- und Souveränitätsdenken anhängen und die weiterhin bremsend wirken angeblich, um die innere Stabilität zu gewährleisten. Dazu gehört auch das Schlagwort vom sogenannten dritten Weg.

Selbstverständlich braucht die Sowjetunion ihren eigenen Weg zur Marktwirtschaft. Aber wenn wir sehen, daß jetzt sowjetische Expertenkommissionen nach Chile oder nach Singapur fahren, und wenn wir feststellen, in welchem Maße Kräfte im konservativen Lager - Sojus als Stichwort - autoritäre Regime als Weg aus der Krise zunehmend anpreisen, dann habe ich Angst, daß das, was vielleicht ein notwendiges Durchgangsstadium sein muß, um eine ernste innenpolitische Krise zu überbrücken, dazu führt, daß die Dynamik der Perestroikaverlorenght und man in einer neuen Sackgasse landet. Es geht darum, die Glaubwürdigkeit dieses Prozesses zu erhalten und ernsthafte Anstrengungen auf den zentralen Feldern zu machen. Und es müßte im Sinne der Ausführungen von Herrn Fels - eine neue Art von Disziplin eingeführt werden, zum Beispiel stärkere Bemühungen um finanzielle Disziplin.

Ein letzter Punkt. Politische Stabilität sollte grundsätzlich auf dem Prinzip der Freiwilligkeit der Beteiligten gesichert werden. Das betrifft das Verhältnis von Zentrum und Republiken, aber auch das Verhältnis des Staates gegenüber den Wirtschaftsindividuen. Sollten hier falsche Signale gesetzt werden, so wären die Folgen verheerend vor allem in der öffentlichen Meinung des Westens.

## **Adam**

Was die politischen Voraussetzungen des Reformkurses angeht, so scheint mir die bisherige Reformdebatte aufs engste verbunden mit der Debatte um das Nationalitätenproblem beziehungsweise die Neuordnung des Staatsaufbaus, Stichwort: Föderationsvertrag. Seit dem letzten Herbst zeichnet sich ab, daß beide Probleme so miteinander verwoben sind, daß eine dauerhafte Lösung wohl nur als Tandemlösung denkbar ist. Ich meine, daß dieser Aspekt das Problem der wirtschaftlichen Reform zusätzlich erschwert. Wieweit der Neuansatz, der vor wenigen Tagen in der Neunplus-eins-Vereinbarung gefunden wurde, tragfähig ist und einen Durchbruch bedeutet, ist im Augenblick nicht zu entscheiden. Aber ohne eine tragfähige Antwort in Sachen Staatsaufbau ist eine dauerhafte Antwort auf die Frage nach dem Rahmen für eine künftige Wirtschaftsordnung nicht denkbar.

Nun wird auch in diesem Gespräch immer wieder betont, daß für eine Neuordnung des Wirtschaftssystems Mentalitätsfragen und Kulturtraditionen außerordentlich wichtig sind, mehr noch als die rein materiellen Aspekte. Wenn das aber so ist, dann frage ich mich, ob für dieses große Land mit seinen völlig unterschiedlichen Traditionen überhaupt eine einheitliche Antwort möglich und richtig ist.

Von daher stimme ich Herrn Fels zu, wenn er zu bedenken gibt, ob die neue Marktwirtschaft nicht beispielsweise in den westlichen europäischen Republiken der Sowjetunion unter Umständen ganz anders aussehen muß als in den asiatischen Republiken, wo, was das Eigentum angeht, von der



Tradition her völlig andere Voraussetzungen gegeben sind. Wenn Herr Sorin darauf hinweist, daß es in Rußland seit 1000 Jahren kein Privateigentum an Grund und Boden gegeben hat, so trifft das auf andere Republiken durchaus nicht zu. Die Frage ist: Sollen die etwas theologischen Kämpfe um die Zulässigkeit von Privateigentum an Grund und Boden diese Republiken davon abhalten, auf ihren Traditionen nun eigene Reformmodelle aufzubauen?

Mich hat das Protokoll der letzten ZK-Sitzung überrascht. Dort hat der Parteichef der lettischen KP davor gewarnt, wieder einen bürgerlichen Klassenstaat zu errichten, also vor dem, was Herr Dahrendorf als die zivile Bürgergesellschaft bezeichnet hat. Der gleiche Redner hat dann Alexander Jakowlew des Verrates bezichtigt.

Wenn es heißt, die Perestroikasei von der herrschenden kommunistischen Partei in Gang gesetzt worden, dann ist folgende Feststellung relevant: Einige der Exponenten der Perestroikasind nicht mehr herrschend und andere sind keine Kommunisten mehr. Ich denke etwa an Jakowlew, Schatalin, Schewardnadse; oder an Jawlinski und Bogomolow, die keine Kommunisten mehr sind. Frau Seebacher-Brandt fragte, ob Marktwirtschaft und Kommunismus miteinander vereinbar sind. Aber was ist Kommunismus heutzutage eigentlich? Da gibt es eine breite Interpretation.

Die Zukunft der Sowjetunion liegt sicherlich nicht in einer Rückkehr zum alten Zustand, genausowenig wie eine schlichte Übernahme westlicher Modelle die Lösung bringen kann, sondern die Antwort liegt irgendwo dazwischen. In einer solchen Situation der Unsicherheit, in der keine eindeutigen Antworten möglich sind, käme meiner Meinung nach dem eine große Bedeutung zu, was wir bei uns mit dem Schlagwort "Fehlerfreundlichkeit" umschreiben. Das heißt, man sollte bei den Reformbestrebungen darauf achten, daß erstens eine Vielzahl von konkurrierenden Ansätzen vorhanden ist, die korrigierbar sind. Zweitens sollte man verschiedene Kriterien gegeneinander abwägen, um die Gefahr zu verringern, bei der großen Wette um die Zukunft, um die es im Augenblick geht, auf das falsche Pferd zu setzen.

Ich komme noch einmal auf mein Ausgangsargument hinsichtlich des künftigen Aufbaus der Föderation zurück. Ich meine, hierbei stehen Wirtschaftsreform und Nationalitätenproblem in einem dialektischen Verhältnis zueinander. Das Nationalitätenproblem wird um so akuter, je länger die Wirtschaftsfragen ungelöst sind. Die Unabhängigkeitsbewegung im Baltikum beispielsweise hat vor drei Jahren mit dem estnischen IME-Projekt ihren Ausgang genommen. Dabei ging es zunächst gar nicht um staatliche Unabhängigkeit und Austritt aus der Sowjetunion, sondern um wirtschaftliche Autonomie. Im Rückblick läßt sich in der Tat fragen, ob nicht durch wirtschaftliche Zugeständnisse einiges von der Virulenz, die die Frage inzwischen angenommen hat, hätte abgemildert werden können.

Die Separatismusbestrebungen, die die Sowjetunion in ihrer Substanz betreffen, lassen sich jedenfalls kaum verhindern, wenn die Währung weiterhin in Unordnung ist und das öffentliche Defizit immer größere Ausmaße annimmt, von den übrigen Problemen, die hier genannt worden sind, ganz zu schweigen. Angesichts solcher Unsicherheiten könnte sich der Drang verstärken, das sinkende Boot so schnell wie möglich zu verlassen und sich beispielsweise eine eigene Währung zu schaffen. Derartige Ansätze zeigen sich ja im Baltikum in letzter Zeit.

## **Falin**

Ich möchte zu dem bisher Gesagten doch einige Korrekturen anbringen.

Herr Christians hat vorhin gesagt, als er den Transferrubel erwähnte, unser Politbüro habe seinerzeit den Umtauschkurs für den Rubel diktiert. Nun, das ist zu keiner Zeit der Fall gewesen. Selbst bei unserer Superzentralisierung war das nicht möglich.

Was die Bürokratie angeht und die radikalen Änderungsvorschläge, die hier gemacht wurden, so möchte ich darauf hinweisen, daß der sowjetische Bürokrat es durchaus mit seinem westlichen Pendant aufnehmen kann und im Vergleich zu den amerikanischen Bürokraten eher etwas rückständig ist. Ein Beispiel. Wir bemühen uns derzeit, mit amerikanischen Bürokraten folgendes Problem zu lösen: Auf einer Ausstellung an einer amerikanischen Universität hatten wir unsere neuesten Errungenschaften aus der Raumfahrtindustrie vorgeführt, unter anderem ein nukleares Antriebsaggregat für die Sputniks. Das Problem besteht jetzt darin, dieses Aggregat wieder in die Sowjetunion zurückzubringen, weil das amerikanische Gesetz die Ausfuhr nuklearer Ausrüstungen ohne Lizenz verbietet, diese Lizenz uns aber verweigert wird. Üblichen Schätzungen zufolge soll der Verwaltungsapparat in der Sowjetunion 18,5 Millionen Personen umfassen. Wenn man die gleichen Kriterien an die USA anlegen würde, käme man auf mehr als 40 Millionen Personen im

Verwaltungssektor. Das sind aber abstrakte Zahlenspielerereien; denn entscheidend ist, welche Aufgaben solche zentralen Verwaltungen wahrnehmen.

Vieles von dem, was hier erwähnt wurde, stellt im übrigen schon gar kein Problem mehr dar. Beispielsweise die Gleichberechtigung verschiedener Eigentumsformen in Industrie, Handel und Landwirtschaft. Das ist inzwischen rechtlich durchaus gelöst, das heißt, der Staat gibt seinen Monopolanspruch in diversen Bereichen auf. Ich erwähne nur Maßschneidereien und andere kleine Dienstleistungsbetriebe, die in Kürze freigegeben werden. Mit anderen Worten, der Staat steigt aus diesen Bereichen als Eigentümer aus und gibt die Betriebe zum Privaterwerb, zur Verpachtung oder zur Umwandlung in Aktiengesellschaften oder Genossenschaften frei, alles Eigentumsformen, die auch bei Ihnen bekannt sind. Auf diese Weise hofft man, in diesen Bereichen Wettbewerbsfähigkeit zu erreichen. Diese Geschäfte und Betriebe - und solcher werden zehntausende sein - stehen dann nicht unter der Schirmherrschaft des Staates, sondern sollen ihre Existenzprobleme ohne Einmischung des Staates selber lösen.

Was die Entstaatlichung der großen und mittelständischen Unternehmen angeht, so ist hier eine ganze Reihe von Aspekten zu berücksichtigen, zu denen bisher weder in den Parlamenten noch in den einflußreichen öffentlichen Medien die Entscheidungsfindung abgeschlossen ist. Dazu nur zwei Beispiele. So will sich die Belegschaft der Autofabrik LADA an der Wolga, deren Anlagevermögen über sieben Milliarden Rubel beträgt, zu alleinigen Eigentümern dieses Unternehmens machen. Ihre Forderung lautet: Die Fabrik soll dem Kollektiv gehören. In dem zweiten Fall geht es um eine große LKW-Fabrik an der Kama, deren Anlagevermögen circa 9 Milliarden Rubel beträgt. Dieses Unternehmen wurde in eine Aktiengesellschaft umgewandelt, und ein größeres Aktienpaket wird an ausländische Partner verkauft. Es gibt viele solcher auch kleinerer Beispiele.

Aber so einfach, wie das hier zuweilen klingt, liegen die Dinge nicht, sondern in vielen Fällen sind sie recht kompliziert. Wenn es zum Beispiel heißt, die Bergleute wollen die geförderte Kohle in Zukunft selbst vermarkten, dann ist doch zu fragen, wem denn eigentlich das Eigentum an der Kohle zusteht. Die Bergleute wollen ja nicht nur Eigentümer der Zechen werden, sondern auch über die Produkte frei verfügen können. Vor dem Hintergrund populistischer Parolen mögen solche Forderungen ja ganz überzeugend klingen, aber gemessen an den weltweit geltenden Praktiken sehen die Dinge ein wenig anders aus.

Alle diese Fragen sind nicht nur von der Sache her schwierig, sondern ihre Lösung erfordert viel Zeit, und jeder Einzelfall liegt wieder anders und verlangt sozusagen ein Sondermodell.

Ich meine, wir werden nur dann eine Normalisierung in unserer Wirtschaft erreichen, wenn bei uns der gleiche Grundsatz angewendet wird wie bei Ihnen: Geld muß knapp sein bei ausreichendem Warenangebot. Dabei sind unter Waren jetzt nicht nur Konsumgüter zu verstehen, wie das bei uns bisher gehandhabt wurde und in keinem Land der Fall ist. Dazu rechnen genauso Wertpapiere, Immobilien und dergleichen mehr. Erst damit entsteht eine gesunde Balance und können Fehlentwicklungen verhindert werden.

Jetzt zur Konvertibilität des Rubels. Vergleichen wir die jetzige Situation mit dem Jahre 1922, als es die goldenen 10-Rubel-Stücke gab. Warum war damals die Reform möglich? Weil wir über Exportgüter verfügten: Holz, Honig, landwirtschaftliche Erzeugnisse und anderes mehr, die auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig waren. Wenn wir heute einen Goldrubel einführen würden, ihn aber nicht durch konkurrenzfähige Waren abstützen könnten, würden wir nur eines bewirken: die Abwertung des Goldes. Um auf dem Weltmarkt Fuß zu fassen, müssen wir zuvor das Problem der Qualität lösen, wie Herr Sokolow zu Recht betont hat.

Das heißt, das Problem der Konvertibilität des Rubels muß zunächst im Inland gelöst werden. Wir müssen die Qualität unserer Produkte steigern, was eine rentable wirtschaftliche Produktion voraussetzt. Jeder Traktor, der bei uns im Lande produziert wird, weist im Durchschnitt eine siebenmal geringere Betriebszeit auf als Traktoren, die in den USA oder in Deutschland hergestellt werden. Mit den Fahrrädern ist es ähnlich. Auch unsere Satelliten sind nur ein Siebtel der Zeit funktionsfähig im Vergleich zu amerikanischen Satelliten. Die Frage der Qualitätskontrolle steht jetzt im Vordergrund unserer Wirtschaftsreform, ein schwerwiegendes Problem, ohne dessen Lösung wir aber auch die Wirtschaftsreform nicht bewältigen werden.

In Kürze steht die Verabschiedung des Gesetzes über Auslandsinvestitionen im Obersten Sowjet zur Debatte. In der Gesetzesvorlage sind auch die Bedingungen für Investitionen bei der Gründung von Joint-ventures oder rein ausländischer Unternehmen in der Sowjetunion genannt. Dabei geht es um Fragen des Gewinntransfers, der Kapitalrepatriierung und anderes mehr. Die Bedingungen sollen in

etwa den westlichen gleich sein. Damit wären die Voraussetzungen auf der rechtlichen Seite gegeben.

Aber Herr Wladislawlew hat recht: Wir brauchen einige Präzedenzfälle, die die Mehrheit davon überzeugen, daß die neuen Voraussetzungen für eine Zusammenarbeit auch wirklich greifen. In der Vergangenheit sind Sie allzuoft enttäuscht worden, weil wir das, was wir angekündigt hatten, nicht einhalten konnten. Wenn sich das nicht ändert, werden wir unsere potentiellen westlichen Partner verlieren.

Herr Christians hat nicht ohne Grund gesagt: Um hier tätig zu sein, muß man eine Passion für dieses Land haben. Solche Menschen gibt es nicht allzu viele, und die müssen dann besonders gut behandelt werden.

### **Tatsi**

Ich vertrete die Außenwirtschaftsbank, die in der sowjetischen Wirtschaft eine spezifische Stellung innehat, indem sie ihren Blick nach innen und nach außen zugleich richtet. Von daher kennen wir auch die Weltsituation recht gut, da wir unser Personal für das laufende Auslandsgeschäft in anderen Ländern einsetzen können. Wir haben aber auch einen sehr eigenen Standpunkt in bezug auf den Zustand der sowjetischen Wirtschaft.

Ich sehe bei uns eine Diskrepanz zwischen politischer und wirtschaftlicher Perestrojka, die sich in letzter Zeit erheblich verschärft hat, aber im Grunde bis in die Anfänge der Perestroikazurückreicht. In China beispielsweise geht die Umgestaltung der Wirtschaft viel zügiger vonstatten; und viele Probleme, die wir haben, gibt es dort nicht oder sie wirken sich nicht so gravierend aus.

Um die wirtschaftlichen Reformen bei uns voranzubringen, bedarf es nach meiner Meinung vor allem der rechtlichen und politischen Grundlagen; denn eine Wirtschaft kann nicht im luftleeren Raum funktionieren. Diesen Rahmen gibt es bei uns bisher nicht. Die Ratifizierung von Gesetzen ist ein langwieriger und komplizierter Prozeß. Wir können ja auch nicht einfach westliche Gesetze kopieren.

Hinzu kommt, daß es in der sowjetischen Wirtschaft und auch früher in Rußland in mancher Hinsicht überhaupt keine vergleichbaren Gesetze, wie sie im Westen zum Teil seit Jahrhunderten bekannt waren, gegeben hat. Ich denke nur an das Handelsrecht. Dabei geht es dann ja nicht nur um die Gesetzestexte, sondern vor allem um die Schaffung einer entsprechenden Infrastruktur, damit die Gesetze auch angewendet werden können. Das ist ein äußerst schwieriges Unterfangen.

Viele Unternehmen, auch die Banken, haben große Schwierigkeiten im Bereich der Binnenwirtschaft. In mancher Hinsicht ist es für uns einfacher, im Ausland zu arbeiten, wo die völkerrechtlichen und zivilrechtlichen Voraussetzungen vorhanden sind, als bei uns im eigenen Lande. Vielleicht ändert sich die Situation jetzt nach Annahme der Bankgesetze und nach Verabschiedung des Gesetzes über die Devisenregelung, obwohl dagegen erhebliche Einwände vorgebracht wurden. Was uns fehlt, ist eine Art Bank-Lobby, damit wir möglichst schnell eine Grundlage für die Marktwirtschaft bekommen. Unsere westlichen Kollegen können sich kaum vorstellen, wie schwer es für uns ist, mit sowjetischen Partnern zusammenzuarbeiten.

Es ist kein Wunder, daß sich die westlichen Partner auf die Zusammenarbeit mit denen beschränken, mit denen bereits langwierige Kontakte bestehen. Herr Schenajew erwähnte die drei Ebenen: Unions-, Republik- und Betriebsebene. Die westlichen Unternehmen sind gezwungen, mit der höchsten Ebene zusammenzuarbeiten, weil sie nicht wissen, auf welcher Grundlage die Partner in den Republiken oder in den einzelnen Betrieben operieren. Sie kennen weder deren rechtliche Stellung noch deren Verantwortlichkeiten. Deshalb wenden sie sich auch immer wieder an unsere Außenwirtschaftsbank.

Ich unterstreiche deshalb noch einmal das Fehlen der rechtlichen Voraussetzungen, das die Perestroika auf wirtschaftlichem Gebiet so sehr verzögert. Das wird zum Beispiel auch deutlich im Falle von Zahlungsrückständen sowjetischer Betriebe, wo sich die westlichen Firmen dann an die oberste Staatsebene wenden müssen.

Herr Christians hat das Problem der Konvertibilität angesprochen. Ich bin der Meinung, hier sollte man in etwa den Weg anderer ehemaliger COMECON-Staaten einschlagen, die inzwischen ein gewisses Konvertibilitätsniveau erreicht haben. Ich stimme Herrn Falin zu, daß man die heutige Situation kaum mit der in den zwanziger Jahren zur Zeit der NÖP vergleichen kann, wo wir ganz schnell die Konvertibilität durchgezogen hatten. Damals verfügte der Binnenmarkt über Waren von ausreichender Qualität, und der Rubel stellte eine relativ stabile Währung dar. Jetzt wurde der Rubel erheblich abgewertet, nicht nur durch die Preisreform, sondern auch gegenüber den Fremdwährungen auf dem Inlandsmarkt.

Meiner Ansicht nach kann die Konvertibilität nicht der Hebel, sondern nur das Ergebnis der Reform sein. Sie beweist die Offenheit der Binnenwirtschaft gegenüber der Weltwirtschaft. Und das ist ein Prozeß, der mehrere Jahre dauert. Ungarn, die Tschechoslowakei und Polen haben bereits vor mehreren Jahren mit den erforderlichen Maßnahmen begonnen. Ähnliche Voraussetzungen versuchen wir jetzt auch bei uns zu schaffen. Zum Beispiel wurde eine Devisenbörse eingerichtet, und es werden Fremdwährungen zum Marktkurs verkauft an Personen, die ins Ausland reisen wollen.

Ein Haupthindernis auf dem Wege zur Konvertibilität sehe ich in der Einrichtung der sogenannten Valutafonds, die dazu führen, daß einzelne Betriebe und Organisationen von Fremdwährungen geradezu beherrscht werden. Alle Länder des ehemaligen COMECON haben davon inzwischen Abstand genommen; nur bei uns wird dieses System noch beibehalten. Auf diese Weise ist es kaum möglich, unsere nationale Währung zu stabilisieren. Nirgendwo sonst gibt es einen Zustand, wo die Firmen über eigene Devisenbestände verfügen. In allen anderen Ländern bedienen sich die Betriebe der Landeswährung und kaufen sich im Bedarfsfalle eben die benötigten Devisen. Diese Frage bedarf einer politischen Lösung. Dafür fehlt es bisher an Mut. Aber solange wir das nicht geändert haben, werden wir kaum zu einer echten Konvertibilität des Rubels kommen.

Hinzu kommt noch eine andere Praxis in unserem Land, daß sich Produktionsbetriebe ihre Erzeugnisse in Devisen und nicht in Rubel bezahlen lassen. Es gibt zwar gesetzliche Vorschriften, die das untersagen, aber es werden keine entschlossenen Maßnahmen dagegen ergriffen, und die Betriebe üben entsprechend starken Druck aufeinander aus.

Der Transferrubel, den Herr Christians erwähnte, hat in der Tat mit Konvertibilität nichts zu tun. Das war vielmehr ein mehrseitiges Clearing, vergleichbar vielleicht der seinerzeitigen Europäischen Zahlungsunion.

Noch ein Wort zu der Frage: Politbüro und Rubelkurs. Im Jahre 1960 wurde die Goldparität des Rubels durch die Staatsbank der UdSSR verändert. Das wirkte sich aber nur für diejenigen sowjetischen Bürger aus, die als Touristen ins Ausland reisen wollten. Der Rubelkurs wurde aufgrund der Fremdwährungskurse auf dem Devisenmarkt festgelegt. Das hatte bisher jedoch so gut wie keine Auswirkungen, und das Politbüro hatte damit wenig zu tun.

### **Wladislawlew**

Ich stimme Herrn Tatsi zu, wenn er eine politische Entscheidung fordert, um zu verhindern, daß in unserem Lande weiterhin zwei Währungen existieren. Wir brauchen einen richtigen Devisenmarkt. Alle Devisen, die die Betriebe erwirtschaften oder benötigen, können dann zu einem amtlich festgelegten Kurs an- oder verkauft werden.

Die Schwierigkeiten für eine politische Entscheidung bestehen unter anderem darin, daß die einen die Devisen verdienen und die anderen sie ausgeben. Beispielsweise benötigen die Leichtindustrie und die chemische Industrie Devisen, die sie nicht selbst erarbeiten. Das behindert den Weg zu einem normalen Devisenmarkt. Die Pawlow-Regierung hat jetzt ein Regierungsprogramm verabschiedet, um die vorgenannten Industrien mit Devisen zu versorgen. Es bedarf also in der Tat einer politischen Entscheidung, wenn wir in dieser Frage weiterkommen wollen.

Ich komme auf die Frage von Frau Seebacher-Brandt und die Antwort von Herrn Sorin zurück, was die Vereinbarkeit von kommunistischer Partei und Marktwirtschaft angeht. Sie müssen begreifen, daß das, was jetzt in unserem Lande vorgeht, ein ganz normaler Kampf des Neuen gegen das Alte ist, so wie er überall in der Welt geführt wird. Es gibt Befürworter, die sich für die Perestroika einsetzen, und es gibt Gegner, die sie bekämpfen. Für uns, die wir für die Perestroika arbeiten, sind die Gegner nicht das eigentliche Hindernis, sondern die sonstigen Bedingungen in unserem Land, die der Perestroika nicht günstig sind: die Mentalität, die Gewohnheiten, die fehlende politische Kultur, die öffentliche Meinung, die nicht vorhandene Infrastruktur und vieles andere mehr.

In dieser krisenträchtigen Situation kommt es darauf an, nicht gegen bestimmte Personen zu kämpfen. Damit würde man zu viele Emotionen freisetzen, die den Einsatz von Mitteln provozieren würden, die unserem Land und seinen Menschen großen Schaden zufügen könnten. Vielmehr müssen wir uns um eine zivilisierte Auseinandersetzung bemühen, für die wir jedoch ein normales Spektrum politischer Kräfte brauchen, das wir bisher nicht haben.

Die politische Situation stellt sich gegenwärtig so dar, daß es auf dem rechten Flügel der KPdSU eine starke Opposition gegen die Perestroika gibt. Des weiteren gibt es eine Opposition gegen Gorbatschow und seine Demokratisierungsbestrebungen. Aber diese oppositionellen Kräfte stellen bisher keine politische Macht dar. Die einzige politische Kraft ist nach wie vor Gorbatschow. Das ist keine normale Situation. Bei der Schaffung eines breiten Spektrums politischer Kräfte muß vor allem

eine Polarisierung der Gesellschaft verhindert werden; denn dies wäre in der jetzigen Situation angesichts des Fehlens einer politischen Kultur äußerst gefährlich.

Wir brauchen deshalb zunächst so etwas wie eine dritte Kraft, die für die Perestroikaist und die einfache, jedermann verständliche Losungen pragmatisch und kompetent vertritt. Gegenwärtig werden bei uns ja viele Parteien gegründet. Diese dritte Kraft müßte meiner Meinung eine Partei sein, in der kompetente Fachleute und Pragmatiker das Sagen haben, die jedem Populismus abhold sind, weil sie anderenfalls ihre Kompetenz einbüßen. Das ist eine schwere Aufgabe, die aber auf immer größere Einsicht in der Öffentlichkeit stößt.

Was die Kommunistische Partei angeht, so gibt es viele Desinformationen. Alexander Jakowlew und Edgar Schewardnadse zum Beispiel sind nicht aus der Partei ausgetreten, sondern nur aus der Parteiführung ausgeschieden. Die Partei ist sehr inhomogen. Es gibt dort zweifellos eine starke Opposition gegen die Perestrojka, aber auch sehr viele Leute, die der Perestroikapositiv gegenüber eingestellt sind. Diese würden sicher eine neue politische Kraft unterstützen, die sich einfacher, klarer Worte bedient. Wenn es uns gelingt, diese Kraft ins Leben zu rufen, wird die Perestroikairreversibel werden. Anderenfalls wage ich keine Prognose, welches Ende das Ganze nehmen wird.

### **Dahrendorf**

Herr Wladislawlew denkt offenbar an eine Partei, die es noch gar nicht gibt und in der er die perestrojkafreundlichen Kommunisten nebst anderen versammeln will.

Lassen Sie mich an dieser Stelle einmal eine Art Zwischenresümee ziehen. Für mich bieten sich dabei eine Reihe von Schlußfolgerungen an.

Mein erster Schluß ist, daß das Wort "Ende" im Titel unserer Diskussion insoweit verfehlt ist, als alle hier davon ausgehen, daß die Perestroikaein langandauernder, aber im Prinzip irreversibler Prozeß ist. Er kann unterbrochen werden, es kann Rückschläge geben, aber ein Ende dieses Prozesses ist nicht in Sicht. Hier hat etwas angefangen, was uns noch lange begleiten wird.

Mein zweiter Schluß ist, zumindest zu diesem Zeitpunkt, daß es offenbar keine klare Vorstellung davon gibt, was denn mit diesem Prozeß der Perestroikagenau erreicht werden soll. Es gibt vor allem keine einheitliche Vorstellung davon. Es sind in der Diskussion sehr unterschiedliche Bilder der wünschenswerten wirtschaftlichen und auch wirtschaftlich-politischen Entwicklung für den Verlauf dieses Prozesses deutlich geworden. Dazu gehört etwa die Vorstellung von einem dritten Weg und auf der anderen Seite die Erkenntnis: Wenn man den Weg zum Pluralismus geht, muß man ihn ganz gehen und kann nicht irgendwann sagen, bis hierher und nicht weiter.

Trotz solcher Unklarheiten und unterschiedlichen Zielsetzungen könnte es aber durchaus sein, daß Menschen mit verschiedenen Zielsetzungen - zumindest in der nächsten Zeit - bereit sind, an einem Strang zu ziehen und damit möglicherweise Prozesse in Gang setzen, die ihre Eigengesetzlichkeit entwickeln und die keiner mit seinen Vorwegzielen genau definieren kann.

Drittens ist gerade bei Herrn Falin noch einmal deutlich geworden, daß hier ein ungeheuer komplexes Programm zu verwirklichen ist. Wenn man sich das vergegenwärtigt, bekommt man es doch ein wenig mit der Angst, weil so vieles an so vielen Stellen angefangen werden muß und weil alles, was man tut, wiederum mit vielen anderen Dingen zusammenhängt. Man kann da nicht einfach ein einzelnes Problem herausgreifen und meinen, das sei der Hebel, mit dem man den Weg von der Monopol- zur Pluralpolitik und -Wirtschaft öffnen kann.

Viertens. Wir haben, wofür es gute Gründe gibt, die politischen Voraussetzungen für einen erfolgreichen Ablauf des Prozesses der Perestroikaetwas aus dem Auge verloren. Dazu gehört etwa die Frage, wie die Parteienstruktur in diesem Lande aussehen und wie sich das Verhältnis der Republiken untereinander und zur Zentrale gestalten soll. Vielleicht machen manche von uns Gästen aus verständlichen Gründen den Fehler, uns zu stark auf eine Person zu konzentrieren, nämlich den Präsidenten, und zu wenig auf die innere Struktur dieses großen Landes zu achten. Im Interesse der Perestroikawäre es sicher wünschenswert, wenn da unterschiedliche Positionen, Entwicklungsformen, Zielsetzungen in der offenen Diskussion ausgetragen werden. Auch die Möglichkeit, daß einige Republiken schneller vorangehen als andere, muß ja kein Nachteil sein, sondern kann im Gegenteil ein Vorteil sein im Sinne der von Herrn Falin eben erwähnten Präzedenzfälle.

Fünftens. Ich meine, daß es richtig ist, wenn wir uns hier unter verschiedenen Aspekten mit der Währung beschäftigen. Unter makroökonomischen Bedingungen kommt der Währung eine besondere Rolle zu. Wie sich das eigentlich verhält mit der Binnenwährung, deren äußere Konvertibilität langfristig begrenzt ist, wäre noch zu prüfen. Jedenfalls verrät die Währung etwas über die Grundlinien

der Wirtschaftspolitik, also über Fragen des Defizits oder der Inflation. Vor allem aber berührt sie ein Thema, das Herr Fels angesprochen hat: Jedes System, sagte er, braucht seine Disziplinen. Und zu den marktwirtschaftlichen Disziplinen gehören ganz sicher solche, die die Währungspolitik regieren.

Herr Fels betonte gewisse innere Disziplinen, indem er das Bundeskartellamt und die Deutsche Bundesbank nannte. Er hätte natürlich jene Disziplinen hinzufügen können - was hier in Moskau nicht unwichtig ist;- , die durch die internationalen Organisationen zum Tragen kommen, etwa durch das, was von Bretton Woods übriggeblieben ist. In diesem Zusammenhang müßten wir dann auch über den Internationalen Währungsfonds sprechen. Es ist nämlich eine sehr schwierige Sache, wie man Disziplin einführt, ohne dabei seinen Stolz und seine Souveränitätsrechte preiszugeben.

Das gilt übrigens nicht nur nach außen, sondern auch im Inneren, wie Ihnen jemand sagen kann, der weiß, daß das Zögern in Großbritannien gegenüber einer Europäischen Zentralbank sich nicht nur auf Europa bezieht, sondern generell darauf, daß das Parlament in Großbritannien seine Souveränität nicht aufgeben will, auch nicht an eine eigene Zentralbank, die etwas wegnimmt, was heute Parlamentsrecht ist. Sie würde nämlich das tun, was die Deutsche Bundesbank tut und was nach Meinung englischer Abgeordneter ins Parlament gehört und nicht in eine Institution, die am Ende niemandem verantwortlich ist. Bei den Disziplinen stellen sich Schlüsselfragen der Institutionen, auch der internationalen Beziehungen.

Sechstens. Mir ist heute wieder deutlich geworden, daß die Eigentumsfrage zumindest im Bereich der Mikroökonomie sehr wichtig ist. Wenn Sie von der Gleichberechtigung unterschiedlicher Eigentumsformen sprechen, Herr Falin, dann würde man doch gern genauer wissen, was Sie da unter Gleichberechtigung verstehen. Dann müßte man auch überprüfen, welche Veränderungen in der Handhabung von Eigentum in Ländern vor sich gegangen sind, die in den letzten zweihundert Jahren eine kontinuierlichere Entwicklung genommen haben, als dieses Land sie haben konnte. Da stellen sich Fragen des Rechts der verschiedenen Eigentumsformen, der effektiven Möglichkeiten, Eigentum zu erwerben und mit Eigentum umzugehen.

Siebtens. Natürlich interessiert mich trotz aller Komplexität und langfristiger Perspektiven vor allem die Frage: Was soll als nächstes geschehen? Welches ist der nächste Schritt? Das gilt übrigens ebenso für die neuen Länder Deutschlands, wo man ja auch nicht alles auf einmal machen kann, sondern sich fragen muß: Was ist das Wichtigste? Das gilt ganz sicher in den ostmitteleuropäischen Ländern, aber auch für die Sowjetunion.

Ich habe mir im Laufe der Diskussion eine ganze Reihe von Vorschlägen notiert, zum Teil scheinbar recht banale Dinge, zum Beispiel, wie man behandelt wird, wenn man hier handeln will. Ein guter Freund von mir, kein Deutscher, hat zu einem bestimmten Zeitpunkt beschlossen: Es kostet mich zu viel "management time", den Versuch zu machen, in der Sowjetunion irgend etwas zu verkaufen. In der gleichen Zeit verkaufe ich das Zehnfache in den Vereinigten Staaten. Also lasse ich das jetzt. Ich vermute, er ist nicht der einzige, bei dem das eine Rolle spielt und der entsprechend handelt.

Vielleicht könnte man in solchen Dingen relativ leicht Abhilfe schaffen, indem Sie etwa Herrn Henzler einschalten. Aber das führt dann sehr schnell zu so wichtigen Themen, die Herr Christians und andere deutlich gemacht haben, nämlich Kommunikation und Transport.

Das führt mich, achtens, zu einem Thema, von dem ich selbst noch keine klare Vorstellung habe: Welche Bedeutung haben eigentlich Präzedenzfälle? Wie wirksam ist es, wenn man an bestimmten Orten, unter Umständen auch für bestimmte Wirtschaftszweige, Sonderbedingungen schafft in der Hoffnung, daß auf diese Weise Entwicklungen stattfinden, die dann auf andere Regionen und Branchen ausstrahlen. Dieser Weg ist ja zum Teil in China versucht worden, aber ich würde sagen, das Schwurgericht ist noch nicht zurück von seinen Beratungen; das Urteil steht noch aus. Wir wissen noch nicht, ob das funktioniert hat. Das wäre einer der Punkte, an denen man anknüpfen könnte, wenn man nicht gleich ein Gesamtprogramm für die Wirtschaft in die Wege leiten will, sondern zunächst einmal den Anfang machen will, um das Tal der Tränen zu durchschreiten. Welche erfolgversprechenden Schritte wären da denkbar?

## **Lebahn**

Bevor ich mich als Banker und Volljurist zu praktischen Wirtschaftsfragen äußere, will ich als ebenfalls studierter Historiker zunächst auf Herrn Sorin Bezug nehmen, der hier in zwei Punkten interessante Aspekte in die Diskussion eingebracht hat. Zum einen möchte er Perestroikaim Kontext nicht nur der letzten 70 Jahre sehen, sondern erweitert diese Fragestellung auf 1000 Jahre russischer Geschichte. Zum anderen hat er ausgeführt, daß Perestroikanicht nur die politisch-wirtschaftlichen Dimensionen betrifft - die bisher im Vordergrund unserer Diskussionen standen;- , sondern auch kulturell, geistig

und psychologisch von Bedeutung ist. Wir sollten also nicht einen rein funktionalistischen Zugang zu dieser Thematik suchen, die, wie ich meine, viel umfassender ist. Insofern tun wir im Westen auch so manchem hiesigen Politiker unrecht; denn die zu behandelnden Probleme und zu lösenden Aufgaben sind viel komplexer und in ihren Konsequenzen weitreichender, als wir gemeinhin in unzulässiger Verkürzung unterstellen.

Herr Sorin hat gesagt: In Rußland hat es zu keiner Zeit je Privateigentum gegeben. Das ist eine wichtige Feststellung. Denn es wird ja häufig so argumentiert, als habe der, sagen wir, fehlgeleitete Sozialismus nur über einige Jahrzehnte hinweg die Menschen verbogen, und man müßte jetzt zu dem zurückkehren, was vorher gewesen ist. Wenn es aber dieses Vorher gar nicht gegeben hat, dann würde das bedeuten, daß man nunmehr vor der Entscheidung steht, erstmals in einer tausendjährigen Geschichte etwas Neues zu schaffen oder es bei jenen historischen Traditionen zu belassen, die in den letzten siebenzig Jahren durchaus auch ihren ideologischen und wirtschaftlichen Ausdruck gefunden haben. Und ich verstehe Herrn Falin und Herrn Sorin so, daß sie der Ansicht sind: Wir lassen uns in gewisse Grundprinzipien unserer Ideologie und auch unserer Historie nicht hineinreden.

Natürlich kann der Westen nicht verlangen, daß sich jetzt alles nach uns richten soll. Wenn also die Sowjets kein Privateigentum haben wollen, dann sollen sie es doch lassen. Mit einer solchen Entscheidung wäre aber eine wichtige Festlegung verbunden. Das würde nämlich heißen: Die Sowjetunion will anders sein als die meisten Staaten im Westen. Würde aber eine solche Haltung nicht Konsequenzen nach sich ziehen, die man gerade vermeiden will? Wenn nämlich die westliche Überzeugung zutrifft, daß das Privateigentum ein wesentlicher Bestandteil der Marktwirtschaft ist, und wenn die Marktwirtschaft das Erfolgsinstrument ist, um aus der wirtschaftlichen Misere herauszukommen, dann bedeutet der Verzicht auf Privateigentum, daß man gar keine echte Marktwirtschaft will. Damit fehlt dann aber auch der Motor für bestimmte technologische, wirtschaftliche und sonstige Fortschritte, die die übrige Welt macht.

Man sollte sich also in der Sowjetunion darüber im klaren sein, daß man sich in dem Fall aufgrund gewisser ideologischer, politischer und historischer Besonderheiten von der übrigen Welt abkoppelt, die nun einmal stark technologisch-wirtschaftlich orientiert ist. Ich sehe das nicht ohne Bedauern; denn ich habe durchaus Sympathie für gegenüber dem Westen gemachte Vorbehalte, welche russische, weltweit anerkannte geistige und kulturelle Traditionen als besondere Werte bewahren oder wiederbeleben wollen. Aber der Fortschritt wird heute in erster Linie nun einmal wirtschaftlich und technologisch bestimmt. Wenn man das nicht akzeptieren will, um gewissermaßen die russische Seele heil zu behalten, dann muß man dafür einen Preis zahlen. In dem Falle bleibt man ein Outsider, dem gegenüber die anderen veranlaßt sein könnten, sich vorsichtig zu verhalten.

Ein weiteres kommt hinzu. Wie wir gehört haben, überbieten sich die sowjetischen Experten im Augenblick geradezu in Kassandrarufen und Katastrophenprognosen. Damit erschreckt man sich nicht nur gegenseitig, sondern auch das Ausland. Und ich möchte den Unternehmer sehen, der in ein Land investiert, das sich so sehr als mögliche Gefahrenquelle erweist. Das ist zumindest keine gute Imagewerbung für das Land, das ja in einem weltweiten Wettbewerb steht, wie Herr Henzler ausführte. Es ist doch im Gegenteil wichtig, daß man sich gegenüber dem eigenen Volk und gegenüber dem ausländischen Kooperationspartner ein positives Image verschafft. Anderenfalls fehlt es an der notwendigen Unterstützung für einen wirtschaftlichen Aufschwung.

Lassen Sie mich deshalb provokativ sagen: Perestroikasollte jetzt zu Ende sein; sie hat ihre Funktion erfüllt, indem sie Fehlentwicklungen beseitigte und mit überkommenen Vorstellungen, die einfach nicht mehr haltbar waren, aufräumte. Das ist eine historische Leistung der sowjetischen Regierung, eben auch der Kommunisten, wie Herr Sorin zu Recht sagte, die eines Tages begannen, etwas ganz anderes zu tun, als in der Vergangenheit gemacht wurde. Dennoch orientiert man sich immer wieder an dieser Vergangenheit, das zeigt sich auch in unserer Diskussion, und fragt: Was können wir vom Kommunismus erhalten? Wo sind wir vom rechten Wege abgekommen? Müssen wir auf Lenin Bezug nehmen oder auf Karl Marx, also 80 oder 130 Jahre zurückgehen?

Ich würde ihnen statt dessen gerne empfehlen, sich nach vornhin auszurichten, modernere Bezugspunkte zu wählen. Worauf es bei der Sowjetunion meiner Meinung nach jetzt ankommt, ist nicht nur eine wirtschaftliche und ideologische Rückbesinnung, sondern in der Tat eine Neubestimmung der Identität.

Das gilt für die einzelnen Menschen genauso wie für die UdSSR in ihren staatlichen und völkischen Bestandteilen und auch insgesamt - die Nationalitätenfrage ist hier mehrfach angesprochen worden. Das beginnt schon bei der Frage, wie man jemanden in Moskau anredet: als Sowjetbürger oder als Russen. Wenn man den Regierungssitz der RSFSR betritt, sollte man zum Beispiel derzeit tunlichst vermeiden, die Leute dort als Sowjets anzusprechen.

Das sind ganz wichtige Symptome, die zu einer Neubestimmung führen müssen. Aber diese Neubestimmung kann nicht mehr einheitlich vor sich gehen, angesichts von Pluralismus, Dezentralisierung und dem Entstehen eines Vielstaatensystems. Deshalb mein Appell: Verabschieden Sie sich von der Perestrojka, die eine wichtige Etappe gewesen ist. Worauf es jetzt ankommt, ist, sich zukunftsorientiert zu verhalten, etwas Neues, also eine Novostrojka, einen Neubau zu wagen.

Statt also die Fehler der Vergangenheit zu beschwören, wäre es jetzt wichtig, gute Beispiele für die Neuorientierung beizubringen, die die Sowjetunion für mögliche ausländische Partner wirtschaftlich und auch politisch attraktiv machen. An solchen Beispielen fehlt es bisher völlig. Herr Wladislawlew sagt: Wir brauchen keine Kredite mehr, sondern wir wollen ausländische Investitionen. Aber eine Investition bedeutet für den Investor ein viel höheres Risiko als ein Kredit. Kredite werden in, sagen wir, fünf Jahren zurückgezahlt. Sie stellen somit ein zeitlich begrenztes Risiko dar. Investitionen dagegen gehen fest in dieses Land ein; die kann man nicht mehr zurücknehmen.

Angesichts der Ungewissen Lage in diesem Land - Herr Wladislawlew sprach eben von ernsthaften Kämpfen des Alten gegen das Neue - bedeutet dies für ausländische Investoren ein erhebliches Risiko, in ein solches Krisengebiet, das leicht zum Kriegsgebiet werden kann, zu investieren. Denn man kann sich ja auch nicht auf irgendwelche Inseln des Friedens zurückziehen, um dort in aller Ruhe zu investieren, egal, was ringsumher passiert. Dieser Fehler wurde mit dem Joint-venture-Experiment gemacht. Da hat man geglaubt, man könne unabhängig von der generellen Entwicklung der Volkswirtschaft einige Betriebe hochziehen, die sich dann schon freischwimmen werden. Und wenn sie erfolgreich sind, gibt es den Nachahmeffekt, und es werden alle so machen. Es hat sich aber gezeigt, daß die Joint-ventures ein Mißerfolg sind.

Man kann also nicht an isolierte Projekte als Beispiele für andere Investoren denken. Bezeichnenderweise ist auch von sowjetischer Seite hier kein einziger konkreter Vorschlag gemacht worden, in welcher Branche das etwa denkbar wäre. Dagegen haben Sie zwei Beispiele angeführt, wo Sie nicht bereit sind, nämlich bei Erdgas und Erdöl. Das, sagen Sie, geben wir nicht her; denn da geht es um das Gut unserer Kinder und Kindeskinde. Das scheint im Augenblick leider die herrschende Kremmlinie zu sein. Hier zeigt sich ein Stück alter russischer Tradition: An unsere heilige russische Erde und an alles, was darinnen ist, lassen wir die Ausländer nicht heran.

Dies ist ein Beispiel für das eben von mir angesprochene Sowjet-russische Beharren auf Besonderheiten: Damit isolieren Sie sich von den weltweit üblichen Methoden der internationalen Energiekooperation und blockieren den Hauptbereich möglicher westlicher Investitionen in Ihrem Lande.

Sie wollen auch keinen Kredit auf die Zukunft, sondern möglichst sofort etwas haben. Aber um es ganz offen zu sagen: Was haben Sie denn sofort zu bieten, wenn Sie nicht Erdgas und Erdöl geben wollen? Ihre Industrie ist rückständig. Die Technologie ist zwar in der Rüstung hochentwickelt; aber auch an diese läßt man uns bisher kaum heran; und die Konversion, die eine gemeinsame Verwertung möglich machen würde, klappt bisher ebenfalls nicht.

Weiter sagen Sie: Bei uns gibt es so viele helle Köpfe und gescheite Leute, setzen Sie sich doch mit denen einmal zusammen. Dann bringen Sie uns bei, wie Sie es im Westen machen, und wir bringen Ihnen bei, was wir in der Sowjetunion machen, gewissermaßen ein Gegengeschäft ohne Geldeinsatz mit Know-how-Übertragung. Aber was Sie hier machen - Entschuldigung;-, wollen wir ganz bestimmt nicht von Ihnen lernen. Wir begrüßen es, daß es bei Ihnen die hellen Köpfe gibt; doch die müssen bei uns lernen, und diese Wissensvermittlung ist teuer: Know-how hat weltweit seinen Preis, muß bezahlt werden und kann von Ihnen nicht gratis reklamiert werden. Wenn ich in der Stelle der sowjetischen Regierung wäre, würde ich soviel wie möglich in die Köpfe der Jugend investieren - egal woher das Geld kommt, und wenn ich das letzte Tafelsilber verkaufen müßte. Denn da geht es um Ihre Zukunft. Perestroikawird in den Köpfen gemacht, und dazu benötigen Sie sofort westliche Hilfe. Das Öl und das Gas für die Enkelkinder aufzusparen, heißt deshalb, den Kindern die Investitionen vorzuenthalten, was sicherlich eine falsche Perspektive ist. Dies müßte in Ihrer öffentlichen Diskussion sowie in der Regierungspolitik schnell überdacht werden.

Anderweitig denkbare rasche Erfolge mit Hilfe wirtschaftlich-technischer Ost-West-Kooperation sind nicht in Sicht. Das ist auch das Ergebnis der Untersuchungen des International Monetary Fund, der Weltbank, der EG und der neuen Europäischen Investitionsbank. Wir würden ja liebend gerne mit der UdSSR kooperieren wollen, heißt es da. Aber wie sollen wir investieren, wenn die Infrastruktur fehlt - und dazu gehört eben ganz wesentlich die organisatorische und geistige Infrastruktur. Wenn die vorhanden ist, ist es auch attraktiv für westliche Firmen, hier zu investieren. Denn gutes Geld für gute Projekte gibt es im Westen genug. Wir suchen ja nur nach Gelegenheiten.



Zwei Erlebnisse haben mich in den letzten 14 Tagen doch sehr nachdenklich gemacht. Zum einen war ich als Special Advisor mit einer EG-Delegation in Moskau. Dabei ging es um ein Hilfsangebot in Höhe von 400 Millionen Ecu, die für technische Hilfe zur Verfügung gestellt werden sollten. Wir wollten erfahren, welche Projekte mit welchen Partnern dafür in Aussicht stünden, mit denen man möglichst schnell Consulting, Engineering und sonstige organisatorischen Kooperationen einrichten könnte. Die politische Bereitschaft zu einer solchen Vorgehensweise hat man uns bekundet. Wir haben aber nicht definitiv herausfinden können, wo und wie wir diese 400 Millionen Ecu, also über 800 Millionen D-Mark, bis Ende des Jahres konkret unter die Leute bringen können. Vielleicht können Sie uns dabei mit Hinweisen helfen, wie wir unser Geld nutzbringend ausgeben und auch unsere Zeit fruchtbringend verwenden sollten.

Das andere Erlebnis betrifft eine Kooperationsveranstaltung meines Hauses mit sowjetischen und westlichen Wirtschaftspartnern und Institutionen in Moskau. Dabei ging es um verschiedene Projekte, bei denen es geschäftliche Durchführungsschwierigkeiten gab. Es war erschreckend, was wir auf der sowjetischen Seite an mangelnder Koordination und Systematik, an fehlender Information von oben und nicht vorhandener Aktivität von unten erlebt haben. Vor allem fehlte es an einer Basiskonzeption, die von der Regierung ausgehen mußte, mit klaren Zielvorgaben. Über diese chaotischen Verhältnisse waren aber nicht nur wir entsetzt, sondern besonders unsere sowjetischen Gesprächspartner selber, Vertreter von Wirtschaftsinstitutionen und Unternehmen, die meinten: Bei uns klappt überhaupt nichts mehr; es kann mit uns nur bergab gehen. Es fehlt völlig an jeglicher Motivation, wie sie im Westen vorhanden ist.

Ohne mich in Ihre inneren Angelegenheiten einmischen zu wollen: Eine Regierung, die nicht das Vertrauen des Volkes hat, kann ein Volk nicht motivieren. Und eine Wirtschaftspolitik, die - auch nach eigener Analyse - möglicherweise auf die Katastrophe zusteuert, kann niemanden motivieren, in die Hände zu spucken. Wenn wir Ihnen - Ihrer Zentralregierung, den Republikregierungen und den neuen dezentralisierten Wirtschaftsinstitutionen und Betrieben - irgendwie behilflich sein können, das Volk zu motivieren, dann lassen Sie es uns bitte mit konkreten Hinweisen wissen. Wir sind doch genauso interessiert an einem Erfolg der Perestroika und werden angesichts der derzeit erreichten Grenzen noch stärker zu einer Unterstützung bereit sein, wenn sich eine künftige, echte "Novostrojka" vorbehaltlos gegenüber der Außenwelt öffnet und die russisch-sowjetischen Partikularismen der Vergangenheit überwindet mit Kurs auf eine "globale gemeinsame Zukunft".

Die jetzt abgeschlossene Perestroika kann als Übergangsperiode von der Beseitigung kommunistischer Fehlentwicklungen zu etwas revolutionär Neuem nur dann ein dauerhafter historischer Erfolg werden, wenn sie - möglichst mit tatkräftiger Hilfe des Westens - abgelöst wird von einer Novostrojka, die Wirtschaft, Gesellschaft und Politik in einer neuen Gesamtkonzeption harmonisiert. Nur eine solche Entwicklung kann den bisher fehlenden Konsens mit dem Volk herstellen.

### **Sorin**

Als ich von der tausendjährigen Erfahrung sprach, meinte ich nicht, daß wir nur auf diese Vergangenheit zurückblicken und darauf verzichten sollten, unser Leben neu zu gestalten. Ich wollte lediglich darauf hinweisen, daß wir diese Erblast, diese Besonderheiten unserer geschichtlichen Entwicklung mitberücksichtigen müssen.

Ich gehöre zu jenen Kommunisten, die bereit sind, Gorbatschow im Kampf um die Perestroika bis zum Ende beizustehen. Und wenn wir die Perestroika oder eine Novostrojka, wie Herr Lebahn sagte, befürworten, dann müssen wir auch die entsprechenden Schlußfolgerungen ziehen und dürfen nicht die Geschichte verschieben, weil wir in Wahrheit gar nichts verändern wollen. Man sollte uns also nicht in die falsche Ecke stellen und Vorwürfe erheben, die überhaupt nicht zutreffen, sondern sich mit uns über konstruktive Lösungen verständigen.

### **Michailow**

Nach der bisherigen Diskussion habe ich den Eindruck gewonnen, daß hier jeder etwas anderes unter Perestroika versteht, und wahrscheinlich haben Sie alle irgendwie recht.

Die ursprüngliche Zielsetzung der Perestrojka, nämlich dem sozialistischen System eine neue Dynamik zu verleihen, hat zweifellos Schiffbruch erlitten. Unser vormaliger Premierminister, Nikolai Ryschkow, hat jetzt auf dem Kongreß der Volksdeputierten der UdSSR mit Recht gesagt, daß wir in dem Sinne ein Fiasko erlebt haben und jetzt unbedingt eine Verschnaufpause einlegen sollten.

Wenn man jedoch Perestroika als einen umfassenden Reformprozeß für unser Land versteht, dann ist klar, daß dies eine Aufgabe ist, die nicht nur eine Generation beschäftigen wird. Vielleicht sollte man auch, wie Herr Lebahn anregt, eher an eine Novostrojka denken - im Russischen keine so glückliche Wortwahl, die aber die Sache, über die wir hier sprechen, recht gut trifft.

Wogegen ich mich wende, ist die Bezeichnung Krise für die Situation, die wir jetzt erleben. Wenn ich von Krise spreche, dann verstehe ich darunter zeitweilige Schwierigkeiten, die innerhalb des bestehenden Systems auftreten und überwunden werden können, aber nicht die Notwendigkeit eines Systemwechsels anzeigen, um den es heute gehen muß. Wenn wir zum Beispiel von einer Wirtschaftskrise sprechen, dann meinen wir damit Dinge wie Haushaltsdefizite, wirtschaftlicher Abschwung und ähnliches. Bei uns dagegen geht es um die Verhinderung von Hungersnöten, ja von Bürgerkrieg und ähnlichen Katastrophen.

Jetzt ein paar Worte zu den Vorschlägen, die in dieser Diskussion angeboten werden, um unser Land aus der jetzigen Lage herauszuführen. In diesem Zusammenhang wurde verschiedentlich die Meinung vertreten, das Programm der Russischen Föderation sei besser als das Pawlow-Programm. Das ist schon insofern unzutreffend, als sich beide Programme unterschiedliche Aufgaben stellen. So kann es im russischen Programm nicht darum gehen, den Rubel in der gesamten Sowjetunion zu stabilisieren. Auch kann es kaum etwas dazu beitragen, die Außenwirtschaftsbeziehungen in die richtigen Bahnen zu bringen und viele andere Dinge mehr.

Man sollte bei einer Beurteilung beider Programme auch nicht nur auf die erklärten Absichten sehen, sondern nach den konkreten Handlungen fragen. So ist die Politik der russischen Regierung zum Beispiel noch inflationärer als die der Unionsregierung. So wurde gestern im russischen Parlament ein Gesetz verabschiedet, das Mehrausgaben in Höhe von 40 Milliarden Rubel nach sich zieht, ohne daß irgend jemand sagen kann, wo die russische Regierung dieses Geld hernehmen will. Zweifellos ist die mit diesem Gesetz verfolgte Zielsetzung ausgesprochen human, weil sie dazu beitragen soll, jene Völker zu rehabilitieren, die zu Stalins Zeiten aus ihren Gebieten vertrieben und in andere Regionen umgesiedelt wurden.

Was das sogenannte Pawlow-Programm angeht, so kann man da eigentlich nicht, wie das hier immer wieder zu hören war, von Anti-Krisenprogramm oder ähnlichem sprechen. Grigorij Jawlinski hat dazu etwas sarkastisch gesagt, dieses Programm enthalte im Grunde nur drei Zahlen: 1991, das zweite Quartal und das dritte Quartal. Deshalb kann man hier wirklich nicht ernsthaft von einem Krisenprogramm sprechen.

Ich würde generell sagen, daß es in der gegenwärtigen Situation praktisch unmöglich ist, ein gutes wirtschaftliches und politisches Programm zu erarbeiten. Im Herbst letzten Jahres gab es in unserer Gesellschaft sehr viel Bereitschaft zu verschiedenen Veränderungen. Damals wurden verschiedene Programme diskutiert, das 500-Tageprogramm, das Ryschkow-Programm und andere. Nachdem dieser Zeitpunkt ungenutzt vorüberging, blieb im Grunde gar nichts weiter übrig, als gewisse Zwangsmaßnahmen durchzusetzen, die unter anderem zu der Preisreform vom 2. April geführt haben.

Die Bevölkerung hat diese Preiserhöhungen im Grunde recht gelassen aufgenommen. Es gab keine Massenunruhen, obwohl der Konsum stark zurückgegangen ist. Offenbar waren die Menschen über die ständigen Mangelerscheinungen so genervt, daß sie die Preissteigerungen akzeptiert haben in der Hoffnung, damit würde sich die Versorgungslage bessern. Vielleicht erklärt das, warum in Weißrußland, wo die Mangelerscheinungen am wenigsten spürbar waren, die Unruhen am größten waren.

Im Augenblick ist es weder möglich, irgendein Stabilisierungsprogramm mit Erfolg durchzuführen, noch können entscheidende Reformmaßnahmen durchgesetzt werden. Die Bevölkerung ist für eine Stabilisierungspolitik nicht zu gewinnen. Sie begreift nicht den Sinn einer Anti-Inflationpolitik. Denn sie bedrücken weniger die Preiserhöhungen als vielmehr die Versorgungsmängel. Wie soll man den Menschen in einer solchen Situation harte Maßnahmen zur Bremsung des Preisanstiegs verständlich machen?

Ich glaube, der nächste Schritt in diese Richtung kann nicht vor Herbst dieses Jahres erfolgen, wenn nämlich die Vorräte aufgebraucht sind, die die Bevölkerung in Erwartung der Preiserhöhungen gehortet hatte. Möglicherweise wird sie dann von der Regierung entschlossene Maßnahmen zur Bekämpfung des Preisanstiegs fordern.

Einen zweiten Grund, der der Durchführung entschlossener Reformen zur Zeit im Wege steht, sehe ich darin, daß in unserem Land kein politischer Konsens über die notwendigen Reformmaßnahmen vorhanden ist. Lassen Sie mich ein Beispiel anführen. Im Dezember 1990 wurde unter der Federführung von Jawlinski ein Privatisierungsgesetz vorbereitet und dem russischen Ministerrat und

dem Obersten Sowjet vorgelegt. Dabei zeigte sich, daß es keine prinzipiellen Einwände gegen die Privatisierung gab. Insofern halte ich es auch für falsch, wenn hier behauptet wurde, die Kommunistische Partei behindere bei uns die Perestrojka. Das ist nicht der Fall. Niemand fürchtet sich mehr vor dem Markt.

Was sich jedoch als zunehmend schwierig erweist, ist die Interessenabstimmung in unserem Land. Jede Gruppe hat ihre eigene Lobby im Parlament, die durchaus entgegengesetzte Interessen vertreten. So plädieren die einen dafür - wie dies bei Herrn Wladislawlew deutlich wurde;- , die Privatisierung in der Weise durchzuführen, daß man die Betriebsangehörigen zu Eigentümern macht, damit den derzeitigen Betriebsführungen eine gewisse Kontrollfunktion erhalten bleibt. Demgegenüber sind die regionalen und örtlichen Verwaltungen daran interessiert, daß sie die Kontrolle über das Staatseigentum behalten.

Im Grunde ist jetzt jedermann klar, was bei uns getan werden muß. Dazu bedürfte es gar keines Programmes mehr. Worauf es vielmehr ankommt, ist der politische Wille und die politische Entschlossenheit, die notwendigen Veränderungen durchzusetzen. Daran fehlt es bisher.

Unter diesem Aspekt bewerte ich die Neun-plus-eins-Vereinbarung positiv, weil sie den politischen Willen deutlich werden läßt, einen Unionsvertrag abzuschließen und politische Übereinkünfte zu erreichen. Auf der anderen Seite impliziert das aber die Gefahr eines Zerfalls der heutigen Sowjetunion als eines Gesamtstaates. Denn den neun Republiken stehen immerhin sechs andere gegenüber, die eine andere Zielsetzung verfolgen. Deshalb glaube ich nicht, daß dies der beste Weg für unser Land ist. Ich befürworte eher partielle Übereinkünfte, die zum Beispiel nur auf wirtschaftlichem Gebiet erfolgen, aber sämtliche 15 Republiken einbeziehen würden, die dann in einer einheitlichen Rubelzone verbleiben.

Herrn Lebahn möchte ich nur sagen: Wahrscheinlich hat Ihre EG-Delegation mit inkompetenten Leuten zu tun gehabt, die keine Verantwortung übernehmen wollten. Ich sehe an sich keine Schwierigkeiten, derartige Hilfsangebote unter die Leute zu bringen. Aufgaben gibt es in Hülle und Fülle. Man braucht nur in unsere Zeitungen zu blicken oder die Berichte im Fernsehen zu verfolgen.

Vielleicht sollte man aber einmal genereller darüber nachdenken, ob es nicht lohnend wäre, die Untersuchungen weiterzuführen, die im Auftrag der sieben westlichen Industriestaaten über die sowjetische Wirtschaft vorgenommen wurden. Man sollte versuchen, die Ergebnisse positiv zu interpretieren und daraus dann ein umfassendes Programm der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zu erstellen, um die Reformpolitik in der Sowjetunion auch von daher abzustützen und voranzubringen.

### **Dahrendorf**

Es gibt auf westlicher Seite zweifellos viele wohlmeinende Leute - Herr Körber, Herr Christians und andere in diesem Kreis gehören dazu;- , die ihren Beitrag dazu leisten wollen, daß auch in diesem Land Freiheit und Wohlstand entstehen, und die mit innerer Anteilnahme verfolgen, was hier geschieht. Deshalb sollten wir in der Tat die Möglichkeit der Katharsis - um Herrn Falin zu zitieren - wahrnehmen und in aller Offenheit sagen, wie wir die Entwicklungen sehen.

Auf der anderen Seite möchte ich den deutschen Kollegen sagen: Es ist doch bemerkenswert, daß wir hier ein Thema behandeln können, bei dem es im Kern um die Probleme dieses Landes geht, und das in aller Offenheit und Direktheit. Daß wir hier eine solche Tagung abhalten können, zeigt mehr als vieles andere, daß die Sowjetunion Teil des allgemeinen internationalen Diskurses geworden ist. Ich meine, wir haben allen Grund, dankbar zu sein, daß die sowjetischen Teilnehmer bereit sind, mit uns in solcher Offenheit über die Probleme ihres eigenen Landes zu sprechen. Ich kenne manche Länder, in denen eine solche Bereitschaft nicht besteht.

Vielleicht sollten wir jetzt bei den unmittelbaren Erfahrungen der hier versammelten Teilnehmer ansetzen und sehen, ob uns diese zum Verständnis der zukünftigen Entwicklungen und bei der Suche nach neuen Strukturen weiterhelfen können.

Ich halte es aber auch für wichtig, daß wir uns im weiteren Verlauf der Diskussion noch einmal den Voraussetzungen und Bedingungen einer stabilen politischen und ökonomischen Entwicklung zuwenden. Damit meine ich keineswegs nur die Gegebenheiten innerhalb der Sowjetunion und ihrer Republiken, sondern auch die Beziehungen zwischen der Sowjetunion, dem übrigen Europa und der Welt.

### **Bär**

Am 11. April dieses Jahres erschien in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung ein Artikel mit der Überschrift: Moskau enttäuscht von Gemeinschaftsunternehmen. Der erste Satz: "Die Gemeinschaftsunternehmen in der Sowjetunion haben die Aufgaben, die ihnen von der Zentralregierung zugedacht worden waren, in keiner Weise erfüllt." Ich erinnere mich an einen Besuch des damaligen sowjetischen Botschafters, Herrn Falin, in den 70er Jahren bei der Firma Liebherr. Damals stellte Herr Liebherr ihm die Frage: Wann ist es soweit, daß wir gemeinsam eine Firma gründen können? Antwort von Herrn Falin: Die Zeit ist noch nicht reif; aber sie wird kommen. Er hat recht gehabt.

Im September 1987 haben wir die Firma Kranlod gegründet, eines der ersten Pilotprojekte. Unternehmenszweck war die Produktion von Autokranen in Odessa in der Größenklasse von 40 bis 160 Tonnen. Diese wurden bis dato in der Sowjetunion nicht gebaut, sondern mußten aus dem Ausland eingeführt werden. Das Gründungskapital betrug zwei Millionen Rubel; 40 Prozent zeichnete Liebherr, 60 Prozent der "Januar-Aufstand" als Teilhaber in Odessa. Nach zwei Kapitalerhöhungen beträgt das heutige Kapital 6,5 Millionen Rubel. Eine dritte Kapitalerhöhung wurde von meinem Teilhaber nicht genehmigt, weil er kein Geld hat.

Liebherr hat für circa 10 Millionen D-Mark investiert, neben der Geldeinlage für Maschinen und Know-how. In der Zwischenzeit haben wir 300 sowjetische Mitarbeiter bei uns in Echingen ausgebildet; zur Zeit arbeiten fünf deutsche Mitarbeiter in der Konstruktion, Produktion und im Vertrieb in Odessa. Im Oktober letzten Jahres mußte ich einen Controller nach Odessa schicken, weil wir mit dem dortigen Management nicht einverstanden waren. Aber auch nach mehreren Vorstands- beziehungsweise Aufsichtsratssitzungen war ich nicht in der Lage, das meiner Meinung nach unfähige Direktorium abzuwählen.

Bisher haben wir 140 Autokrane produziert, wobei in der ersten Phase nur die Montage in der Sowjetunion erfolgte. Schrittweise wollten wir dann eine größere Fertigungstiefe erreichen. Von den 140 Maschinen haben wir 60 nach Deutschland zurückgenommen. Dafür wurden wir mit einem 6,2prozentigen Zollsatz belegt, weil die Bundesregierung den Standpunkt vertritt: Aufzurückgeführte Maschinen ist Zoll zu entrichten. Aber die Angelegenheit liegt im Augenblick in Brüssel. Eine befriedigende Antwort auf unseren Antrag, den Zoll auszusetzen, haben wir noch nicht bekommen.

Wir haben auch versucht, unsere Produkte im Export zu verkaufen. Das ist aber leider nicht möglich, da es in der Sowjetunion keine Hermes-Versicherung gibt und solche Investitionsgüter nur gegen eine langfristige Finanzierung in Drittländer verkauft werden können.

Herr Liebherr hat sehr viele Gespräche, auch im Kreml, geführt, um ein Gelände zu kaufen. Bis heute vergeblich. Darauf war unsere Bitte, ob wir nicht ein Gelände pachten könnten, vielleicht auf 99 Jahre Erbpacht. Das ging auch nicht, weil dafür noch die gesetzlichen Grundlagen fehlen. Wir haben uns dann entschlossen, ein Gelände von circa 25 Hektar zu mieten, auf dem wir eine Halle in der Größenordnung von 50000 Quadratmetern bauen wollten. Aber das ist bisher ebensowenig gelungen, weil es an klaren Kompetenzen, Bewertungsgrundsätzen und ähnlichem fehlt. Statt dessen teilte man uns mit, wir sollten zunächst zwei Millionen D-Mark für die medizinische Versorgung des Krankenhauses in Odessa zur Verfügung stellen, dann würden die Chancen, ein Gelände zu bekommen, steigen.

Was die Infrastruktur angeht - Straßen, Wasser, Strom, Telefon und so weiter-, diese Voraussetzungen müssen sowjetischerseits erstellt werden. Herr Christians hat das Thema Kommunikation ausgesprochen. Ich selbst habe einen Kilometer Telefonkabel nach Odessa schaffen lassen, sonst hätte ich kein Telefon, das aber auch nur bedingt funktioniert. Wie soll man einen exportorientierten Betrieb führen, wenn die Kommunikation zwischen Herstellerwerken und Vertriebsleuten nicht gewährleistet ist? Auch innerhalb der Sowjetunion unsere Maschinen zu verkaufen, ist problematisch, weil weder unser technischer Direktor noch unser kaufmännischer Leiter im Lande frei umherreisen dürfen, um die Kunden zu bedienen, sondern für jede Reise ein Visum brauchen.

Der Zahlungsverkehr mit den sowjetischen Banken verläuft äußerst schleppend. Die sowjetischen Kunden leisten nur sehr zögerlich Zahlungen aus Devisenverträgen, wenn überhaupt. Die Jahre 1987 bis 1988 waren für uns insofern günstig, weil da die Betriebe noch über eigene Devisen verfügten, mit denen jene Kranteile bezahlt werden konnten, die wir aus der Bundesrepublik importiert haben. Die übrigen Teile, die in der Sowjetunion gefertigt wurden, haben wir dem Kunden auf Rubelbasis verrechnet.

Des weiteren haben wir versucht, eine möglichst große Fertigungstiefe in der Sowjetunion selbst zu erreichen. Damit waren wir aber nicht sehr erfolgreich. Denn unser sowjetischer Partner war weder in

der Lage, den Dieselmotor zu beschaffen, noch den Stahl oder die Elektrokabel. Die Firma Hydromasch sollte für uns Hydraulikzylinder herstellen. Die technischen Unterlagen dafür, Zeichnungen und so weiter, haben wir kostenlos zur Verfügung gestellt. Selbst nach mehreren Besuchen und Gesprächen, sowohl hier in Moskau als auch in der Bundesrepublik, war die Firma Hydromasch bis zur Stunde weder in der Lage, ein Angebot abzugeben, noch einen Liefertermin zu nennen. Vielmehr erklärte mir der Generaldirektor, er sei nur bereit, die Hydraulikzylinder nach Ehingen, also nach Deutschland zu liefern, und zwar auf Devisenbasis, jedoch nicht an unser gemeinsames Unternehmen nach Odessa auf Rubelbasis. Aber auch das sei nur möglich, wenn wir ihm zuvor kostenlos die Verbindungselemente schicken würden, damit er die Hydraulikzylinder fertigen könne.

Die von Liebherr bis dato eingebrachten Gelder, Maschinen und das Know-how sind im Augenblick durch keine Garantien abgedeckt, da das Investitionsschutzabkommen noch nicht unterschrieben ist. Nun gut, ein Herr Liebherr als Privatunternehmer kann sich das erlauben; der Vorstand einer Aktiengesellschaft könnte es nicht.

Ein weiterer Punkt betrifft die Bilanz, die wir zum 31.12.1990 zu erstellen versuchten. Zu diesem Zwecke hatten wir Inaudit gebeten, uns den geltenden Rubelkurs zu nennen. Darauf wurde uns geantwortet, wir sollten den alten Rubelkurs nehmen. Dagegen haben wir uns gewandt; denn dieser Rubelkurs hätte für uns eine solche Abwertung unserer Bestände bedeutet, daß wir einen Verlust von 23 Millionen Rubel hätten ausweisen müssen. Andererseits sollten wir die Geräte, die wir auf Lager hatten, aufgrund einer neueren Verordnung wieder nach dem neuen Rubelsatz bewerten. Diesen Widerspruch wollten wir mit dem zuständigen Finanzministerium klären. Das war aber nicht möglich; denn dort sagte man uns, unsere Unterlagen seien bereits zum Finanzministerium nach Kiew gegangen. Deshalb könne man uns keine Auskunft erteilen. Als wir daraufhin in Kiew nachfragten, hieß es: Wir haben keinerlei Informationen über gemeinsame Unternehmen. Wir können keine Entscheidung treffen, entscheiden Sie selbst, wie Sie die Bewertung vornehmen wollen. Ich glaube, kaum eine Gesellschaft kann heute in der Sowjetunion eine funktionierende Organisation und eine richtige Bilanz vorweisen.

Ich frage mich inzwischen, ob die sowjetische Seite überhaupt noch an gemeinsamen Unternehmen interessiert ist. Am vergangenen Donnerstag wurden wir vom Generaldirektor unserer Gesellschaft informiert, er werde Visa in Zukunft nur noch ausstellen, wenn es um die Schließung der Gesellschaft gehe.

Ich meine, gemeinsame Unternehmen können nur dann erfolgreich sein, wenn die Möglichkeit besteht, Eigentum an Grund und Boden oder Land auf Erbpacht zu erwerben. Außerdem brauchen wir in jedem Falle einen handlungsfähigen Partner auf sowjetischer Seite. In der Zwischenzeit haben wir zwei Ministerien als Partner verloren. Unser jetziger Partner schuldet uns 6 Millionen Rubel, die wir in die Reparatur beziehungsweise den Neubau der Gebäude, die man uns zur Verfügung gestellt hat, investieren mußten. Aber unser Partner ist zahlungsunfähig. Als die Gesellschaft nicht einmal mehr die Gehälter für die Mitarbeiter bezahlen konnte, hat das Direktorium 100 000 D-Mark aus der Kasse genommen, ist damit an die Börse gegangen, hat dafür 1,5 Millionen Rubel erhalten, mit denen vier Monate lang die Gehälter bezahlt werden konnten.

Meine Frage an die sowjetischen Teilnehmer hier ist: Können Sie mir sagen, wie wir unter solchen Bedingungen eigentlich ein gemeinsames Unternehmen führen sollen? Wir sind bereit weiterzumachen - auch unsere Mitarbeiter in Odessa möchten bei uns bleiben;- , aber nicht mit solchem Management und mit solchen Teilhabern.

## **Falin**

Sehr geehrter Herr Bär. Ich kann mich an meinen damaligen Besuch in Ehingen noch sehr genau erinnern, und das, was ich damals gesehen und gehört habe, hat mich außerordentlich beeindruckt. Deshalb nehme ich Ihre Ausführungen sehr ernst. Beide Partner sollten daraus lernen, damit derartige Fehler in Zukunft vermieden werden können.

Darf ich eine konkrete Bitte an Sie äußern? Mir wäre sehr daran gelegen, von Ihnen einen detaillierten Erfahrungsbericht über die bisherige Zusammenarbeit mit uns zu erhalten. Andere Unternehmer führen ähnliche Klage. Was ich Ihnen hiermit zusage, ist, daß ich Ihren Erfahrungsbericht mit meinen Kommentaren, die ein wenig schärfer ausfallen werden als die Ihren hier, unserem Präsidenten eigenhändig auf den Tisch legen werde. Ein weiteres Exemplar erhält Herr Pawlow, unser Premierminister, und ein drittes geht an den ersten Mann in der Ukraine, weil damit ja auch Kompetenzfragen zwischen den zentralen Behörden und denen der ukrainischen Republik verbunden sind, was eigene Probleme schafft.

Wenn es uns nicht gelingt, derartige Dinge zu korrigieren, werde ich dafür plädieren, solche Versuche überhaupt einzustellen, um beiden Seiten Enttäuschungen zu ersparen und insbesondere diejenigen nicht vor den Kopf zu stoßen, die wir als unsere Partner gewinnen wollen.

### **Melnikow**

Was Herr Bär geschildert hat, ist nicht nur ein Problem von Liebherr oder von Odessa, sondern ein allgemeines Problem der Joint-ventures. Von den circa 3000 Joint-ventures, die bei uns registriert sind, arbeiten nur ungefähr 1000; der Rest existiert nur auf dem Papier. Von den 1000 ist etwa ein Drittel im Produktionssektor tätig; die übrigen sind mit An- und Verkauf beschäftigt, also ein recht ungünstiges Verhältnis.

Das Hauptproblem bereitet die Materialversorgung; denn bis dato ist es nicht gelungen, ein funktionsfähiges System zu finden, das die Joint-ventures in die Lage versetzt, sich in unser Beschaffungssystem der Materialwirtschaft einzupassen, wo von einem Markt noch keine Rede sein kann. Ich muß allerdings ergänzen, daß es inzwischen bereits über 100 Warenbörsen in unserem Land gibt. Es hat sich doch einiges bewegt.

Auf der anderen Seite haben wir einen allgemeinen Produktionsrückgang zu verzeichnen, und die damit verbundenen Schwierigkeiten wirken sich sowohl bei unseren einheimischen Produzenten als auch bei den Joint-ventures negativ aus. Die Metall-, insbesondere die Stahlproduktion ist um einige Millionen Tonnen zurückgegangen, wovon alle Branchen betroffen sind und natürlich auch die Joint-ventures.

Sie erwähnten das Stichwort Ukraine. Ich meine, seitens der Zentrale wird alles unternommen, um die Bemühungen der Republiken, mehr Selbständigkeit und Kompetenz auf diesen Gebieten zu erlangen, zu stärken. Wir führen laufend Lehrgänge für Fachleute aus den Republiken durch, um sie gerade für die Joint-ventures besser zu qualifizieren.

Ich möchte auch unterstreichen, daß die grundsätzlichen Fragen, die die Jointventures betreffen, in dem neuen Gesetz über Auslandsinvestitionen ihren Niederschlag finden werden. Der Gesetzentwurf liegt inzwischen vor. Das ist insofern wichtig, als das Fehlen einer entsprechenden gesetzlichen Grundlage die Entwicklung der Joint-ventures stark behindert hat. Unsere Hoffnung ist, daß die Maßnahmen, die wir jetzt auf rechtlichem und organisatorischem Gebiet unternehmen werden, sich insbesondere bei der Materialwirtschaft positiv für die Joint-ventures auswirken werden.

Einen entscheidenden Faktor stellen jedoch die Produktionskosten dar. Vor kurzem hat mir der Direktor des "Januar-Aufstandes" geschrieben, daß die Kräne, die wir zusammen mit Liebherr produzieren, um 15 bis 18 Prozent teurer sind als die gleichen Kräne, die auf dem sowjetischen Markt von den Japanern angeboten werden. Und der Direktor spricht die Bitte aus, wir sollten die in Frage kommenden Ministerien und Betriebe anweisen, in Zukunft nur noch die Kräne von Liebherr-Januar-Aufstand zu kaufen und nicht mehr von den Japanern. Das hat dann natürlich mit Marktwirtschaft nichts mehr zu tun. Allenfalls bei gleichen Preisen könnte man darüber reden.

Noch einige Worte zum Rubelkurs. Wir haben ja bereits den Inflationsweg beschritten, wie die allgemeinen Preiserhöhungen vom 2. April deutlich gemacht haben. Natürlich wird sich angesichts dieser Entwicklung auch der Rubelkurs verändern.

Das eigentliche Problem ist, daß wir es mit einer Vielzahl von Kursen zu tun haben. Dies ist typisch für Länder, die sich in einer Übergangsphase befinden. Darum kommen auch wir nicht herum, und es hängt davon ab, wofür wir den jeweiligen Kurs benötigen, als offiziellen Wechselkurs, kommerziellen oder Touristenkurs. Ein Problem in diesem Zusammenhang ist, welchen Kurs wir zugrunde legen, um die Deviseneinlagen zu bewerten, die bereits früher in Joint-venture-Anteile eingezahlt wurden. Mit dieser Frage beschäftigen wir uns jetzt ganz intensiv.

### **Belitschenko**

Ich bin stellvertretender Landwirtschafts- und Lebensmittelminister, zuständig für die verarbeitenden Industrien des Agrar-Industriekomplexes.

Ich möchte zunächst unterstreichen, daß es auch aus meiner Sicht keine Alternative zu der derzeitigen Reformpolitik in unserem Lande gibt. Eine andere Frage ist, wie rasch sich der Umgestaltungsprozeß entwickeln wird, und da hängt sicher vieles von den Fortschritten in der Lebensmittelversorgung ab.

Wir haben in unserer bisherigen Reformpolitik zweifellos viele Fehler gemacht. Dazu zähle ich auch den Kampf gegen den Alkoholismus, mit dem wir die ganze Welt in Erstaunen versetzt haben und der

ein Schlag ins Wasser gewesen ist und uns mehr geschadet als genutzt hat. Mit diesem Problem sind wir nicht fertig geworden, und das wird uns auch in der nächsten Zeit nicht gelingen. Jetzt werden wir unsere liebe Not haben, um die Alkoholikproduktion wieder auf Vordermann zu bringen.

Ein weiterer Punkt: Hätten wir den Einbruch bei der Lebensmittelversorgung im vergangenen Jahr vermeiden können? Die Ernte des Vorjahres war recht gut sowohl bei Getreide als auch auf anderen Gebieten. Es gab auch genügend Verarbeitungskapazitäten. In den letzten fünf Jahren wies das Wachstum zwei, drei, bis zu vier Prozent auf. Es war auch ausreichend Geld vorhanden und die Regale zumindest anständig gefüllt. Ich meine, hier haben nicht zuletzt die Politiker versagt, daß es mit der Lebensmittelversorgung im letzten Jahr so schlecht geklappt hat. Zum einen gab es Kompetenz treitigkeiten, Auseinandersetzungen um die Wahrung von Souveränitätsrechten. Zum anderen fehlte es aber auch an Einsicht in die Probleme der Landwirtschaft.

Die Folge war, daß 30 Prozent an Gemüse und Obst nicht geerntet wurden, nicht zuletzt, weil es der Landwirtschaft an der notwendigen Unterstützung fehlte. Deshalb mußten wir trotz der sehr guten Ernte so viel an Lebensmitteln, insbesondere an Getreide importieren. Hinzukommen auch die regionalen Unterschiede: In einigen Republiken gibt es reichlich landwirtschaftliche Erzeugnisse, in anderen herrscht dagegen Mangel. Auf das gesamte Land gesehen überwiegt allerdings der Mangel.

Das Pawlow-Programm bietet auch in dieser Hinsicht einen realistischen Ansatz, damit wir bei der Lebensmittelversorgung aus der Sackgasse herauskommen. Pawlow sagt klipp und klar, was zu tun ist. Dazu gehört die Zusammenarbeit mit ausländischen Staaten und Unternehmen, auf deren Technologie wir angewiesen sind. Die Frage ist, wie wir deren Know-how am besten für uns nutzen können. Die Liebherr-Odyssee ist nicht gerade ein hoffnungsvolles Beispiel. Aber es gibt auch Jointventures, bei denen die Zusammenarbeit recht gut klappt. Weitere ernst zu nehmende Projekte könnten für die Einrichtung unserer Verarbeitungsindustrie eine wichtige Rolle spielen. So wird in Kürze in Kasachstan ein Großkonzern entstehen, der circa 20 Joint-ventures zusammenfaßt, die mit der Verarbeitung von Soja, der Herstellung von Kindernahrung, Sirup, Zigaretten und anderen Produkten befaßt sein werden.

Des weiteren gibt es ein Kooperationsprogramm mit Pepsi-Cola bis zum Jahre 2000. Dabei geht es unter anderem um die Schaffung von Kapazitäten für die Getränkeindustrie bis hin zur Glas- und Druckindustrie, aber auch um den Verkauf von Wodka und um die Modernisierung des Schiffbaus. Ähnliche Verträge gibt es mit der Firma Coca-Cola. Und in der Tabakindustrie - das wird natürlich Herrn Körber interessieren - hoffen wir auf eine Zusammenarbeit unter Einbeziehung der Rüstungsindustrie, um Ersatzteile für Zigarettenmaschinen und Anlagen herzustellen. Außerdem liegt uns ein ernsthaftes Kreditangebot zur Modernisierung unserer Tabakwarenindustrie vor.

Ohne Zweifel ist es für uns wesentlich günstiger, wenn wir mit Ihrer Kapitalhilfe unsere Fertigungskapazitäten modernisieren und ausweiten, statt Nahrungs- und Genußmittel gegen Devisen im Ausland einzukaufen. Aber was sollen wir machen: Wenn heute Zigaretten für circa sieben Millionen Raucher fehlen, die neuen Anlagen aber erst in zwei, drei Jahren fertig sein können, dann sind wir eben gezwungen, die fehlenden Mengen gegen Devisen zu importieren, um den Unmut der Bevölkerung in Grenzen zu halten.

Dennoch bin ich ein Optimist. Denn es gibt tatsächlich Beispiele, wo die Zusammenarbeit funktioniert. Erst vor kurzem ist eine westliche Großkonditorei mit dem Rat der Stadt Moskau übereingekommen, einen Betrieb mit 100 Prozent ausländischer Kapitalbeteiligung zu gründen, der seine Erzeugnisse bei uns im Land für Rubel verkaufen und den erwirtschafteten Rubelüberschuß in die Modernisierung unserer Süßwarenindustrie investieren wird. Ich habe den Präsidenten des westlichen Unternehmens gefragt: "Was haben Sie denn davon? Niemand weiß, wann der Rubel konvertierbar sein wird." Seine Antwort war: "Ich bin fest davon überzeugt, daß der Rubel irgendwann konvertierbar sein wird. Bis dahin habe ich auf Ihrem Markt Fuß gefaßt."

Ein letztes Wort zu der gemeinsamen Erklärung der neun Republiken. Es handelt sich dabei um jene Republiken, die über die Hauptwirtschaftskraft in der Industrie und der Landwirtschaft verfügen und die ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit bei der Realisierung des Anti-Krisenprogramms bekundet haben. Das bestärkt mich noch mehr in meinem Optimismus.

## **Karte**

Wir diskutieren hier über die Möglichkeit, die Marktwirtschaft in der Sowjetunion einzuführen. Dabei ist in der Tat richtig, was hier schon gesagt wurde, daß dieses Land seinen eigenen individuellen Weg zu diesem Wirtschaftssystem finden muß und nicht irgendein Modell übernehmen kann. Denn die Marktwirtschaft hat ja auch bei uns im Westen ganz unterschiedliche Gesichter, ob wir uns Frankreich,

Deutschland, die USA, Großbritannien oder die skandinavischen Länder ansehen. Das heißt, die Marktwirtschaft ist ein offenes System, das regionalen und auch kulturellen Besonderheiten Rechnung tragen kann.

Wie sah denn seinerzeit die Einführung der Marktwirtschaft in der Bundesrepublik aus? Zunächst, wir hatten das ungeheure Glück, in Ludwig Erhard eine Persönlichkeit zu haben, die geradezu die Marktwirtschaft verkörperte. So einer fehlt Ihnen hier; selbst wir könnten ihn inzwischen in Deutschland wieder sehr gut gebrauchen. Und auch ein Erhard hat damals fünf Jahre gekämpft, von 1948 bis 1953, bis die Mehrheit der Deutschen die Marktwirtschaft akzeptiert hatte. Im Herbst 1948 erhielt Erhard gerade 11 Prozent Zustimmung, wie damalige demoskopische Umfragen belegen, während 74 Prozent der Deutschen Erhard für einen schlechten Wirtschaftsminister hielten - wegen der Marktwirtschaft.

Was ich unseren sowjetischen Freunden damit sagen will, ist: Um ein marktwirtschaftliches System zu etablieren, müssen Sie einen langen Atem haben. Im übrigen bedeutet Marktwirtschaft nicht, daß nun gleich alle Industrien entstaatlicht werden müssen. Schließlich haben wir auch in Deutschland immer noch staatliche Unternehmen, genauso wie es bei uns Bereiche gibt, die vom Staat reguliert werden wie Post, Verkehr, auch die Landwirtschaft ebenso wie die gesamte Energieversorgung. Das steht der Marktwirtschaft nicht entgegen.

Worauf es allerdings ankommt, um eine Marktwirtschaft in Gang zu bringen, ist das, was ich eine "kritische Masse" an selbständigen Unternehmen nenne. Natürlich müssen auch Unternehmen aus der staatlichen Zucht entlassen und auf irgendeine Weise privatisiert werden. Das heißt, man braucht ein Management, das nach marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten arbeitet. Aber es reicht nicht aus, die großen Kombinate nur zu privatisieren. Denn Marktwirtschaft setzt unabdingbar Wettbewerb voraus, der neben stabilem Geld und freien Preisen zu den Essentials eines marktwirtschaftlichen Systems gehört. Wenn Sie statt heute staatliche, morgen nur private Monopolisten hätten, würde das nicht viel bringen.

Wie kann man für Wettbewerb sorgen? Am einfachsten natürlich, wenn Sie sofort die Grenzen für ausländische Waren öffnen. Das haben wir jetzt in den fünf neuen Bundesländern gemacht.

Am Tage nach der Öffnung der Grenzen war es mit der Monopolstellung der großen Kombinate in Ostdeutschland vorbei; und die Konkurrenz der westlichen Waren wirkte sich dahingehend aus, daß viele Kombinate schon nach wenigen Wochen zu Boden gingen. Insofern kann man Ihnen nicht empfehlen, die Grenzen sofort zu öffnen. Aber Sie sollten zunächst wenigstens im Inneren der Sowjetunion dafür sorgen, daß die Kombinate Konkurrenz bekommen. Konkurrenz ist wirklich das einzige Mittel, Leistung hervorzubringen.

Wenn ich von langem Atem sprach, dann gehört dazu insbesondere auch die Etablierung jener privaten Rechtsordnung, auf die sich die Marktwirtschaft abstützt, und der alltägliche Umgang damit. Das lernt man nicht von heute auf morgen, auch in den neuen Bundesländern nicht, wo 40 Jahre Kommandowirtschaft das Denken der Menschen völlig verändert haben. Um wieviel schwieriger noch wird dieser Prozeß in der Sowjetunion sein, wo man nicht an alte Traditionen in dieser Hinsicht anknüpfen kann. Sie brauchen also auf Sicht ein Bürgerliches Gesetzbuch, ein Handelsgesetzbuch, eine Konkursordnung, eine Aufgabe, die Jahre in Anspruch nehmen wird.

Wie steht es deshalb mit Sofortmaßnahmen - denn so lange können Sie ja nicht abwarten. Einiges muß gleich getan werden. Wichtig wäre vor allem, die Kräfte der privaten Individuen freizusetzen, von denen Herr Wladislawlew gesagt hat, daß es sie in der Sowjetunion gibt, Männer und Frauen, die bereit sind, hart zu arbeiten und sich selbst zu verwirklichen. Sie müssen diesen Leuten auch erlauben, Eigentum zu erwerben, damit sie sehen, wofür sie arbeiten. Anders werden Sie nicht weiterkommen.

Eine letzte Bemerkung. Ich berate auch die Regierungen in Polen und in der Tschechoslowakei; neuerdings erhalte ich Anfragen aus Kasachstan und aus Estland. In diesen Gesprächen über Marktwirtschaft werde ich immer wieder mit der Absicht konfrontiert, ein Kartellgesetz, also ein Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen, zu machen. Ich plädiere dann dafür, daß man zunächst einmal die Preise freilassen sollte. Ein Kartellgesetz hat Zeit, bis sich die ersten Kartelle tatsächlich abzeichnen. Aber diese Länder wollen das sofort haben. Die Polen und die Tschechen praktizieren es bereits. Von den Esten liegt mir ein sehr guter Entwurf vor. In der Tat ist das Kartellgesetz ein Grundpfeiler der Marktwirtschaftsordnung; auch der Staat muß sich an die dort festgelegten Grundsätze halten. Das Kartellrecht formuliert, indem es die Wettbewerbsbeschränkungen definiert, indirekt auch das Marktwirtschaftsprogramm eines Landes.



## Aksilenko

Ich möchte mich zu einem speziellen Thema äußern, nämlich zu den sogenannten freien Wirtschaftszonen. Im Juli vorigen Jahres hat der Oberste Sowjet der Russischen Föderation eine Deklaration verabschiedet, nach der solche freien Unternehmenszonen in verschiedenen Gebieten gegründet werden sollen. So zum Beispiel im Raum von Leningrad, Viborga, Kaliningrad, auf der Insel Sachalin, im Tschita-Gebiet, aber auch im Fernen Osten. Im September 1990 kamen weitere Gebiete in der Altai-Region, im Raum von Kemerowo, Nowgorod und andere hinzu.

An den Ausführungen von Herrn Bär ist deutlich geworden, daß die Beziehungen zu den regionalen und lokalen Verwaltungsorganen von entscheidender Bedeutung für Erfolg oder Mißerfolg eines Joint-ventures sind. Ich bin sicher, daß dort, wo jetzt solche freien Wirtschaftszonen geplant sind, die lokalen Verwaltungen eher bereit sein werden, den ausländischen Kapitalanbietern entgegenzukommen, als das in anderen Gebieten der Fall ist.

Da ich gegenwärtig die regionalen Verwaltungsorgane im Kemerowo-Gebiet in Fragen der Außenwirtschaftsbeziehungen berate, kenne ich mich mit den Verhältnissen dort gut aus und möchte Ihnen dazu einige Informationen geben. Das Gebiet wird jetzt auch als "Wirtschaftszone Kuzbass" bezeichnet. In diesem Gebiet gibt es nicht nur reiche Bodenschätze, sondern dort ist auch die Industrie am weitesten entwickelt in ganz Sibirien. Ich sehe da jedenfalls große Investitionsmöglichkeiten für unsere westlichen Partner, speziell aus der Bundesrepublik.

Das Gebiet von Kuzbass hat eine Bevölkerung von ungefähr drei Millionen Menschen, die auf einer Gesamtfläche von 95.000 Quadratkilometern leben. Dort werden jährlich gefördert beziehungsweise produziert: 150 bis 160 Millionen Tonnen Steinkohle, über 60 Millionen Tonnen Koks, 4 bis 5 Millionen Tonnen Eisenerz, über 10 Millionen Tonnen Gußeisen, 12 Millionen Tonnen Stahl, 200.000 Tonnen Aluminium, 10.000 Tonnen Zink, fast 300.000 Tonnen synthetische Harze und Plastik, fast 5 Millionen Tonnen Zement, über 1 Million Tonnen Ammoniak, 125.000 Tonnen chemische Produkte, über 1 Million Kubikmeter Holzmaterialien. Das Gebiet verfügt auch über reiche Energiekapazitäten. So werden dort jährlich an die 26 Milliarden Kilowattstunden Elektrizität erzeugt.

Nicht von ungefähr bezeichnen die dortigen Einwohner dieses Territorium als das Herz Eurasiens; denn es liegt geographisch etwa gleichweit entfernt von Wladiwostok, Japan, Korea im Osten, von Singapur, Indien im Süden und von Westeuropa im Westen.

Trotz des vorgenannten Reichtums an Rohstoffen ist dieses Gebiet jetzt in eine ernste soziale und wirtschaftliche Krise geraten. Die Ursache liegt nicht zuletzt darin, daß diese Region lange Zeit die Versorgungsbasis für das Zentrum darstellte und in dieser Hinsicht von den Machthabern in Moskau skrupellos ausgebeutet wurde.

Von den gesamten Investitionen in Höhe von über zwei Milliarden Rubel im Jahr entfällt etwa die Hälfte auf die Kohleindustrie und die Eisenmetallurgie, während auf die verarbeitende Industrie nur sage und schreibe 1,5 Prozent abfallen. 1989 belief sich die Produktion von Massenkonsumgütern auf 2,2 Milliarden Rubel, weniger als 700 Rubel pro Kopf; die Industrieerzeugnisse erreichten über 11 Milliarden Rubel. Die Einkünfte der Bevölkerung beliefen sich auf 7 Milliarden Rubel. Das heißt, die dortige Konsumgüterproduktion macht nicht einmal ein Drittel der vorhandenen Einkommen aus. Kein Wunder also, wenn es zu Versorgungsengpässen und sonstigen Mangelerscheinungen kommt. Ich erwähne nur noch die Anzahl der unfertigen Bauten, die im Kuzbass wegen des Einflusses der Zentrale höher als in anderen Landesteilen ist.

Ich brauche nicht zu betonen, wie sehr wir uns freuen würden, wenn sich ausländische Investoren für dieses Gebiet, das über so großartige Möglichkeiten verfügt, interessieren würden.

## Dahrendorf

Es ist sicher in unser aller Interesse, etwas über erfolgreiche Entwicklungen in bestimmten Bereichen zu hören, und ich denke, Sie haben uns eine hinlängliche Vorstellung davon gegeben, was im Kuzbass geschieht.

Mir liegt jetzt daran, daß wir uns in den letzten anderthalb Stunden noch ein wenig mit den politischen Rahmenbedingungen einer erfolgreichen Weiterführung des Prozesses der Perestroikabeschäftigen. Diese Rahmenbedingungen sind zum Teil im Lande selbst gegeben, zum Teil betreffen sie aber auch europäische und internationale Voraussetzungen.

## Senghaas

Mir scheint, daß es in unserer Diskussion unterschiedliche Bezugspunkte gibt. So geht eine Reihe von Teilnehmern wie selbstverständlich davon aus, daß in der Sowjetunion noch ein intaktes Zentrum besteht, und wenn in diesem Zentrum Entscheidungen getroffen werden - wie beispielsweise die Vereinbarung Neun-plus-Eins;-, diese dann auch tatsächlich in die praktische Politik vor Ort übersetzt werden. In anderen Beiträgen dagegen ist man gegenüber diesem alten Modell offenbar eher skeptisch und bezweifelt, daß Entscheidungen, die oben auf der Unionsebene in Moskau getroffen werden, unten in den Republiken und ihren Untergliederungen noch ankommen. Hierbei ist dann von Dezentralisierung die Rede, und man meint damit, daß den Republiken oder den Teilrepubliken als quasi autonomen Bereichen eine viel größere Bedeutung zukommen sollte oder heute sogar schon zukommt, ohne daß das von außen im einzelnen bereits angemessen wahrgenommen würde.

Als wir hier vor einem halben Jahr diskutierten, ging es vornehmlich um eine "Optimierung der Perestrojka", keineswegs um "Ende oder Wende". Ich meine, in diesen sechs Monaten haben sich doch gravierende Veränderungen in diesem Land vollzogen: Das Zentrum erläßt zwar nach wie vor laufend Dekrete, die aber auf Republikebene gar nicht mehr recht aufgenommen werden, so daß es den Anschein hat, als werde die Zentralmacht Sowjetunion mehr und mehr zu einer Fiktion.

Die Frage ist nun: Was sind die Optionen? Erstens: Niemand hat hier die These vertreten, es gebe eine Rückkehr zum alten System, obwohl der Hinweis von Herrn Falin und anderen auf 1917 auch so etwas implizieren könnte.

Zweitens: Herr Lebahn sprach von einer Novostrojka. Die wesentlichen Elemente, die für eine solche Neugestaltung erforderlich sind, wurden bereits erwähnt: Rechtliche Grundlagen, Infrastruktur, Ausbildung, Entflechtung der Industrie, Aktivierung der Landwirtschaft, Aufbau von Beratungsdiensten, Auslandsinvestitionen, Technologietransfer. Das alles ist, wie Herr Dahrendorf sagte, ungeheuer komplex und deshalb auch relativ unwahrscheinlich, so daß es sich so wohl nicht entwickeln wird.

Eine dritte Option könnte darin bestehen, daß es so weitergeht wie im Augenblick, das heißt ein Prozeß des Dahinsiechens, des allmählichen Verfalls, dazwischen mit Regenerationsschüben, aber ohne eigentliche Durchbrüche. Herr Vogel charakterisierte die Situation mit dem Stichwort Anomie. Das würde der geschichtlichen Erfahrung entsprechen, daß nämlich alle Großreiche von der Größenordnung der Sowjetunion einem allmählichen Verfall, einem Dahinsiechen ausgesetzt waren. Man hat gelegentlich auch von der Gefahr einer "Osmanisierung" der Sowjetunion gesprochen, also von einem langandauernden Verfall, bei dem die produktive Basis der Gesellschaft und Ökonomie stagniert, es aber immerhin noch eine relativ intakte Großbürokratie, Sicherheitsapparate und vor allem eine Hochrüstung gibt. Diese Option liegt durchaus im Bereich wahrscheinlicher Entwicklung.

Die vierte Option wäre eine Dezentralisierung oder - zugespitzt gesagt - eine Auflösung der Sowjetunion, und zwar aus politischen, insbesondere aber aus ökonomischen und entwicklungspolitischen Gründen. Es wird häufig eingewandt, die Größenordnung der dann entstehenden Einzelstaaten spreche dagegen.

Nun, angenommen die Sowjetunion würde sich auflösen, dann bliebe ein Rußland, das mit 150 Millionen Menschen fast doppelt so groß wäre wie der größte Staat im übrigen Europa, das heutige Deutschland - vom Gebietsumfang ganz zu schweigen. Es würde die Ukraine mit 50 Millionen Menschen folgen; und Weißrußland hätte etwa 10 bis 12 Millionen Einwohner. Hinzu käme dann noch eine Reihe von sogenannten Kleinstaaten, von denen es immer heißt, daß sie nicht lebensfähig sind. Ich halte das aber für ein altes Vorurteil.

Man braucht sich ja das heutige Europa nur anzusehen, um festzustellen, daß Kleinstaaten sehr wohl lebensfähig sind. Und manche dieser Kleinstaaten - nehmen Sie zum Beispiel Finnland, das große Entwicklungsdurchbrüche in diesem Jahrhundert erlebt hat - haben in gewisser Hinsicht ihre Gesellschaften, ihre Ökonomie und ihre Politik besser in Ordnung als manche Großstaaten auf dieser Welt. Ein Grund liegt darin, daß Kleinstaaten ständig zur Innovation gezwungen sind, um auf dem Weltmarkt überleben zu können.

Für eine Perspektive der Auflösung spricht, daß Entwicklungsprozesse, wie wir sie hier diskutieren, geschichtlich gesehen immer in begrenzten Entwicklungsregionen begonnen haben, so in Oberitalien, in Katalonien, im Ruhrgebiet und so weiter und von dort auf andere Regionen austrahlten. Ich meine, auch in der Sowjetunion muß man die Vorstellung aufgeben, es könne so etwas wie einen flächendeckenden Entwicklungsdurchbruch geben, der dann alle Teile der Sowjetunion gleichermaßen und gleich tief erfaßt. Das wird es nicht geben. Wenn es tatsächlich zu einer tendenziellen Auflösung der Sowjetunion kommen sollte, kann ich mir Entwicklungsdurchbrüche in

einzelnen Regionen, auch in Teilen der dann immer noch sehr großen russischen Republik, viel besser vorstellen als unter den heutigen politischen Rahmenbedingungen der gesamten Union.

Ich füge hinzu: Wenn es zu einer solchen Entwicklung in der Sowjetunion kommt, wäre es unbedingt erforderlich, daß dieser Prozeß von bestimmten, auf gesamteuropäische Entwicklungen ausgerichteten Maßnahmen begleitet wird, beispielsweise durch die Zuordnung der neuen Staaten auf die KSZE und den Europarat, möglicherweise sogar auf eine sich ausweitende NATO. Diese neuen Staaten, diese neuen Republiken müßten also auf einer gesamteuropäischen Ebene institutionell aufgefangen werden. Denn ein Rückfall in eine "sicherheitspolitische Anarchie" darf auf keinen Fall eintreten. Vielmehr müssen diese Staaten sofort auf einer gesamteuropäischen Ebene eingebunden werden in das, was sich jetzt in Europa ohnehin als Geflecht von gesamteuropäischen Institutionen abzeichnet.

### **Dahrendorf**

Herr Senghaas erinnert uns an Paul Kennedy; nur daß der vom Zerfall des amerikanischen Weltreiches gesprochen hat.

### **Heimsoeth**

Was die politischen Rahmenbedingungen angeht, halte ich den Ausgang des Machtkampfes in der Sowjetunion zwischen der Zentrale und den Republiken für einen grundsätzlichen Faktor für die Zukunft dieses Landes. Zur Zeit sind die tatsächlichen Machtstrukturen von außen schwer einzuschätzen, und es ist häufig unklar, in welchen Bereichen man es mit wem zu tun hat. Von daher ist es für uns auch schwierig zu entscheiden, ob wir uns wie bisher vornehmlich an die Zentrale halten oder uns, wie Herr Schenajew meinte, stärker den Republiken zuwenden sollten.

Bisher fehlen aber noch die institutionellen Voraussetzungen, um den Streit über die Macht- und Kompetenzverteilung in den unterschiedlichen Bereichen zu regeln. Eine klare Aufteilung der Kompetenzen zwischen Union und Republiken ist jedoch eine wichtige Vorbedingung für unterstützende Maßnahmen von unserer Seite für die Perestroikaim wirtschaftlichen und ebenso im politischen Bereich. Voraussetzung ist natürlich auch, daß der Veränderungsprozeß in der Sowjetunion weiterhin in evolutionären Bahnen verläuft.

Die Möglichkeiten der Bundesrepublik, zum wirtschaftlichen Um- und Aufbau der Sowjetunion beizutragen, halte ich zur Zeit allerdings für begrenzt. Der staatliche finanzielle Beitrag kann nicht weiter ausgedehnt werden. Um die Privatindustrie zu animieren, müssen zunächst die Rahmenbedingungen der UdSSR verbessert werden. Es ist nicht damit getan, wie ich kürzlich in einem Interview von Alexander Jakowlew las, den deutschen Unternehmen zu empfehlen, sie müßten mehr Risikobereitschaft zeigen. Herr Bär hat ja die Schwierigkeiten, denen sich die Unternehmen in der Sowjetunion gegenübersehen, eingehend dargelegt. Unterstützung für die Perestroikahat langfristig vor allem dann Sinn, wenn sich die westlichen Staaten gemeinschaftlich darum bemühen.

Auf unserer Seite sollten wir die Erwartungen etwas herunterschrauben und nicht mit einer sofortigen großen Wende in der Sowjetunion rechnen. Der Weg zur Marktwirtschaft wird wohl nur in kleinen Schritten vor sich gehen.

Wichtig bleibt, daß wir klar erkennen können, in welche Richtung die Sowjetunion zukünftig außen- und wirtschaftspolitisch steuern will. Dabei sind nicht Etikette entscheidend. Niemand erwartet die unmittelbare Einführung der Marktwirtschaft, die zudem im Westen nicht einheitlich ist. Erkennbar sollte jedoch sein, daß marktwirtschaftliche Elemente Zug um Zug eingeführt werden und diese Politik von Dauer ist. Nur, wenn die Kernbereiche der Wirtschaftspolitik klar sind und ausreichend Unterstützung in der Union und in den Republiken finden, kann die westliche Bereitschaft zur Mitarbeit voll aktiviert werden.

### **Bogomolow**

Obwohl die Menschen zur Zeit mehr damit zu tun haben, wie sie ihre Familien ernähren können - einige Lebensmittel, zum Beispiel Milch, sind so gut wie nicht zu kaufen;- , kommt den politischen Fragen natürlich große Bedeutung zu, und die politischen Kräfte bei uns wissen keineswegs, was zu tun ist angesichts des fortschreitenden Verfalls unseres Staates und unserer Gesellschaft. Auch unser Präsident und die Regierung haben keine klare Antwort auf die Frage - genausowenig wie die demokratischen und die radikalen Kräfte-, wie die gegenwärtigen Schwierigkeiten zu überwinden sind.

Wo liegen die Ursachen für die anhaltende Krise unserer Gesellschaft? Da ist zum einen die schwere Erblast aus der Vergangenheit, die nicht von heute auf morgen zu beseitigen ist. Hinzu kamen in den

letzten Jahren eine Reihe unvorhersehbarer Katastrophenfälle. Ich denke nur an das Reaktorunglück von Tschernobyl, an das Erdbeben in Armenien und auch an den Verfall der Erdölpreise.

Dennoch bin ich der Meinung, daß die eigentlichen Probleme durch eine fehlerhafte Politik hervorgerufen und verschärft wurden. Gorbatschow und die Partei wollten mit Hilfe der Perestroikadie bestehende Gesellschaft verbessern, ohne die bisher geltenden Grundprinzipien anzutasten. Ich meine die führende Rolle der Kommunistischen Partei, die Vorherrschaft des Staateigentums, das Monopol des Marxismus-Leninismus. Hinzu kamen Angst und Lüge als Instrumente der politischen Herrschaft. Diese Prinzipien der alten Gesellschaft blieben unberührt.

Nach den Ereignissen in den osteuropäischen Staaten wurde aber immer deutlicher, daß wir an dem alten System nicht länger festhalten können, sondern eine neue Gesellschaft bauen müssen. Deshalb stimme ich Herrn Lebahn zu: Was wir brauchen, ist nicht mehr nur eine Perestrojka, einen Umbau, sondern eine Novostrojka, einen Neubau unserer Gesellschaft. Diese Notwendigkeit haben Gorbatschow und die Parteiführung bisher nicht erkannt. Das ist ein großes Hindernis auf unserem Weg nach vorne.

Gorbatschow hat sich mehrfach zu den sozialistischen Prinzipien und der kommunistischen Perspektive bekannt. Das heißt, er setzt immer noch darauf, das bestehende System zu vervollkommen, aber es nicht abzuschaffen. Das hat aber entscheidende Konsequenzen. Denn wir müssen uns darüber im klaren sein, welche Gesellschaft wir eigentlich in Zukunft haben wollen.

Zweifellos hat unsere politische Führung viele schwerwiegende Fehler gemacht. Dazu gehört etwa der Versuch, die Einheit des Staates mit Gewalt aufrechtzuerhalten. Das neue politische Denken, das wir propagiert haben, hat sozusagen zwei verschiedene Gesichter. Gegenüber dem Ausland rufen wir zu Dialog und Kompromissen auf, während wir die Probleme innerhalb des Landes mit Gewalt lösen wollen. Diese Widersprüche lassen sich auf die Dauer nicht aufrechterhalten.

Unsere Regierung und der Präsident haben immer wieder betont, die gegenwärtigen Schwierigkeiten seien wesentlich darauf zurückzuführen, daß wir das bisherige Kommandosystem zerstört haben, ohne daß es schon gelungen wäre, die neue Marktwirtschaft einzuführen. Das trifft aber nur zum Teil zu; denn die alte Kommandowirtschaft wurde zwar geschwächt, aber nicht gänzlich abgeschafft, und im politischen Bereich sind das Kommandosystem und der bürokratische Apparat nach wie vor sehr stark, auch wenn sie die Gesellschaft nicht mehr so gut wie früher kontrollieren können. Die Industrie jedenfalls haben sie noch weitgehend unter Kontrolle.

Was wir indes zerstört haben, ist eine gewisse Geldwertstabilität. Damit besteht für die Menschen kein Anreiz mehr, hart zu arbeiten, und die Unternehmen haben kein Interesse daran, ihre Waren zu verkaufen; sie suchen nach Tauschgeschäften. Hier sehe ich eine der Ursachen für die Schwierigkeiten, mit denen wir es heute zu tun haben.

## **Fels**

Ich erinnere mich an eine Diskussion vor zwei Jahren in Madrid, bei der wir die deutsche Wirtschaftsreform von 1948 erörterten. Dabei meinte Herr Bogomolow, Gorbatschow habe nicht die Macht, das zu tun, was Erhard 1948 tun konnte.

## **Bogomolow**

Wir haben keine amerikanischen Truppen in unserem Land, wie das bei Ihnen damals der Fall war.

## **Fels**

Ich wollte das nicht so deutlich sagen. Es ist ja auch nicht zu wünschen, daß sich hier wieder ein autoritäres Regime etabliert, das dann die Marktwirtschaft einführt, zumal es keineswegs sicher wäre, daß ein solches Regime wirklich die Marktwirtschaft einführt und nicht irgendwelchen Unfug macht, wie das Diktaturen in der Regel tun.

Die Frage ist indes, ob sich irgendein Druck auch auf eine souveräne Regierung ausüben läßt. Wie funktioniert das im Westen? Nun, die sogenannten souveränen Regierungen des Westens haben inzwischen viele wirtschaftspolitische Kompetenzen an multi- oder supranationale Organisationen abgetreten. Die freie Weltwirtschaft ist nicht denkbar ohne Einrichtungen wie das GATT oder den Internationalen Währungsfonds. Und es gibt viele Beispiele, wo diese Institutionen auf Regierungen der Mitgliedsländer heilsam eingewirkt haben.

Das letzte Beispiel dieser Art liefert Mexiko, ein Land mit der jüngsten Erfolgsstory in Lateinamerika. Gelungen ist das über Entschuldungsverhandlungen mit den Banken und unter Einschaltung des

Internationalen Währungsfonds, der Mexiko wirtschaftspolitische Auflagen gemacht hat. Eine Erfolgsstory ist auch Spanien seit 1985, als man einen Kurswechsel in Richtung Marktwirtschaft vornahm, primär unter dem Einfluß der Europäischen Gemeinschaft, der Spanien beigetreten war.

Hier sehe ich einen Weg auch für die Sowjetunion, die sich um Mitgliedschaft im Internationalen Währungsfonds, im GATT und anderswo bemühen sollte. Ich weiß natürlich, daß die Amerikaner bisher strikt dagegen sind und argumentieren, die Sowjetunion wolle die Statuten nicht respektieren. Ich meine aber, daß sich ein Kompromiß finden lassen wird, der die Aufnahme der Sowjetunion in die genannten internationalen Organisationen ermöglicht.

Ein Land wie die Sowjetunion mit seiner stark monopolisierten Wirtschaftsstruktur wird es intern sehr schwer haben, Wettbewerbsmärkte herzustellen, etwa durch Entflechtung der großen Kombinate. Das dürfte ein sehr langer Weg sein, und da könnten die Außeneinflüsse hilfreich sein, um den Wettbewerb zu stimulieren. Dazu gehört dann auch die Zielsetzung der Konvertibilität. Dieses Ziel muß nicht sofort erreicht werden. Wir haben in der Bundesrepublik auch 10 Jahre gebraucht, bis 1958, bevor wir die volle Konvertibilität hergestellt hatten.

Die Polen haben meiner Ansicht nach einen gangbaren Weg gefunden, ihre Außenwirtschaft zu liberalisieren und damit Wettbewerb zu ermöglichen, um die Preise im Inland in Schach zu halten. Sie haben eine Teilkonvertibilität hergestellt, und zwar in Kooperation mit dem Internationalen Währungsfonds, der dann auch entsprechende Devisenkredite bereitgestellt hat, die bisher noch nicht einmal in Anspruch genommen zu werden brauchten. Solche Wege sollte auch die hiesige Regierung überlegen; das würde vieles erleichtern.

Wir erleben auch bei uns immer wieder, daß demokratische Regierungen im Grunde dankbar sind, wenn von außen ein gewisser Druck auf sie ausgeübt wird. Sie wissen, daß die Deutsche Bundesbank im Augenblick in Frankreich sehr heftig kritisiert wird. Die französische Regierung nimmt den Stabilitätsimport stillschweigend mit, macht aber die Bundesbank für ihre übrigen Probleme verantwortlich.

Das gleiche sehen wir übrigens auch auf Unternehmensebene, wenn es um Umstrukturierungsmaßnahmen geht. Dann engagiert man Unternehmensberater wie McKinsey oder Boston Consulting und läßt sich ein Gutachten erstellen. Wenn dann Arbeitsplätze abgebaut werden müssen, kann die Unternehmensleitung immer auf die Berater verweisen. Auf diese Weise erreicht man gewissermaßen von außen eine Disziplinierung.

Ebenso verhält es sich im europäischen Binnenmarkt. Da werden die unangenehmen Dinge in Brüssel entschieden. Das deutsche Reinheitsgebot beim Bier mußte der Europäische Gerichtshof beseitigen, der in dieser Woche auch entschieden hat, daß das Vermittlungsmonopol der Bundesanstalt für Arbeit gegen die EG-Verträge verstößt. Das hätte man in Deutschland nur sehr schwer erledigen können. Aber wenn die höhere Instanz sagt, das muß geändert werden, beugt man sich.

Auch das GATT stellt sozusagen eine Verschwörung der Regierungen gegen die Interessengruppen im Inland dar. Die Regierungen sind weniger erpreßbar, wenn sie auf internationale Vereinbarungen verweisen können, die bestimmte Formen des Protektionismus untersagen. Das ist eine eigene Ratio, die durch die internationalen Institutionen ausgeübt wird. Wenn die Sowjetunion sich in diese Gemeinschaft einfügt, würde sie sicherlich viele interne Reformschritte eher durchsetzen können.

## **Christians**

Ich knüpfe direkt an Herrn Fels an, der schon in seinem ersten Beitrag darauf hingewiesen hat, daß es ohne einen gewissen Disziplinierungszwang nicht geht - in verschiedener Form institutionalisiert, parlamentarisch kontrolliert und auch im Wettbewerb der Staaten miteinander korrigiert.

Ich möchte in dem Zusammenhang noch etwas zum Thema Konvertibilität der Währung sagen. Wir haben bereits über den transferablen Rubel gesprochen, der natürlich in unserem Sinne keine wirklich konvertible Währung darstellte. Das war ein Binnenmarkt, ein closed shop, von der Mongolei bis Kuba, der nach der kommandowirtschaftlichen Struktur in diesen Ländern funktionierte. Seit dem 1. Januar 1991 wird jetzt in Hartwährungen abgerechnet, das heißt, diese Länder sind nunmehr dem freien Wettbewerb ausgesetzt. Das kann natürlich nicht von heute auf morgen funktionieren.

Für die Weltwirtschaft insgesamt ist es sicher ein Vorteil, daß der Transferable-Rubel-Raum sich endlich aufgelöst und allgemeinen Richtlinien, die sich bewährt haben, 'unterworfen ist. Im Endeffekt wird auch die Sowjetunion davon profitieren, vor allem wenn sie ihre Exportmöglichkeiten im Primärenergiebereich ausnutzt. Dafür bekommt sie dann Hartwährung und hat die Möglichkeit, andere wichtige Güter einzuführen.

Ich kenne natürlich die jahrelangen Diskussionen hier, schon vor Gorbatschow, in denen gefordert wurde, die Ausfuhr von Rohstoffen zu unterbinden und die Primärenergie, "unser Enkelgut", wie es immer hieß, nicht an den Westen zu verkaufen. Aber welche anderen Exportgüter kann die Sowjetunion heute auf den Weltmärkten mit Erfolg anbieten?

Was den Wert einer Währung ausmacht, ist schwer zu vermitteln, wenn man es nicht selbst erfahren hat. In Deutschland haben wir in einer Generation zwei Inflationen mit allen schädlichen Folgen erlebt, mit einer Zerstörung von sozialen und wirtschaftlichen Existenzen größten Ausmaßes. Von daher ist bei uns eine Sensibilität vorhanden, die keine Regierung ignorieren kann, wie sich gerade wieder zeigt.

Stabilität und Währung sind bei uns synonyme Begriffe und ein großer nationaler Aktivposten, der uns auch helfen wird, die Probleme in den neuen Bundesländern zu bewältigen. Die Deutsche Bundesbank verteidigt energisch die Stabilität, durchaus ein Ärgernis für andere, wie Herr Fels gerade sagte. Ich selbst habe das Mitte der 70er Jahre nach der Ölpreisexplosion auf vielen Konferenzen erfahren, beim IWF, bei der Weltbank, wo man uns vorwarf, wir seien so empfindlich. Vor allem in Frankreich und in Italien war man der Meinung, wir könnten ruhig ein bißchen Inflation in Kauf nehmen, dann wären die Wirtschaftsprobleme leichter zu bewältigen. Das hat Ende der 70er Jahre insbesondere in Frankreich zu immer neuen Abwertungen geführt, weil man glaubte, damit der eigenen Industrie einen Gefallen tun zu können. Allmählich hat man aber gelernt, daß Inflation nicht weiterhilft.

Als Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Banken war ich 1979 an der Diskussion um den Ecu beteiligt. Damit wollten Giscard d'Estaing und Helmut Schmidt ein neues Instrument für Europa schaffen. Die Deutsche Bundesbank und die ganze Professorenschaft waren damals dagegen und vertraten die sogenannte Krönungstheorie. Danach muß erst einmal eine gewisse Konvergenz zwischen den Teilnehmerstaaten in wichtigen Fragen der Wirtschafts- und Währungspolitik vorhanden sein, bevor, gewissermaßen als Krönung des Ganzen, eine gemeinsame Währung in Szene gesetzt werden kann.

Helmut Schmidt und Giscard d'Estaing haben genau umgekehrt argumentiert: Wenn wir so vorgehen, warten wir bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag. Wir müssen am Anfang eine politische Forderung aufstellen und ein Ziel formulieren und dann sehen, wie wir dieses Ziel erreichen. Nun, das Ziel, das 1979 anvisiert wurde, ist so nicht verwirklicht worden. Aber mit dem Ecu haben wir in den schwierigen 80er Jahren ein viel ausgeglicheneres Verhältnis der beteiligten Währungen erreicht, als es ohne ein solches Instrument der Fall gewesen wäre.

Die Einführung einer einheitlichen europäischen Währung, die jetzt angestrebt wird, braucht sicher noch ihre Zeit. Ich rechne damit nicht vor Ende dieses Jahrzehnts. Allein die Tatsache, daß es diese Zielsetzung gibt, löst bei den beteiligten Ländern Disziplinierungszwänge aus, auch wenn die Engländer eine europäische Währung rundweg ablehnen und den Ecu allenfalls als 13. Währung in Europa akzeptieren wollen, während die anderen beteiligten Länder auf eine einzige Währung hinauswollen.

Hier würde ich es mit Herrn Kartte halten: Jedes Land muß seinen eigenen Weg zur Marktwirtschaft finden. Ich halte das für sehr wichtig; denn dieses System muß von den Menschen akzeptiert werden. Deshalb warne ich auch die hiesigen Politiker und Wissenschaftler: Laßt Euch beraten; aber laßt Euch kein Patentmodell aufreden. Ihr müßt Euer eigenes System finden und in der Praxis erproben.

Einzelne Republiken hier wollen sich jetzt ihre eigenen Währungen schaffen; zweifellos ist das ein Mißtrauensvotum gegen den Rubel. Ich verweise darauf, wir sind gerade umgekehrt dabei, eine einheitliche westeuropäische Währung zu schaffen, weil der Weltmarkt, die Geld- und Kapitalströme sich globalisiert haben. Und wenn Sie sagen, Herr Senghaas, daß auch kleine Länder lebensfähig sind, dann stimmt das zwar, aber immer nur im Schatten der großen, die die Verantwortung tragen. Luxemburg, Belgien, Österreich, diese Länder sind sehr froh, daß es die D-Mark gibt. Wir müssen lediglich aufpassen, daß nicht ein D-Mark-Block in Europa entsteht; das ist nämlich die Sorge von England und Frankreich. Um diese Bedenken auszuräumen, ist die politische Entscheidung längst gefällt, daß wir jetzt in eine neue Phase eintreten und die D-Mark sich, obwohl sie die stärkste Währung ist, einreihen wird.

Die Ukraine zum Beispiel wäre politisch und ökonomisch sicher imstande, eine eigene Währung zu schaffen. Das wäre aber ein deutliches Beispiel für eine beginnende Desintegration in der Sowjetunion. Vor kurzem waren Politiker aus Estland bei mir, um sich Rat für die Einführung einer estnischen Währung zu holen. Ich habe mich dringend dagegen ausgesprochen, ein Land mit nicht

einmal einer Million Einwohner. Ökonomisch kann ich nur davor warnen, angesichts unserer Bemühungen, eine gewisse Orientierungsordnung in die Weltwirtschaft hinein zu bringen.

Eine Währung ist ja kein Selbstzweck, sondern das Ergebnis verschiedener Faktoren, die schwer zu definieren sind und sich nicht einmal im Sachlichen erschöpfen. Die Menschen, die mit D-Mark oder Dollar umgehen, verbinden damit auch Vorstellungen, die sich nicht nur auf währungs- und wirtschaftspolitische Tatbestände richten. Vielmehr geht es dabei beispielsweise um das Bewußtsein, gerecht behandelt zu werden und einen entsprechenden Gegenwert für sein sauer verdientes Geld zu erhalten. Dieses Bewußtsein hat einen erheblichen Einfluß auf die Arbeitsmotivation der Menschen. Wenn es nicht vorhanden ist, wirkt sich das direkt auf die Einstellung der Menschen gegenüber ihrer Regierung aus.

Herr Michailow sagte, daß nach dem neuen Plan 40 Milliarden Rubel neu gedruckt werden. Das kann durchaus inflationäre Tendenzen auslösen, die zerstörerisch wirken und vor denen wir nur warnen können.

### **Below**

Perestroikabegann 1985 ohne ein tiefgreifendes theoretisches Umdenken gegenüber dem bestehenden System. Die damit verbundene Zielvorstellung war ein erheblich höheres Wohlstandsniveau, das sich bis zum Jahre 2000 verdoppeln sollte. Der allmählich einsetzende Demokratisierungsprozeß führte zu einer entsprechenden Bewußtseinsveränderung und zu der Erkenntnis, daß grundlegende Veränderungen des Systems selbst notwendig sind und wir nicht so weiterleben durften wie bisher.

Wir haben natürlich nach konkreten Wegen gesucht, wenn wir dabei auch nicht immer konsequent gewesen sind, beispielsweise im Hinblick auf eine Änderung der Verwaltungsstrukturen. Es gab Widerstände seitens des alten Systems. Hinzu kamen die nationalen Probleme, aber auch objektive Ursachen, wie Katastrophen und so weiter. Jetzt befinden wir uns in einer tiefen Krise und fragen uns, was wir tun sollen. Dabei ist die Einsicht gewachsen, daß wir ein anderes System brauchen, nämlich eine sogenannte soziale Marktwirtschaft mit entsprechenden politischen Strukturen.

Die verschiedenen Programme - 400-Tage-, 500-Tage-Programm - wurden bereits erwähnt. Es gab auch ein Regierungsprogramm sowie Experten-Gutachten der OECD, des Internationalen Währungsfonds und der Europäischen Gemeinschaft, die klare Perspektiven aufzeigten. Woran es uns vor allem mangelt, sind die konkreten Mechanismen, um unsere selbst gewählten Ziele zu erreichen.

In diesem Jahr sind auch einige Rahmenbedingungen für uns offensichtlich günstiger, wenn auch nicht ideal. Insbesondere zeichnet sich ein Konsens zwischen den Republiken und dem Zentrum ab. Die Verhandlungen mit den Bergleuten entwickeln sich positiv. Es gibt auch bereits einige Neuerungen, die dem bisherigen Kommandosystem durchaus fremd sind, wie Börsen, Geschäftsbanken und so weiter. Seit einigen Tagen liegen das Pawlow-Programm und das Programm der Russischen Republik auf dem Tisch. Mitte des Jahres wird es eine Reihe wichtiger Gesetzesänderungen geben. Das alles weist in die richtige Richtung.

Perestroika enthält alle drei Momente, die in unserem Thema genannt sind: Kontinuität, Ende und Wende. Kontinuität: Perestroikahat sich kontinuierlich immer weiter entwickelt, gewissermaßen dialektisch, das heißt, wir wußten am Anfang nicht, was am Ende stehen wird. Dabei waren unaufhörlich Veränderungsprozesse im Gange. Wir sind auch an ein Ende gelangt auf der Suche nach konkreten Wegen. Wir wissen jetzt, was wir zu tun haben. Und das ist zugleich eine Wende. Denn wir gelangen endlich in eine Phase, wo die Chance für einen Neuaufbau besteht, die von Herrn Lebahn sogenannte Novostrojka. Jetzt geht es darum, die Fundamente für die künftige Marktwirtschaft zu schaffen. Das ist zweifellos ein sehr schwieriger Prozeß. Sicher braucht man dafür geeignete Gesetze; aber meine bundesdeutschen Kollegen wissen, daß Gesetze allein nicht ausreichen. Wir brauchen ebenso rechtsstaatliche Strukturen, an denen es heute noch fehlt. Ich zweifle nicht, daß es uns gelingen wird, diese Strukturen aufzubauen; Ansätze dafür sind bereits vorhanden.

Gleichzeitig erleben wir - ähnlich wie Sie in Ostdeutschland;- , daß es Seilschaften und Kumpaneien gibt, die versuchen, die notwendigen Maßnahmen zu hintertreiben. Trotz Einführung der D-Mark, Übernahme der bundesdeutschen Gesetze und einiger sehr guter Programme geht es in Ostdeutschland noch nicht recht voran. Ich meine, diese negativen Erfahrungen sind für uns von großer Bedeutung. Wir werden des weiteren prüfen müssen, wie es mit der Treuhandanstalt, den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, der Behandlung von Altlasten und so weiter bei Ihnen gehen wird.

Im übrigen brauchen wir die alten Kader, die in den bisherigen Strukturen gearbeitet haben. Denn der Neuaufbau ist nur aus dem alten System heraus möglich. Wir dürfen dieses System nicht abrupt zerstören, sondern müssen es allmählich abbauen. Schließlich existiert das alte System noch und funktioniert auch, so wie wir mit unserem Europa-Institut in einem alten Gebäude arbeiten, das wir jetzt zu einem neuen Haus umbauen, ohne mit der Arbeit aufzuhören. Das kann auch effektiv sein.

Wichtig sind natürlich Investitionen in die künftigen Generationen; denn es fehlt überall an Menschen, die imstande sind, diese Übergangsperiode zur künftigen Marktwirtschaft zu bewältigen. Dazu bedarf es entsprechender Lehrprogramme, um die künftigen Manager vor allem für die Übergangsperiode auszubilden.

Perestroikawird dann Erfolg haben, wenn Politik, Wirtschaft und Wissenschaft so an einem Strang ziehen, wie das im Westen vielfach der Fall ist.

### **Swerew**

Ich stimme Herrn Lebahn und anderen zu, die meinen, die Perestroikasei insofern am Ende, als damit die kosmetische Renovierung des alten Systems betrieben wurde, in dem wir 70 Jahre gelebt und gearbeitet haben. Wenn Herr Lebahn aber sagt, wir brauchten jetzt eher eine Novostrojka denn eine Perestrojka, dann sehe ich das doch etwas anders. Denn Novostrojka bedeutet, daß das Alte zerstört und etwas völlig Neues geschaffen wird. In diesem Sinne haben wir 1917 eine Novostrojka erlebt, nämlich die Zerstörung der alten Institutionen, und ich glaube, niemand hier, weder von uns noch von unseren Gästen, wünscht sich eine Wiederholung jenes Szenarios, das die damaligen revolutionären Umwälzungen begleitet hat. Ich zumindest möchte das in unserem Lande nicht erleben.

Ich würde deshalb lieber von einer gewissen Demontage und Rekonstruktion des alten Systems sprechen. Dafür sind allerdings bestimmte politische Rahmenbedingungen und ein politischer Grundkonsens notwendig. In diesem Sinne hat unser Team in unserem Forschungszentrum bereits eingehende Vorstellungen entwickelt, die ich aus Zeitgründen nicht näher darstellen kann.

Zweifellos kann man jetzt von einer Pause in der Perestroikaim Hinblick auf die Wirtschaftsreformen sprechen, und zwar seit Herbst letzten Jahres, als die Vorschläge der Ryschkow-Regierung auf dem Tisch lagen. An der objektiven Situation, wie sie sich seitdem entwickelt hat, konnten wir nichts ändern, beispielsweise am Einstieg in die Inflationsspirale. Die Frage ist, wie wir die Pause nutzen können und wollen.

Herr Wladislawlew hat hierzu verschiedene Vorschläge unterbreitet. In einem Punkt, den ausländischen Investitionen, hat Herr Lebahn dargelegt, warum er dies unter den gegenwärtigen Bedingungen bei uns für wenig chancenreich hält. Dem kann ich leider nur zustimmen. Die anderen Überlegungen betrafen die Schaffung der notwendigen Rechtsgrundlagen, den Aufbau einer marktgerechten Infrastruktur und Schulungs- und Ausbildungsprogramme für unseren Führungsnachwuchs.

Ohne einen ganzen Komplex von rechtlichen Regelungen ist eine Marktwirtschaft im Grunde nicht funktionsfähig. Herr Michailow hat das vorbereitete Privatisierungsgesetz erwähnt, das jetzt den Obersten Sowjets auf den verschiedenen Ebenen der Republiken und der Union vorliegt und diskutiert wird. Ob man damit inhaltlich in allen Einzelheiten übereinstimmt oder nicht, im Prinzip ist unbestritten, daß die Privatisierung, die Schaffung von Privateigentum notwendig ist. Und wir beginnen jetzt, praktische Schritte zur Realisierung dieser Gesetze einzuleiten.

Aber eine Privatisierung allein reicht nicht aus. Gleichzeitig bedarf es weiterer Gesetze, die beispielsweise den Wertpapiermarkt regulieren, Konkursverfahren abwickeln, ausländische Investitionen schützen und Kartellbildung verhindern und anderes mehr, einschließlich der Vielzahl von Vorschriften und Verordnungen, die von den staatlichen Verwaltungsorganen herausgegeben werden müssen. Bei alledem wäre eine Zusammenarbeit mit den westlichen Partnern sicher hilfreich.

Ich will ein Beispiel für die Schwierigkeiten bei uns anführen. Sowohl auf Republikenebene als auch auf Unionsebene sind eine Reihe brauchbarer Verordnungen verabschiedet worden, die die Tätigkeiten von Aktiengesellschaften in der Sowjetunion regeln sollen. Anschließend gibt das Finanzministerium eine Verordnung heraus, die Vorschriften für die Buchführung dieser Gesellschaften enthält, welche im Grunde das ganze System des Aktienkapitals bei uns wieder in Mißkredit bringen.

Es wurde zu Recht die fehlende Kompetenz unserer Führungskräfte beklagt. Dieses Problem betrifft nicht nur die höheren und höchsten Verwaltungsorgane, sondern zeigt sich vor allem auch in den Betrieben und auf der unteren Verwaltungsebene vor Ort. Um dort die Qualifikation und den



Ausbildungsstand anzuheben, wären die von Herrn Lebahn erwähnten 400 Mio. Ecu außerordentlich erwünscht. Zunächst sollte die EG-Kommission die Übersetzung von Lehrbüchern und anderer wissenschaftlicher Literatur veranlassen und ihren Vertrieb in der Sowjetunion organisieren, um auf diese Weise dazu beizutragen, daß unseren Verwaltungsorganen, ja unserer Bevölkerung überhaupt, die Funktionsweise der Marktwirtschaft vermittelt wird.

Wie Herr Wladislawlew erwähnt hat, ist die Schulung unserer Fachleute im Ausland mit Problemen verbunden. Vielleicht könnte man solche Business-Schools und Managementschulen in der Sowjetunion selbst einrichten, und zwar mit Unterstützung von Mitteln der EG-Kommission. Damit würde beispielsweise das Sprachenproblem entfallen.

### **Vogel**

Vieles von dem, was wir gehört haben, verwischt die Grenze zwischen ökonomisch sinnvollen Entscheidungen, die sich unter Zugrundelegung normaler Bedingungen internationaler Zusammenarbeit rechtfertigen lassen, und politischen Notwendigkeiten, die dem vielleicht nicht immer entsprechen.

In normalen Zeiten sind Staaten zahlungsfähig, können optimale Bedingungen für internationale Bewegungen von Unternehmen, Kapital und Menschen hergestellt werden. Heute haben wir keine normalen Zeiten. Deshalb gibt es im internationalen Rahmen, sowohl auf der Ebene der Staaten, der multinationalen Organisationen, als auch der großen Unternehmen Überlegungen, wie die gegebene Ausnahmesituation überbrückt werden kann.

Herr Kartte sprach davon, man müsse hier einen langen Atem haben. Das sagt sich so leicht. Sie kennen das Wort von Lord Keynes: In the long run we are all dead. Vielleicht kommen wir aber schon in the middle run in Schwierigkeiten. Genau darum geht es.

Die Sowjetunion kann sicher davon ausgehen, daß die internationale Gemeinschaft, also die Gruppe der 24, die Europäische Gemeinschaft, die Finanzorganisationen, aber auch die Einzelstaaten, bereit sind, die Zwischenzeit mit Transfusionen zu erleichtern, um es medizinisch auszudrücken. Dazu gehören auch weitere Finanzhilfen. Der eigentliche Durchbruch kann aber erst gelingen, wenn das private Kapital Konditionen vorfindet, die ihm ein Engagement erlauben. Das heißt, es müssen die entsprechenden Voraussetzungen in der Sowjetunion selbst geschaffen werden.

Ein Punkt in dem, was ich hier gehört habe, stimmt mich skeptisch. Nach wie vor ist die Rede von dem, was man auf russisch "bolschaja strana" - Weite des Landes nennt. Dies mag ein notwendiger Ausgangspunkt sein. Denn dieses Land ist in seinen großen Dimensionen nun einmal mit Dingen konfrontiert, die sich nur mit economies of large scale bewältigen lassen. Aber der Übergang zu einem anderen System und die Restabilisierung der politischen Lage wird nur möglich sein, wenn Sie von der Dominanz dieses Denkens wegkommen.

Mit dem Zerschlagen der großen Konzerne muß auch ein Blick auf die regionale Struktur verbunden sein. Es kann nicht angehen, daß ein Betrieb in Armenien weiterhin die gesamte Sowjetunion mit Zigarettenfiltern versorgt, so daß jeder Eisenbahnerstreik zu einer politischen Krise führt, weil die Raucher nicht mehr bedient werden können. Dazu müssen dann entsprechend die bürokratischen Strukturen abgebaut werden und so weiter.

Das Verständnis für diese Zusammenhänge sehe ich hier wachsen. Wichtig ist auch die weiterbestehende Hilfsbereitschaft im Westen, zum Beispiel hinsichtlich der medizinischen Versorgung. Es geht dabei nicht nur um karitative Aktionen, wie das im letzten Winter der Fall war, besonders von Deutschland aus, sondern um zwischengesellschaftliche Unterstützung.

Entscheidend aber ist ein neues Denken, das wegkommt vom Großmaßstäblichen, vom Bürokratischen, von Überzentralisierung. Erst dann sind die Bedingungen für große Investitionen westlicher Firmen geschaffen.

### **Huber**

Die Argumente von Herrn Fels sind logisch und richtig: Internationale Institutionen könnten mit ihren Beschlüssen und Bedingungen - wie das auch in anderen Ländern geschehen ist - Barrieren gegen Reformen beseitigen. Doch gerade einer solchen Entwicklung versuchen KGB und KPdSU propagandistisch vorzubeugen.

In diesem Zusammenhang hört man in Moskau immer öfter von einem obskuren Institut, das sich "experimentell schöpferisches Zentrum" nennt. Es steht unter der Leitung eines gewissen Kurginjan. Er verbreitet die These, daß die westliche internationale Gemeinschaft genau dieses plant, nämlich

durch Einflußnahme "das System auszuhöhlen". Sergej Kurginjan hat beträchtlichen Einfluß auf die Regierung und bekam neulich im sowjetischen Parlament vom Altkommunisten Ligatschow ein öffentliches Lob. Das alles läuft auf die Diskreditierung der Marktwirtschaft hinaus zumindest des Marktes nach westlichen Maßstäben.

Marktwirtschaft soll im "besten Falle" dem südkoreanischen oder chilenischen Modell folgen. Dafür ist auch die heutige Diskussion ein gutes Beispiel. Es war bezeichnend, wie Herr Falin auf das Problem von Herrn Bär reagiert hat: nämlich mit der mir sehr wohl bekannten Bereitschaft, eine "Ausnahmelösung" /u finden. Ich bin nicht dagegen. Was ich sage, richtet sich nicht gegen Ihr Projekt, Herr Bär. Aber zu solchen Ausnahmen - kommen Sie zu mir, ich führe Sie zu Gorbatschow oder zu wem auch immer - gehört keine Änderung des kommando-administrativen Systems. Marktwirtschaft fängt dort an, wo die Bedingungen für alle gleich sind.

Als Beispiel dafür nennt Premierminister Pawlow etwa die Steuerreform - und widerlegt sich gleich wieder selbst durch nicht-kodifizierte Ausnahmen. Umgekehrt sollen in Ausnahmefällen die Regeln der Marktwirtschaft gelten. Es ist interessant, wenn Vertreter der staatlichen Außenwirtschaft, wo es ihnen gerade paßt, den Markt als Entscheidungsinstanz anrufen: Preis-Konkurrenz unter ausländischen Firmen soll über Aufträge entscheiden. Solide Bedingungen für ausländische Firmen, für Marktwirtschaft im Gesamtmaßstab zu schaffen, sind hingegen bisher nicht in Sicht.

Ich möchte noch eine andere Voraussetzung der Marktwirtschaft ansprechen. Solange hier - wie wortgewaltig und energisch auch immer - für die Erhaltung der sowjetischen Wirtschaft in ihrer Gesamtheit plädiert wird, kann keine Marktwirtschaft entstehen: Im Rahmen der gesamten Sowjetunion ist die Stabilisierung des Rubels nicht möglich. Genau dies hat die russische Regierung begriffen, und deswegen will sie sich partiell ausgrenzen. Denn innerhalb der russischen Föderation ist es möglich, effektiv zu wirtschaften.

Solange aber die RSFSR die asiatischen Armenhäuser und Aserbeidschan - wo zehn Kinder in einer Familie keine Ausnahme sind - miternähren muß, bleibt der Republik wenig für die Modernisierung der eigenen Wirtschaft übrig. Auch unsere Kredite und Hilfgelder gehen indirekt in die "Entwicklungshilfe" für die vierte Welt im sowjetischen Süden und dienen nicht als Unterstützung für Strukturreformen beim Übergang zur Marktwirtschaft. Da sollte der Westen sich überlegen, ob wir diese Gelder, die das zentralistische Verteilungssystem der Sowjetwirtschaft stabilisieren, nicht lieber gleich nach Afrika schicken.

### **Schenajew**

Herr Dahrendorf hat den engen Zusammenhang von Politik und Wirtschaft angesprochen, und Herr Senghaas hat vier mögliche Optionen in unseren politischen Konstellationen aufgezeigt - man könnte sicherlich weitere nennen; jede dieser politischen Möglichkeiten fordert natürlich auch unterschiedliche Modelle der wirtschaftlichen Entwicklung.

Ich habe bereits darauf hingewiesen, daß sich die Situation jetzt verändert hat; ich bewerte beispielsweise die Neun-plus-eins-Erklärung sehr positiv, die die Entwicklung unseres Landes voranbringen könnte. Hier deutet sich nämlich eine Variante an, bei der die selbständigen souveränen Republiken gemeinsam die Politik der Union bestimmen. Das ist also kein Beirat des Präsidenten, sondern ein demokratisches Entscheidungsgremium, das die politischen, wirtschaftlichen und anderen Maßnahmen gemeinsam bestimmt.

Ein praktisches Ergebnis dieser neuen Politik sehe ich in der Beilegung des Bergarbeiterstreiks, der jetzt in greifbare Nähe gerückt ist. Das war nur möglich aufgrund der Erklärung über die Zusammenarbeit selbständiger souveräner Republiken. Ohne eine solche Erklärung wäre das nicht denkbar gewesen.

Ähnlich wird es sich bei der Einführung wirtschaftlicher Modelle verhalten. Am 25. April wurde das Programm der russischen Regierung zur Stabilisierung und zum Übergang vom administrativen Kommandosystem hin zu Marktbeziehungen veröffentlicht. Dieses Programm sollten Sie sich genau ansehen. Ich halte es für das beste Programm, das wir jemals seit den 20er Jahren gehabt haben. In diesem Programm können unsere deutschen Gesprächspartner auch Antworten auf viele ihrer Fragen finden, die sie in dieser Diskussion gestellt haben und die noch unbeantwortet geblieben sind.

Das Programm beinhaltet nicht nur eine Entwicklungskonzeption, sondern zeigt praktische Maßnahmen für unsere Wirtschaft auf, die in den nächsten Monaten zur Anwendung kommen sollten.

Der Schwerpunkt aller dieser Maßnahmen liegt auf der Schaffung von Marktbedingungen auf der Grundlage der 500-Tage-Konzeption. Im Westen wird häufig kritisch angemerkt, es sei unmöglich, in

500 Tagen die Probleme zu lösen. Nun, wir sind auch nicht so naiv zu meinen, daß das möglich wäre. Worauf es vielmehr ankommt, ist, mit Hilfe des Programms möglichst schon in wenigen Monaten die Voraussetzungen für den Markt und die Einführung von Marktmechanismen zu schaffen. Denn einige Elemente kann man sehr schnell einführen.

Nach dem Programm von Nikolai Ryschkow, Leonid Abalkin und anderen sollte sich die Etablierung der Marktwirtschaft in drei Etappen über insgesamt 10 Jahre hinziehen. Damit würde nie eine Marktwirtschaft erreicht.

In dem neuen Programm der Russischen Republik stehen alle wichtigen Elemente einer Marktwirtschaft: Verselbständigung der Unternehmen, Entstaatlichung, Privatisierung, Konkurrenz, Verzicht auf das administrative Kommando-System. Schon diese Maßnahmen können eine Liberalisierung der Preise in Gang setzen.

In diesem Punkt bestehen auch große Unterschiede zum Regierungsprogramm der Union. W. Pawlow meint, da wir bei uns einen Kaufkraftüberhang haben, also die Bevölkerung über mehr Geld verfügt, als Waren vorhanden sind, müßte man nur die Preise erhöhen, um ein Gleichgewicht zu erreichen. Das neue Programm zeigt, daß es auch anders geht. 98 Prozent des Eigentums befinden sich bei uns in der Hand des Staates - zeigen Sie mir irgendeinen anderen Staat in der Welt, wo das auch nur annähernd in dieser Größenordnung der Fall ist. Dieses Eigentum: Wohnungen, Land, Unternehmen, Vorräte und anderes mehr, sollte man, wenigstens zum Teil, verkaufen, um den Geldüberhang abzuschöpfen.

### **Bogomolow**

Über so viel Geld verfügt unsere Bevölkerung nicht, um solche Dinge zu kaufen.

### **Schenajew**

Ich meine nur einen Teil, zum Beispiel der Produktionsmittel, deren Wert heute auf 3 Trillionen Rubel geschätzt wird. Verkäufe für 100 Milliarden Rubel würden schon ausreichen, um die Geldüberschüsse zu regulieren und die Preise zu stabilisieren.

Herr Lebahn hat gesagt, vielleicht sei eine Novostrojka besser als die Perestrojka. Ich meine, das eine ist ohne das andere nicht denkbar. Perestrojka und Novostrojka müssen zusammenwirken.

### **Kartte**

Ich wäre bereit, all den Plänen gern zu glauben, wenn zum Beispiel das sowjetische Fernsehen endlich anfangen würde, positiv über Unternehmer, Privatwirtschaft und ähnliche Dinge zu berichten.

### **Arbatow**

Frau Huber erwähnte jenen obskuren Kurginjan. Nun, in schwierigen Zeiten gab es bei uns immer Medizinmänner, Schamanen, Rasputins und dergleichen. Kurginjan ist ein mißratener Physiker, ein erfolgloser Theaterregisseur aus irgendeiner Vorstadtklitsche und wurde plötzlich zum engsten Berater von Ministerpräsident Pawlow und des Moskauer Parteichefs. Ich meine, solche Erscheinungen, die sich nicht zum ersten Mal in Rußland zeigen, muß man bekämpfen.

Was die Perestrojkaangeht, so würde auch ich eine Pause für erforderlich halten. Aber ich befürchte, daß sie falsch genutzt wird. Herr Gorbatschow vollbringt wahre Wunder an taktischen Meisterleistungen; das ist sicher auch notwendig. Doch wir kommen an einer Tatsache nicht vorbei, das ist der erhebliche Zeitdruck, unter dem wir stehen. Die ökonomische Situation erlaubt uns an sich keine längere Pause. Manche bezweifeln ja überhaupt den Sinn der Reformpolitik, andere meinen, wir seien mit den Reformen schon zu weit gegangen. Ich denke aber, die ökonomische Wirklichkeit verbunden mit einigen neueren Erscheinungen, die sich leicht als destruktiv erweisen könnten - zum Beispiel die Streiks;- werden uns schnell von solchen Illusionen abbringen und uns zwingen, uns den tatsächlichen Problemen zuzuwenden.

Im Augenblick erleben wir das noch in einem anderen Zusammenhang. Unser Land ist so riesengroß und weist in den verschiedenen Republiken so unterschiedliche Entwicklungsniveaus auf, daß von der ersten bis zur vierten Welt alle Stadien vertreten sind. Das ist in der Tat ein kaum kontrollierbarer Prozeß. Und wenn Herr Michailow bei der Neun-plus-eins-Vereinbarung die Gefahr des Verfalls der Union befürchtet, dann sage ich darauf: Im Gegenteil, das ist das einzige, was die Union retten kann.

Für mich stellt sich die Alternative so dar: Entweder eine grundlegende Reform oder Erhalt des Imperiums mit Hilfe militärischer Gewalt. Deshalb sehe ich in dieser Vereinbarung zumindest einen

ersten Schritt, der die Hoffnung zuläßt, daß wir auf friedlichem Wege die Integration schaffen, so wie das in Westeuropa der Fall war. Das ist aber nur möglich, wenn die Republiken mitziehen. Sicher werden wir diejenigen Republiken unterstützen müssen, die sich nicht selber ernähren können. Vielleicht sollten wir dafür einen Fonds oder ähnliches gründen. Aber ohne eine echte marktwirtschaftliche Entwicklung der Republiken werden wir den Zusammenhalt der Union nie gewährleisten.

Ich möchte einen weiteren Punkt erwähnen. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde in der ganzen Welt geradezu besinnungslos aufgerüstet. Wie erfolgreich die Marktwirtschaft sich bei uns auch immer entwickeln mag, mit dem gegenwärtigen Rüstungsniveau werden wir unseren Lebensstandard nicht wesentlich anheben können. Niemand weiß es genau, aber allein nach den Zahlen, die im Staatshaushalt ausgewiesen sind, werden 36 Prozent unseres Gesamtbudgets für militärische Zwecke eingesetzt und das in einer Zeit der Entspannung. Nach dem jetzigen Preisanstieg hat sich dieser Satz sicher noch erhöht. Wahrscheinlich wissen nicht einmal Gorbatschow oder Jasow genau, wie hoch die Rüstungsausgaben in Wirklichkeit sind. Wir können nicht so weitermachen, sonst ersticken wir. In vielen Städten unseres Landes erreicht die militärische Produktion 50 Prozent, in manchen Orten bis zu 80 Prozent.

Wieweit wir da zu einer durchgreifenden Änderung gelangen, hängt natürlich auch vom Verhalten des Westens ab. Ich komme soeben aus Prag von einem Kongreß über die Zukunft Europas. Dort hatten wir einen gewissen Dissens unter den Diskussionsteilnehmern; denn ich habe den Standpunkt vertreten, daß man nicht so tun könne, als sei die NATO eine Institution von Ewigkeitswert und allein für die europäische Sicherheit zuständig. Eine solche Argumentation käme unseren Militärs gerade recht. Mit der Auflösung des Warschauer Paktes hat sich die militärische Situation in Europa grundlegend verändert. Jetzt geht es darum, neue Strukturen in Europa zu schaffen. Denn ein Block allein hat keine Existenzberechtigung mehr. Das kann man allenfalls für eine gewisse Übergangsphase akzeptieren.

Natürlich bedeutet das auch, gegenseitig die Feindbilder abzubauen und nicht ein künstliches Feindbild beizubehalten, wie das in letzter Zeit auch bei uns einige Leute wieder versuchen. Aber in dieser Hinsicht kann ebenso der Westen einen wichtigen Beitrag leisten.

Was muß getan werden, um unser Land für ausländische Investoren attraktiv zu machen? Ich fürchte, davon haben weder Pawlow noch Gorbatschow eine klare Vorstellung. Es ist sicher nicht ganz einfach, das unserer Führung plausibel zu machen. Bei der Schaffung der marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen brauchen wir zweifellos westliche Unterstützung. Hinzu kommt natürlich die Erhaltung der politischen Stabilität bei uns.

### **Seebacher-Brandt**

Glücklicherweise hören wir jetzt etwas frischere Töne als zu Beginn, so daß man nicht ganz so verwirrt und hoffnungslos aus Moskau wegfährt. Wenn ich Herrn Bogomolow richtig verstanden habe, dann ist der Bestand der Sowjetunion für ihn kein Selbstzweck, so lange jedenfalls nicht, wie die Zentralregierung von der Kommunistischen Partei beherrscht wird.

Sie stehen für die demokratischen Kräfte in diesem Land. Meine Frage ist: Welche Haltung wünschen Sie sich von den westlichen Ländern, etwa von Deutschland? Welche Haltung gegenüber der Sowjetunion und dem Chef der Kommunistischen Partei, der zugleich der Präsident der Sowjetunion ist? Und welche Haltung gegenüber den Republiken?

### **Bogomolow**

Im Westen sieht man häufig die demokratischen und reformerischen Kräfte bei uns als Anhänger einer Auflösung des Staates. Das trifft jedoch nicht zu. Jelzin hat mehrfach deutlich erklärt, daß wir für den Erhalt der Sowjetunion eintreten, ja diese gerade durch die Reformen erneuern wollen. Denn es kann nicht darum gehen, das alte System beizubehalten, das unseren Staat und unsere Gesellschaft an den Abgrund geführt hat. In dieser Form kann das Imperium nicht einmal mehr mit Gewalt überleben; es zerfällt von selbst.

Die Republiken streben heute nach Freiheit und Selbständigkeit und wollen deren Früchte genießen. Die Zukunft der Union wird entscheidend davon abhängen, inwieweit das Zentrum und die Republiken sich darüber klarwerden, daß sie gemeinsame Interessen am Zusammenhalt der Union haben, und zwar sowohl wirtschaftliche als auch politische Interessen. Denn die Sicherheit ist ja gleichfalls eine Rahmenbedingung für unsere Entwicklung; vor allem die Kernwaffen lassen sich nicht einfach

auflösen oder verteilen. Es ist noch nicht allen Menschen bei uns bewußt, wie sehr wir aus den verschiedensten Gründen auf eine Zusammenarbeit in der Union angewiesen sind.

Mit wem soll der Westen bei uns zusammenarbeiten? Ich bin der Meinung, daß hier eine Diversifizierung der Kontakte stattfinden und der Westen die Republiken stärker als bisher in die Zusammenarbeit einbeziehen müßte. Natürlich dürfen Sie sich nicht in unsere inneren Angelegenheiten einmischen, aber es sollte schon deutliche Signale geben, was aus Ihrer Sicht der Überwindung der Krise dient und was diese eher noch verschärft.

Die baltischen Republiken haben eine Zeitlang bei ihren Unabhängigkeitsbestrebungen mit westlicher Hilfe gerechnet. Sie haben sich rasch davon überzeugen müssen, daß dies nicht der Fall war. Statt dessen ist diese Unterstützung durch die demokratischen Kräfte in den anderen sowjetischen Republiken, vor allem in Rußland, erfolgt, wo in Moskau und anderen Städten große Demonstrationen gegen das Blutvergießen in Litauen stattfanden. Das war vielleicht der entscheidende Faktor, der die Pläne des Militärs durchkreuzt und einen Militärputsch vereitelt hat. Die westliche Reaktion kam sicher zu spät. Ich meine schon, daß der Westen die fortschrittlichen Tendenzen bei uns entschiedener unterstützen müßte.

### **Lebahn**

Ich habe den Eindruck, daß wir die Folgen, die sich aus den radikalen Wirtschaftsreformen in Mittel- und Osteuropa beziehungsweise der Perestroikain der Sowjetunion für unsere Beziehungen zu diesen Ländern ergeben, sowohl politisch wie wirtschaftlich noch gar nicht abschätzen können. Unsere bisherigen Beziehungen zu Osteuropa - Deutschland hatte hier weltweit eine Spitzenstellung inne; aufgrund unserer langen Tradition einer gepflegten Osthandelskultur - lassen sich in dem Satz zusammenfassen: Die Flagge folgt dem Kaufmann. Der Kaufmann, der Unternehmer, der Bankier nahmen bereits zu einer Zeit, als die Politiker zum Teil noch gar nicht miteinander sprachen und die Länder sich gegenseitig nicht anerkannten, Kontakte auf, verbreiteten Informationen, begründeten Interesse an Zusammenarbeit. Erst allmählich folgten die Politiker nach. In den 80er Jahren, und insbesondere mit Gorbatschow, kam der Durchbruch, und jetzt sind die Politiker auf die Wirtschaftler, die ihnen den Weg bahnen, kaum noch angewiesen.

In den letzten Jahren ist bei den Ost-West-Verhandlungen eindeutig ein Primat der Politik festzustellen. Die führende Rolle der Wirtschaft hatte sich auch allmählich erschöpft; denn der Osthandel beruhte auf relativ einfachen Instrumenten: Kauf, Verkauf, Tausch und dergleichen, mit denen in der internationalen Arbeitsteilung keine großen Geschäfte zu machen waren.

Die Annahme, die Perestroikain der Sowjetunion würde nun die weltweit üblichen Kooperationsinstrumente erlauben, führte im Fall der Joint-ventures in die Sackgasse. Wir haben das eindrucksvoll von Herrn Bär gehört. Dafür fehlt es hier bisher an den politischen und gesellschaftlichen Voraussetzungen. Von der Schaffung solcher Voraussetzungen hängt die weitere Entwicklung unserer Wirtschaftsbeziehungen entscheidend ab. Und dadurch, daß die Sowjetunion deutlich an den Rand ihrer Kreditfähigkeit gekommen ist, sind auch keine weiteren großen und mittleren Kooperationsprojekte mehr möglich.

Mit anderen Worten: Die Politik muß jetzt erst einmal die Voraussetzungen schaffen, damit die Wirtschaft weiter aktiv werden kann. Und hier zeigt sich eine geradezu paradoxe Situation, daß die Einführung der Marktwirtschaft nur erfolgreich sein kann, wenn zunächst nichtmarktwirtschaftlich lenkende Instrumente angewandt werden, welche von staatlichen Initiativen und Regelungen ausgehen und eine Hebelwirkung auf weiterführende privatwirtschaftliche Aktivitäten mit dem Endziel "Marktwirtschaft" entfalten.

Herr Fels erwähnte die bisher bewährten internationalen Einrichtungen, die Weltbank und so weiter, die hier Druck ausüben müßten. Das ist richtig, reicht aber nicht aus. Vielmehr müssen auch neue organisatorische Formen geschaffen werden, wie das jetzt mit der neuen Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung versucht wird, deren Chef, Attali, klargemacht hat, daß es sich hier vorzugsweise um eine politische Aufgabe handelt, wobei er die wirtschaftlichen Funktionen dieser Bank noch zu wenig verdeutlicht hat, wie ihm zu Recht kritisch entgegengehalten worden ist.

Richtig ist aber, daß es hier um eine neue Dimension politischer Zusammenarbeit geht, mit deren Hilfe neue wirtschaftliche Instrumente geschaffen werden können. Dabei könnte Deutschland erneut eine führende Rolle zukommen. Denn das, was sich jetzt in der ehemaligen DDR abspielt, wird ganz Mittel- und Osteuropa wichtige Hinweise für die eigene Entwicklung geben, ohne daß man dieses Beispiel einfach nachahmen könnte.

Herr Below erwähnte die Treuhandanstalt, eine wirtschaftliche Organisation, in der staatliche und privatwirtschaftliche Elemente kombiniert werden, um der Privatwirtschaft auf die Sprünge zu helfen. So etwas müßte meiner Ansicht nach auch für die deutsch-sowjetischen und deutsch-mittleuropäischen Wirtschaftsbeziehungen eingerichtet werden. Was wir erleben, ist ja der Zusammenbruch der traditionellen Wirtschaftsbeziehungen, insbesondere zwischen der ehemaligen DDR und der Sowjetunion; aber auch die bundesrepublikanisch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen entwickeln sich zur Zeit eher zurück.

Wir haben nämlich fälschlicherweise geglaubt, die Einführung der Marktwirtschaft oder von etwas Ähnlichem - im Osten werde automatisch das Spiel der freien Kräfte entfalten und zu einem Zusammenschluß der Marktwirtschaften auf der internationalen Ebene führen. Das ist aber nicht der Fall; denn dafür braucht man begleitende Instrumente. Ein Hilfsinstrument zur Wahrung der bisherigen traditionellen Beziehungen wäre eine Art bilaterale Treuhand, die Kontakte schafft, Geschäfte anbahnt und ihre Realisierung und Abwicklung unter marktwirtschaftlichen Bedingungen betreut. Es geht darum, Sowjets und Deutsche in einer gemeinsamen Institution zusammenzubringen, damit die kooperationsbereiten Partner konkrete Projekte auch wirklich durchziehen können. Gegenwärtig kann nicht einmal der Neun-Milliarden-Hermes-Kreditrahmen zur Förderung von Exporten der Betriebe der ehemaligen DDR ausgeschöpft werden.

Daß die diesbezüglichen deutsch-sowjetischen Regierungsvereinbarungen nicht funktionieren, beruht auf einem konzeptionellen Mißverständnis: Die sowjetische Regierung will mit deutscher Hilfe ein wirksames Konjunkturprogramm für die ostdeutschen Betriebe wie auch für die sowjetische Wirtschaft sofort ankurbeln, ohne daß dabei betriebswirtschaftliche Gesichtspunkte beachtet werden müssen. Die Außenwirtschaftsbank, die die Kredite auszahlen soll, ist jedoch dahingehend orientiert, nun endlich Marktwirtschaft durchsetzen zu können und nicht mehr nach politisch-volkswirtschaftlichen Regierungsvorgaben, sondern nach rein kommerziellen Kriterien zu entscheiden. Sie prüft die Wirtschaftlichkeit jedes einzelnen Projektes und die Kreditfähigkeit jedes einzelnen sowjetischen Partners - mit dem Ergebnis, daß sie in den meisten Fällen die Zahlung verweigert. Das bedeutet, das deutschsowjetische Konjunkturprogramm kommt mangels Finanzierung nicht zustande.

Hier läuft so vieles unkoordiniert nebeneinander her, daß die Beteiligten überhaupt nicht wissen, woran sie sind. Wenn man dafür ein Koordinationsinstrument hätte mit einem festen Arbeitsstab, könnte man mit relativ einfachen Mitteln, indem man beispielsweise Informationen zur Verfügung stellt und Handblätter verteilt sowie Kontakte vermittelt, viel bewirken. Es bedarf gar nicht immer der großen Politik und Theorie. Es gibt genügend pragmatische organisatorische Maßnahmen, die man nur anpacken muß.

## **Henzler**

Damit wir nicht mit Doomsday-Visionen der sowjetischen Seite nach Hause fahren, möchte ich in fünf konkreten Punkten Vorschläge unterbreiten, die eine relativ große Wirkung hätten.

1. Suchen Sie sich ein paar Industrien heraus, in denen Sie weltmarktfähig sind. Zu denken wäre dabei zum Beispiel an Raumfahrt (Satellitenstarts) oder Schiffbau (Eisbrecher). Machen Sie sie zu Vorbildern für Exportoffensiven und technologisches Know-how. Man könnte sich auch gut vorstellen, daß die traditionellen Stärken der UdSSR auf dem Gebiet der Mathematik eine gute Basis für Softwareindustrie und Systemtechnik abgeben könnten.
2. Konzentrieren Sie sich auf die Engpaßsektoren. Alle marktwirtschaftlichen Entwicklungen haben dann die größten Sprünge gemacht, wenn es gelang, die Minimumsektoren zu beseitigen. Ihre Minimumsektoren sind Logistik, Verkehrssystem im allgemeinen und Kommunikation. Das erste können Sie beheben, wenn Sie Federal Express, Kühne Nagel oder Mitsubishi hereinholen, und das zweite, wenn Sie mit ITT, Siemens oder NEC zusammenarbeiten. Dabei sollten Systemanbieter jeweils an eine Region gebunden sein, in der sie dann aber auch 10 oder 20 Jahre lang mit Gewinn arbeiten dürfen.
3. Machen Sie erfolgreiche Joint-ventures publik. Wie ich gehört habe, sind Pepsi-Cola und McDonald's Beispiele für die gelungene Verbindung von westlicher Technologie und Know-how mit traditionellen sowjetischen Stärken. Nehmen Sie allerdings, um Herrn Kartte zufriedenzustellen, pro Konsumsektor mindestens zwei Firmen, und weiten Sie das allmählich auf andere Gebiete aus, in denen es auf schnelle Ergebnisse ankommt und westliche Spitzenunternehmen zur Franchise-Vergabe bereit sind.
4. Forcieren Sie die Top-Management-Ausbildung. Sie brauchen für eine Einheit von 10.000 Leuten ungefähr 300 Unternehmerpersönlichkeiten. Bei einer entsprechenden Hochrechnung komme ich auf

etwa 20.000 Manager, die Sie dafür trainieren müßten. Das ist eine Aufgabe höchster Priorität. Dabei ist zu bedenken, daß "Unternehmer" nicht nur aus Wirtschaft und Industrie kommen; gerade die Sowjetunion mit ihrem Reservoir an hochtalentierten Wissenschaftlern müßte vielmehr aus einem breiten Spektrum an Disziplinen schöpfen können.

Außerdem wird es darauf ankommen, pro Betrieb/Kombinat laufend 2 bis 3 Prozent funktional spezialisierter Führungskräfte mit modernen Methoden des allgemeinen Managements vertraut zu machen. Dabei ist Weiterbildung in ausländischen Business-Schools und ausgewählten Unternehmen sicher sinnvoll; das Schwergewicht sollte jedoch auf der Weiterentwicklung des inländischen Bildungssystems (mehrere Business-Schools) und auf intensivem "On-the-job"-Training liegen.

Holen Sie sich für die Qualifizierungsoffensive auch Leute von draußen. Auch wir holen doch Ihre Eishockey trainer und Ihre Fußballspieler zu uns. Wenn wir über die besseren Manager verfügen, dann holen Sie sich die hierher. Sie haben da ja eine lange Tradition. Ich habe mir sagen lassen, daß bei Peter dem Großen bis zu 50 Prozent der Führungspositionen von Ausländern besetzt waren.

5. Erwarten Sie nicht allzuviel von der Konversion. Die Erfahrung im Westen zeigt, daß die Umstellung bestehender Anlagen von militärischer auf zivile Produktion nur sehr begrenzt greift. Konzentrieren Sie sich statt dessen auf die hochentwickelten wissenschaftlichen und konstruktiven Fähigkeiten, die sich in Ihrem militärischen Bereich angesammelt haben, und lassen Sie dieses Potential für zivile Hochtechnologie-Produkte zum Tragen kommen. Lenken Sie außerdem die Stärken in der Fertigungstechnik aus dem Militärbereich zum Beispiel in den Kraftfahrzeugbau oder andere Investitionsgütersektoren um, wo sie dringend benötigt werden.

Allerdings: Jede einzelne dieser Sofortmaßnahmen kann nur glaubwürdig und wirksam sein, wenn der gesamtwirtschaftliche Rahmen (Preisstabilität, konvertierbare Währung, gesunder Staatshaushalt) und die rechtliche Basis (Privateigentum, Wettbewerbsstrukturen) nicht nur propagiert, sondern überzeugend umgesetzt werden.

## **Dahrendorf**

Ich meine, unsere Diskussion, vor allem in ihrem letzten Teil, war lebhaft und interessant. Sie stimmt nachdenklich und hat auch konkrete Möglichkeiten aufgezeigt, was in diesem Lande getan werden könnte. Es gibt offenbar viele, die ihre Hoffnung nicht mehr so sehr auf Gesamtprogramme setzen, sondern auf präzise angesetzte Entwicklungen im Rahmen der Perestrojka. Herr Henzler und Herr Lebahn haben dazu wichtige Hinweise gegeben.

Ich selber halte das Thema Disziplin für sehr wichtig, nicht nur wegen der internationalen Bezugspunkte, sondern weil es deutlich macht, daß nirgendwo auf der Welt eine Wirtschaftsordnung funktionieren kann, die sich nicht an bestimmte Disziplinen hält, und die müssen etabliert werden.

Sie treten in der Regel in zwei Formen auf. Das eine ist die Rechtsordnung und die Unabhängigkeit der Richter. Herr Below hat zu Recht gesagt: Das ist nicht nur eine Frage von Gesetzestexten, sondern dazu gehört sehr viel mehr. Die Autoren der amerikanischen Verfassung, besonders James Hamilton, haben deutlich gemacht, wie schwierig es ist, das Recht, das ja in sich keine Macht darstellt, als eine unabhängige, selbständige Kraft zu etablieren, sowohl institutionell als auch vor allem in den Köpfen und Herzen der Menschen.

Aber zweifellos gehören zu diesen Disziplinen auch Institutionen, von denen manche besser funktionieren, andere weniger gut. Gerade im Währungsbereich gibt es eine wichtige Diskussion über die Deutsche Bundesbank, über das Federal Reserve System und deren relative Vor- und Nachteile gegenüber anderen Formen der Organisation, der Kontrolle der Geldmenge und der generellen Überwachung der Währungsstabilität.

Ich teile die Meinung von Herrn Fels, daß die internationalen Organisationen hier eine sehr wichtige Rolle spielen. Die britische Diskussion über die Währungsunion, die intensiv und intelligent geführt wird, ist immer auch eine Diskussion über die Frage, ob man nicht die Disziplin einer europäischen Zentralbank braucht, um im eigenen Land den sehr tief sitzenden Bazillus des inflationären politischen Handelns zu überwinden. Die einen meinen, daß das nötig ist. Die anderen sagen, ein bißchen Inflation täte vielleicht ganz gut. Es ist die alte Keynesische Position, die inzwischen selber etwas inflationiert worden ist. Aber sicher ist, daß die Diskussion über disziplinierende Institutionen im Wirtschaftsbereich überall in der Welt von großer Bedeutung ist. Dieser Diskussion wird sich auch die Sowjetunion nicht entziehen wollen. Die Frage ist, wie das für sie am sinnvollsten zu bewerkstelligen ist.

Ein Thema, das scheinbar etwas am Rande liegt, hat Herr Vogel erwähnt, als er auf die Statistik zu sprechen kam. Korrekte Informationen über die eigenen Verhältnisse sind eine Grundbedingung jeder funktionierenden Politik. Und diese ist gar nicht leicht herzustellen. Der OECD kommt ja das große Verdienst zu, für die Länder der sogenannten ersten Welt, brauchbare und vergleichbare Informationen bereitzustellen. Das ist im Grunde ein Prozeß, der nie abgeschlossen ist, und es gibt auch bei uns Länder, Italien zum Beispiel, für die das nach wie vor eines der großen Probleme ist.

Wenn die Sowjetunion in dieser Hinsicht weiterkommen würde, damit man nicht immer wieder auf den CIA zurückgreifen muß, wenn man - übrigens auch nicht ganz verlässliche - Statistiken über sowjetische Entwicklungen haben will, dann wäre das sicher für alle von Vorteil.

Für mich bleiben am Ende nach wie vor zwei zentrale politische Fragen offen: Zum einen die nach den politischen Organisationen, den Parteien, gesellschaftlichen Gruppierungen und wie sie miteinander umgehen, und zum anderen die Frage der Republiken.

In diesem Zusammenhang scheint mir ein Vergleich zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Sowjetunion nicht viel herzugeben. Desintegration und Integration sind zwei ganz verschiedene Prozesse. Länder, die mit Desintegrationserscheinungen fertig werden müssen, wie Kanada oder Belgien, wo also wichtige Teile den bestehenden Staatsverband in seiner überkommenen Form nicht mehr akzeptieren und die deshalb einen neuen Weg suchen, sind mit ganz anderen Problemen konfrontiert als Gruppen von Ländern, die versuchen, gemeinsame Interessen zu definieren und dafür neue Institutionen zu schaffen.

Desintegrationsprozesse tragen viel stärker die Gefahr der Gewalt in sich als Integrationsprozesse. Im zweiten Fall besteht die Möglichkeit des Scheiterns, während das erste von Spannungen bedroht ist, die man ja in Kanada oder in Belgien beobachten kann, übrigens auch in der sehr komplizierten spanischen Entwicklung der letzten zehn Jahre, die ebenfalls noch nicht abgeschlossen ist.

Was die Parteiungen angeht, so haben wir hier sehr unterschiedliche Akzente gehört. Ich selber bin auch nicht sicher, was eigentlich besser ist: ein Runder Tisch oder eine Parteienstruktur, bei der unterschiedliche Auffassungen offen ausgetragen werden und deren relative Stärke durch politische Wahlen ermittelt wird.

Was in dieser Diskussion auch deutlich geworden ist: Nach einer Zeit der Wirrnis, es wurde sogar von Anomie gesprochen, spürt man jetzt zumindest den starken Willen, aus dieser Situation herauszukommen. Wir alle haben die Hoffnung, daß sich dieser Wille durchsetzt. Denn wir verfolgen mit wirklicher Anteilnahme, was in der Sowjetunion geschieht.

Noch einmal möchte ich unseren sowjetischen Teilnehmern sehr dafür danken, daß Sie mit uns so offen über diese Fragen gesprochen haben. Ich sehe darin ein Zeichen dafür, wie André Fontaine es einmal formuliert hat, daß wir jetzt nämlich eine gemeinsame Sprache sprechen. Wir leben in einer Welt, in der wir versuchen, schwierige Probleme, die wir alle haben, gemeinsam zu lösen. Damit sehen wir vielleicht auch die Grenzen der Einmischung in die inneren Angelegenheiten bei anderen nicht mehr so eng, wie das noch in einer Welt der Fall war, die durch Blöcke bestimmt wurde.

## **Körber**

Ich kann direkt bei Herrn Dahrendorf anknüpfen, wenn ich zum Abschluß meinen Eindruck von diesem Gespräch formuliere. Dieser Gesprächskreis unterscheidet sich in der Tat ganz wesentlich von allen vorangegangenen Tagungen mit sowjetischer Beteiligung in den Jahren zuvor durch die gemeinsame nicht mehr ideologisch blockierte Sprache, mit der wir die bestehenden Probleme in diesem Lande diskutiert haben.

Herr Falin hatte zu Beginn gesagt: Lassen Sie uns mit größtmöglicher Offenheit miteinander reden, selbst wenn einige Antworten, die gegeben werden, manchen von uns peinlich berühren könnten. Das wird uns nicht entzweien, sondern im Gegenteil einander näherbringen. Ich meine, der Verlauf unseres Gesprächs hat diese Hoffnung eindrucksvoll bestätigt.

In unserer heutigen Diskussion stand die Sowjetunion auf den Prüfstand, und wir haben über die gegenwärtige politische und Wirtschaftskrise in diesem Land auf beiden Seiten mit bemerkenswerter Offenheit ohne Tabus gesprochen. Vielleicht haben unsere sowjetischen Partner gespürt, daß wir es uns auf deutscher Seite nicht leichtmachen mit wohlmeinenden Ratschlägen, sondern uns bemühen, mit Ihnen gemeinsam nach Lösungswegen zu suchen, damit Sie möglichst bald aus der Talsohle herauskommen.

Dies geschah auch eingedenk des von Herrn Falin zitierten Satzes: Wer fremdes Unglück nicht empfindet, ist nicht gesund. Wir Deutschen stehen den Geschehnissen in der UdSSR in keiner Weise



gleichgültig gegenüber. Im Gegenteil, es gibt bei vielen von uns eine Passion für dieses Land. Uns ist auch bewußt, daß wir in diesem Prozeß der Um- und Neugestaltung der Sowjetunion nicht nur Zuschauer, sondern Beteiligte sind und die negativen Folgen eines Scheiterns der sowjetischen Perestroikaselber zu spüren bekämen.

Deshalb begrüße ich auch nachdrücklich alle konkreten Vorschläge und Hilfsangebote, die hier erwähnt wurden, von Finanzkrediten angefangen bis hin zur Ausbildung von sowjetischen Wirtschaftsführungskräften zu Managern der Marktwirtschaft, eine Aufgabe, zu der die Körber-Stiftung durch die Einrichtung des Körber-Kollegs nunmehr auch in Moskau ihren Beitrag leisten will.

Unsere bisherigen Erfahrungen mit dem Körber-Kolleg zeigen, daß die Sowjetunion zweifellos über eine Vielzahl hochtalentierter Nachwuchskräfte verfügt, die sich auch im System der Marktwirtschaft bestens zurechtfinden werden. Dennoch muß ich mir die Frage stellen, ob die qualifizierte marktwirtschaftliche Ausbildung, die wir den jungen Leuten bei uns bieten, nicht letztlich doch vergeblich sein wird, solange nämlich das sozialistische System der zentralistischen Kommandowirtschaft nicht grundsätzlich geändert wird.

Sind Marktwirtschaft und Kommunismus miteinander vereinbar?, wurde hier mehrfach gefragt. Ich würde diese Frage klar verneinen. Denn eine der Grundvoraussetzungen jeder Marktwirtschaft ist die Anerkennung von Privateigentum, und zwar sowohl an Grund und Boden als auch an Produktionsmitteln. Eine Gesellschaft aber, die solches Privateigentum in der Breite zuläßt, hat aufgehört, ein kommunistisches System zu sein. Das heißt, solange der Kommunismus im Kreml das Zepter in der Hand hat, wird unsere Hilfe kaum etwas bewirken.

Weil Privateigentum, insbesondere an Produktionsmitteln, auf breiter Basis nicht zugelassen ist, bin ich von einem wirklichen Reformwillen hier bisher nicht überzeugt. Das hält mich indes nicht davon ab, in die Zukunft der Sowjetunion und ihrer Republiken zu investieren, eben weil ich für dieses Land eine große Passion empfinde. Wir dürfen mit unserer Hilfe nicht erst abwarten, ob der "Patient Sowjetunion" sich auf dem Wege der Besserung befindet, bevor wir ihm die Medikamente verabreichen. Unsere Hilfe soll auch dazu beitragen, daß die Menschen besser versorgt werden, als das im Augenblick der Fall ist. Denn Demokratie und Freiheit können nur dort gedeihen, wo die Menschen einigermaßen erträgliche Lebensverhältnisse vorfinden.